Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

Klassenkampf

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Österreichs

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Kommunistischer Bund Österreichs. Für den Inhalt verantwortlich: Wolfgang Stagel, alle 1020 Wien, Krummbaumgasse 1. Druck: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H., 1040 Wien, Rienößlgasse 12. Verlagspostamt 1040 Wien. Inland: Jahresabonnement S 150,-, Halbjahresabonnement S 75,-. Ausland: Jahresabonnement S 224,-, Halbjahresabonnement S 112,-. Zu beziehen über: Alois Wieser Gesellschaft m.b.H./Vertrieb, Postfach 13, 1042 Wien, Telefon 0222/57-37-23. Redaktion: 1042 Wien, Postfach 52, Telefon: 0222/57-37-59. Journaldienst: Mo. – Fr. 18 – 19.30 Uhr.

P.b.b. erscheint 14-tägig am Donnerstag Preis S 5,-

16.3.1978 3. Jahrgang Nr. 6/78

Keine Verschleppung der großen Lohnrunden!

Für die Forderung nach einem Mindestbetrag!

Am 31. März läuft der auf 13 Monate abgeschlossene Chemiearbeiter-Kollektivvertrag aus. Der Metallarbeiter-KV wurde unbefristet abgeschlossen. Für einen unbefristeten KV sieht das Arbeitsverfassungsgesetz eine Mindestlaufzeit von 12 Monaten vor. Für den geltenden KV würde diese Mindestlaufzeit am 14. März auslaufen. Ähnlich liegt die Sache bei den Industrieangestellten. Hier wäre der 31. März der Termin. Insgesamt betreffen diese drei Kollektivverträge 600.000 Arbeiter und Angestellte.

Die Vorstellungen der Kapitalisten sind klar. Die Geltungstermine, mit dem die neuen KV in Kraft treten, sollen möglichst lange hinausgezögert werden. Die Lohnabschlüsse sollen möglichst niedrig auf jeden Fall aber „unter der Inflationsrate" liegen. Die Laufzeiten der neuen KV sollen möglichst lang sein. Was die anderen KV-Bestimmungen betrifft, sollen möglichst sogar Verschlechterungen durchgesetzt werden. Das alles haben die Kapitalisten bei den Textilarbeitern und bei den Handelsangestellten schon vorexerziert. Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer haben ihrerseits gezeigt, daß sie gewillt sind, die Gewerkschaftspolitik und die Interessen der Lohnabhängigen vollständig den Interessen der Kapitalisten unterzuordnen.

Verschleppung der KV-Abschlüsse – das ist jetzt die Parole Nr. 1 der Kapitalisten. Dabei können sie sich die Tatsache zunutze machen, daß die KV der Metallarbeiter und Industrieangestellten unbefristet abgeschlossen wurden. Seit einigen Wochen hieß es, daß erst mit einem Abschluß per 1. Juni zu rechnen sei. Das würde eine Laufzeit von 14½ Monaten bedeuten. Deshalb war auch die Sitzung des Zentralvorstandes der Metallarbeitergewerkschaft erst für 6.3., die des Sektionsvorstandes der Industrieangestellten erst für 15.3. angesetzt.

Am letzten Montag hat nun die ZV-Sitzung der Metallarbeitergewerkschaft stattgefunden und ein Verhandlungskomitee wurde gewählt. Wie auch in der Vergangenheit wurden dort keine Forderungen diskutiert oder aufgestellt, um die strengste Geheimhaltung der Pläne und Vorstellungen der Herren Arbeitervertreter gegenüber den Arbeitern, die sie vertreten sollten, zu sichern. Am Dienstag hat sich anscheinend das Verhandlungskomitee erstmals getroffen. Am Donnerstag wurde im Lohnunterausschuß der Paritätischen Kommission die Freigabe von Lohnverhandlungen für die Metallarbeiter beantragt. Dieser Ausschuß, in dem hauptsächlich Vertreter der Regierung, der Gewerkschaft und der Kapitalistenverbände sitzen und in dem die Sozialdemokraten die Mehrheit haben, hat daraufhin die Show abgezogen, diesen Antrag „zurückzustellen", weil er „zu kurzfristig eingebracht" war. Ganz im Sinn der

Fortsetzung Seite 5

Spendensammlung des KB Österreichs

Ein Schlag gegen die Bourgeoisie, ein Schritt vorwärts im Parteiaufbau, eine Ermutigung für die Arbeiterklasse

Eine Million Schilling bis Ende 1978

Die herrschende Klasse hat sich für 1978 viel vorgenommen. Auf den Knochen der Arbeiter, einfachen Angestellten und Rentner will sie ihren Konkurrenzkampf mit den anderen imperialistischen Räubern erfolgreich ausfechten und so die Krise durchstehen. Lohnraub, Steigerung der Arbeitshetze, Durchlöcherung des Arbeiterschutzes, Ankurbelung der staatlichen Ausplünderung - das ist ihr Programm für 1978 und darüber hinaus. Im Dienst der imperialistischen Raubkonkurrenz sind diese Herren auch wild entschlossen, ihr verbrecherisches Atomkraftwerksprogramm durchzusetzen, sei es mit Betrug, sei es mit Gewalt. Um aus der Krise ihrer Profitwirtschaft herauszukommen, ist ihnen jedes Mittel recht. Für dieses Ziel sind sie auch durchaus bereit, die Abhängigkeit Österreichs von den westlichen Imperialisten weiter anwachsen zu lassen und zugleich dem russischen Sozialimperialismus die Tore zur wirtschaftlichen Infiltration des Landes weit zu öffnen.

Steigende Ausbeutung und Ausplünderung für die Masse der Arbeiter, Arbeitslosigkeit für einen wachsenden Teil der Lohnabhängigen, politische Reaktion in der Maske des Betrugs wie in der Form unverhohlener Repression - das hält die Bourgeoisie 1978 für die Arbeiterklasse und das Volk bereit. Zugleich wächst die Gefahr eines neuen Weltkrieges zwischen den beiden Supermächten USA und Sowjetunion um die Weltherrschaft.

Die Arbeiterklasse und das Volk Österreichs müssen auf diese Lage eine Antwort finden. Geht es nach den sozialdemokratischen Spitzen, so soll die Arbeiterklasse im „friedlichen" wie im kriegerischen Kampf der imperialistischen Hyänen um Rohstoffe und Absatzmärkte das willenlose Fußvolk der herrschenden Klasse abgeben. Geht es nach den Führern der revisionistischen KPÖ, soll sie gegenüber der eigenen Bourgeoisie klein beigeben und sich dem russischen Sozialimperialismus im Namen des „Sozialismus" und „Internationalismus" völlig unterwerfen.

Fortsetzung Seite 2

Nieder mit der israelischen Aggression im Libanon! Es lebe der Kampf der PLO!

In der Nacht vom 14. zum 15. März sind 28.000 Mann der israelischen Kolonialarmee zu Land, zu Wasser und zu Luft in den Südlibanon eingedrungen. Um dort in der größten Militäraktion seit dem Oktoberkrieg 1973 „die Positionen der PLO ein für allemal zu vernichten", wie der Kriegsminister Weizmann erklärte. Dabei soll gleichzeitig ein 10 bis 15 km breiter Streifen im Südlibanon direkt annektiert werden. Anlaß für diesen Aggressionsakt ist eine Operation der Al Fatah im seit 1948 besetzten Teil Palästinas. Daß das palästinensische Volk seinen heldenhaften Befreiungskampf in seiner gesamten Heimat führt, und daß es diesen Kampf umso entschlossener in einer Situation führt, in der Israel und die beiden Supermächte USA und UdSSR um eine imperialistische „Lösung" der Nah-Ost-Frage ringen, das trifft den Zionismus und die Reaktionäre aller Länder natürlich besonders schwer. Zeigt doch die Operation der PLO die ganze Unhaltbarkeit der Lüge, daß „Israel" in seinen Grenzen von 1967 der Zionismus rechtmäßig zustehe. Sie bringt die historische Notwendigkeit zum Ausdruck, daß in ganz Palästina die Herrschaft von Imperialismus und Zionismus beseitigt wird, durch die Errichtung eines demokratischen Staats mit gleichen Rechten für Moslems, Christen und Juden. Der israelische Überfall auf den Südlibanon gilt der Zerschlagung des revolutionären Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes und der PLO. Daran haben beide Supermächte heute größtes Interesse. Die USA haben vergeblich versucht, die Initiative Präsident Sadats von Ägypten für ihre Zwecke zu nutzen. Sie stecken im Nahen Osten in einer Sackgasse, in die sie eben der unbeugsame Kampf der palästinensischen Revolution und seine Unterstützung durch die arabischen Völker und Länder getrieben hat.

Die UdSSR hat mit ihrer Militäraggression am Horn von Afrika und den Versuchen zur Spaltung der arabischen Nation in „reaktionäre" und „fortschrittliche" Länder weitere Schritte gesetzt zur Erringung der Hegemonie im Nahen Osten und zur Einkreisung Westeuropas. Genauso wie die US-Imperialisten verteidigen sie die Existenz Israels, um den Zionistenstaat zur Spaltung und Unterwerfung der arabischen Länder zu nutzen. Die palästinensische Revolution richtet sich objektiv direkt gegen die Weltherrschaftspläne der beiden Supermächte, vor allem des Sozialimperialismus.

Im Südlibanon leben 10.000de vertriebene Palästinenser, die 1948, 1956, und 1967 vor den israelischen Eroberungen flüchteten. Seit damals hat die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes, die PLO, vom Südlibanon aus einen Teil der bewaffneten Aktionen gegen Israel geführt. Der Südlibanon ist daher für die Fortsetzung ihres Kampfes äußerst wichtig. Daher haben die Imperialisten und ihre Lakaien schon in den vergangenen Jahren versucht, die PLO von dort zu vertreiben und sie zu zerbrechen. Das ist ihnen damals nicht gelungen und es wird ihnen auch diesmal nicht gelingen. Die ersten Nachrichten melden heroische Widerstandskämpfe der palästinensischen Freiheitskämpfer. Yassir Arafat hat die gesamte arabische Welt und die fortschrittliche Menschheit dazu aufgerufen, die PLO zu unterstützen, und für die Niederwerfung der israelischen Aggressoren zu kämpfen.

Es ist Aufgabe jedes fortschrittlichen Menschen in Österreich und jedes Revolutionärs, in diesen Tagen aktiv gegen die israelischen Aggressoren und ihre Hintermänner, die beiden Supermächte USA und UdSSR, aufzutreten. Gleichzeitig muß entschiedener Druck auf die österreichische Regierung ausgeübt werden, sofort die israelische Aggression öffentlich und uneingeschränkt zu verurteilen. Die österreichische Regierung muß dazu gezwungen werden, die PLO als einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes anzuerkennen. Schließlich muß sie dazu gebracht werden, sämtliche Beziehungen zum illegitimen kolonialen Staatsgebilde Israel abzubrechen!

Gut ausnutzen kann man dafür heute die Absetzbewegung der österreichischen Regierung vom Zionismus, die in letzter Zeit zu verfolgen war und in Außenminister Pahrs und Kreisky's Äußerungen zur PLO-Aktion bei Tel Aviv gipfelten. Die österreichische Bourgeoisie hat zu spüren bekommen, daß sich heutzutage jedermann international und vor allem in der Dritten Welt in die vollkommene und hoffnungslose Isolierung begibt, der ausschließlich und „einseitig" für Israel eintritt. Ihre imperialistischen Interessen, darunter ihr Streben nach verstärktem Kapital- und Warenexport in den Nahen Osten, sind auf diese Weise nicht mehr durchzusetzen. Gleichzeitig paßt der österreichischen Regierung die ganze Lage im Nahen Osten nicht in ihre „Entspannungspolitik", und gerät sie in gewissen Widerspruch zu den Supermächten, die auch vom Nahen Osten her ihre Kriegsvorbereitungen ankurbeln, und zu Israel. Die Abberufung des israelischen Botschafters aus Wien zeigt das an.

Der Kommunistische Bund Österreichs ruft in ganz Österreich zu Kundgebungen und Demonstrationen auf – zur Unterstützung der PLO und gegen die verbrecherischen Aggressionsakte der Zionisten gegen das palästinensische Volk und die Souveränität des Libanon. Jeder fortschrittliche Mensch ist dazu aufgerufen, sich daran zu beteiligen 15.3. Red.

NIEDER MIT DER ISRAELISCHEN AGGRESSION IM LIBANON!
ÖFFENTLICHE VERURTEILUNG DES ÜBERFALLS DURCH DIE REGIERUNG!
ABBRUCH SÄMTLICHER BEZIEHUNGEN ZU ISRAEL!
ANERKENNUNG DER PLO DURCH DIE BUNDESREGIERUNG!
ES LEBE DER KAMPF DER PLO!

Großaktionstag gegen das AKW-Programm am 9. April in Wien

Zentrale Demonstration: Treffpunkt 9 Uhr, Schwarzenbergplatz, Marsch zum Parlament

Veranstaltung am 8. April: Samstag, 8.4., 14 – 18 Uhr, im Prater (Jesuitenwiese) Reden in- und ausländischer AKW- Gegner, Kulturprogramm

Die russische Aggression am Horn muß entschieden bekämpft werden

Die Regierung Somalias hat am Wochenende den Abzug ihrer Truppen aus Ogaden bekanntgegeben. Sie hat zugleich vorgeschlagen, einen Waffenstillstand abzuschließen, und Äthiopien aufgefordert, dem Volk des Ogaden das Selbstbestimmungsrecht zu gewähren.

Die Reaktion der äthiopischen Regierung darauf, oder besser, die der russischen Generäle, war: „Der Rückzug Somalias sei für Äthiopien und seine Allierten nicht akzeptabel, sofern nicht gewisse Voraussetzungen erfüllt seien." Diese sind: Ungültigerklärung aller Dokumente, die für das Selbstbestimmungsrecht der somalischen Nation außerhalb Somalias, vor allem im Ogaden, Partei nehmen. Somalia, das mit der westsomalischen Befreiungsfront gleichgesetzt wird, muß für die Einstellung von deren Kampf sorgen und eine feierliche Garantie für die Grenzen Äthiopiens geben.

Diese Bedingungen sind für die Regierung von Somalia völlig unannehmbar und unerfüllbar.

Das heißt, die russischen Generäle wollen den Kriegszustand zu Somalia in dieser oder jener Form aufrechterhalten. Die russischen Truppen und die kubanischen Söldner werden weiter verstärkt. Der Oberbefehlshaber der russischen Armee ist der russische Oberkommandierende in Äthiopien, unter dessen direktem Kommando die äthiopischen Militäroperationen durchgeführt werden.

Den nächsten Schlag haben die Aggressoren nach Eritrea geführt. Dort haben russische und kubanische Truppen, nach wochenlangem Bombardement und Beschuß von russischen Kriegsschiffen zur See aus, den Ring der Befreiungsfront um Assab und Massawa gesprengt und versuchen jetzt, den Weg aus Äthiopien zur Küste in Eritrea freizukämpfen.

Der Schwerpunkt des russischen Hornfeldzuges liegt aber nach wie vor an der Grenze zu Somalia. Das Ziel ist nach wie vor die Rückeroberung der Stützpunkte in Somalia, aus denen die Sozialimperialisten im Vorjahr hinausgeworfen wurden. Einstweilen setzen die russischen Kriegsbrandstifter auf eine Mischung aus Erpressung und aus Fortführung der Bombardements; es ist aber durchaus möglich, daß die russisch-kubanischen Truppen die Grenzen überschreiten und auf das Rote Meer zumarschieren. Das äthiopische Kommunique läßt jedenfalls Vorwände für eine solche Aktion durchaus zu.

Die andere Supermacht, die USA, bereitet sich nach wie vor auf ein Eingreifen vor. Nach wie vor aber hoffen wichtige Führer der US-Bourgeoisie auf die Begrenzung des Konflikts auf Äthiopien. Sie waren es auch, die die Erklärung des russischen Botschafters verbreitet haben, in der dieser den baldigen Abzug „substantieller kubanischer Truppen" angekündigt hat. Allerdings erwähnte er die russischen Truppen überhaupt nicht und Termin nannte er auch keinen. Alles erinnert an die Erklärung Palmes nach dem Angolakonflikt, daß er ein russisches Versprechen habe, daß die Truppen bald abgezogen würden.

In Wahrheit haben die russischen Sozialimperialisten vor, sich genauso wie in Angola in Äthiopien niederzulassen und zum Oberherrn über das Horn aufzuschwingen. Noch unverschämter und brutaler als in Angola bedrohen sie die Unabhängigkeit der Nachbarstaaten und versuchen sie, diese mit einem andauernden Krieg zu überziehen.

In Äthiopien selbst aber kämpft das Volk gegen die sozialimperialistischen Kolonialisten und die Unterdrücker des Volkes. In der Region Tigre toben Bauernaufstände unter der Führung der Befreiungsfront. In Eritrea stellen die beiden Befreiungsorganisationen die nationale Einheit gegen den neuen, noch gefährlicheren Feind her. Im Ogaden ist die WSLF nicht besiegt und setzt ihren Kampf gegen die nationale Unterdrückung von den Schlupfwinkeln in den Bergen fort.

Das Volk von Somalia rüstet sich für direkte Einmarschpläne der russischen Sozialimperialisten.

Für die russischen Aggressoren steht aber viel auf dem Spiel. Nicht nur die Rückeroberung von Stützpunkten am Roten Meer, einem der strategisch und ökonomisch bedeutsamsten Punkt der Erde. Gelingt es ihnen, nach Angola auch hier mit ihrer, Hitler wie Mussolini wie auch den US-Imperialismus an Kaltblütigkeit übertreffenden Politik offenster Aggression durchzukommen, so werden bald weitere solche Schritte folgen.

Gelingt es aber, ihnen hier eine entschiedene Lehre zu erteilen, den Kriegsbrandstiftern in die Arme zu fallen, so erleiden ihre Vorbereitungen auf den Weltkrieg einen Rückschlag und ihre Aggression wird eingedämmt. Viele Völker und Länder Asiens und Afrikas haben die russische Aggression verurteilt, sie haben auch die andere Supermacht gewarnt, ihre einmischung am Horn unter dem Vorwand, gegen die russische Aggression aufzutreten, zu erneuern. Afrikanische Staaten unterstützen Somalia. Die ganze arabische Nation steht hinter den Brüdern in Eritrea. Wenn die Völker der Welt entschieden den Kampf gegen die russische Aggression unterstützen und auch gegenüber den Manövern der USA wachsam sind, dann kann ein Erfolg gegen die Kriegsbrandstifter erzielt werden. Auch das österreichische Volk muß seinen Beitrag leisten.

Red.

Größte Streikbewegung seit Bestehen der BRD



Am 15. März sind in den Tarifbezirken Nordbaden/Nordwürttemberg und Nordrhein/Westfalen die Metallarbeiter in den Streik für die von der Gewerkschaftstarifkommission aufgestellte Forderung einer achtprozentigen Lohnerhöhung getreten. Das ist genau die richtige Antwort auf die Taktik der Kapitalisten. Seit Monaten laufen nun schon Verhandlungen zwischen Gewerkschafts- und Kapitalistenvertretern über die längst ausgelaufenen Tarifverträge im ganzen Bundesgebiet. Die Kapitalisten sind nicht von ihrem „Nullabschluß"-Angebot abgegangen. Es lautet auf Erhöhung um 3%. Bereits die letzten Wochen waren geprägt von betrieblichen Aktionen der Metallarbeiter. Es gab eine Menge von Streiks für Lohnerhöhungen, die der kapitalistischen Lohnsenkungspolitik entgegentreten. Bei der Urabstimmung über den Streikbeschluß stimmten über 80% der betroffenen Arbeiter der beiden Tarifbezirke – über 750.000 – für den Streik. Gleichzeitig verstärkt sich unter den Arbeitern die Ansicht, daß es mit einer 8%-Forderung allein nicht getan ist. So haben etwa die Arbeiter der nördlichen Tarifbezirke die Forderung aufgestellt, daß ein fester Betrag in der Höhe von 8% des Ecklohnes (durchschnittliche Lohngruppe) durchgesetzt werden muß und treten immer mehr Arbeiter überhaupt für die Streichung der unteren drei Lohngruppen ein.

Der Streik in der Druck-, Papier- und papierverarbeitenden Industrie hält weiter an. Montag, den 14. März, kam es zu bundesweiten Aussperrungen der ca. 180.000 Arbeiter durch die Kapitalisten. In dieser Branche geht es um Forderungen gegen die ständigen Rationalisierungen der Kapitalisten und um den Ausbau des Arbeiterschutzes. Durch die Einführung ständig neuer Maschinerie versuchen die Druck-Kapitalisten immer mehr Facharbeiterstellen mit angelernten Kräften zu besetzen, den Lohn zu drücken und das Arbeitstempo stetig zu steigern. Das Durchschnittsalter der in den Druckereien Beschäftigten liegt bereits weit unter 40 Jahren, Ältere kommen nicht mehr mit.

Die Forderungen der kämpfenden Arbeiter beinhalten das Verbot der Beschäftigung ungelernter Kräfte an textverarbeitenden Maschinen, die Begrenzung der Arbeit an Bildschirmen auf 4 Stunden täglich, und die wöchentliche Maximalarbeitszeit auf 35 Stunden. Die Gewerkschaft der papier- und pappeverarbeitenden Industrie hat gleichzeitig die Lohnerhöhung um 7,5% gefordert.

Die westdeutsche Kapitalistenklasse hatte gehofft, all die Tarifvertragsverhandlungen auseinanderspalten und einzeln führen zu können. Das Gegenteil ist eingetreten. Seit dem Kampf der Hafenarbeiter im Februar, wo nach einem 3%-Angebot der Kapitalisten 7% durchgesetzt worden sind, ist es in den westdeutschen Betrieben immer unruhiger geworden. Das Beispiel der Hafenarbeiter hat den anderen Arbeitern gezeigt, daß aus 3% sehr schnell 7% werden können. Die westdeutsche Regierung, die noch beim Hafenarbeiterstreik nach Kräften versucht hatte, die Arbeiter unter Druck zu setzen, und die Front zu spalten, verzichtete, nachdem sie sich einmal eine Abfuhr geholt hatte, lieber aufs Eingreifen in die laufenden Kämpfe. Dies auch angesichts dessen, daß am 17. März die Tarifverhandlungen im gesamten öffentlichen Dienst auf dem Tapet stehen.

Spendensammlung des KB Österreichs – Eine Million Schilling bis Ende 1978

Fortsetzung von Seite 1

Geht es jedoch nach dem Interesse der Arbeiterklasse und des Volks in unserem Land, heißt die Antwort auf die Lage: Im täglichen Klassenkampf muß der Sturz der kapitalistischen Ausbeuterordnung vorbereitet werden, keine Zeit darf mehr verloren gehen. Die Arbeiterklasse muß sich wieder eine revolutionäre Partei schaffen, die sie und das ganze Volk zur siegreichen Erfüllung dieser Aufgabe einigt und führt.

Der Kommunistische Bund Österreichs arbeitet für dieses Ziel und ruft alle klassenbewußten Arbeiter und revolutionären Menschen auf, in diesem Jahr die Anstrengungen zum Aufbau einer neuen kommunistischen Partei der österreichischen Arbeiterklasse zu vervielfachen. Im Dienste dieser Aufgabe wird der KB Österreichs vom April bis Ende dieses Jahres eine Spendenaktion durchführen. Sie soll 1 Million Schilling für den Parteiaufbau bringen. 1 Million Schilling, die vor allem den notwendigen technischen Anschaffungen für die wöchentliche Herausgabe des „Klassenkampf" und der Verbesserung und Ausweitung der Herstellung marxistisch-leninistischer Literatur dienen soll (vor allem Anschaffung eines leistungsfähigen Fotosatzsystems). Die erfolgreiche Durchführung dieser Spendensammlung wird nicht nur ein großer Beitrag dafür sein, daß der „Klassenkampf" in der Folge zu einer schlagkräftigen Waffe im Kampf für die Revolution wird. Schon allein ihr Gelingen wird der Arroganz der herrschenden Klasse einen harten Schlag versetzen und das Selbstbewußtsein der klassenbewußten Arbeiter und revolutionären Menschen beträchtlich stärken. Ihre erfolgreiche Durchführung ist selbst ein harter Schlag im Klassenkampf gegen die Bourgeoisie.

Der KB Österreichs setzt sich zum Ziel, bis Ende Juli die ersten 500.000 Schilling in den Betrieben und Wohnvierteln, Hochschulen und Kasernen zu sammeln, bis Ende des Jahres die zweiten 500.000 Schilling. Er wird diese Sammlung mit einer Kampagne zur Steigerung der Verbreitung des „Klassenkampf" und des „Kommunist" im ganzen Land und zur Verbreitung des Programms des KB Österreichs verbinden. Er ruft allte Aktivisten und Freunde, alle klassenbewußten Arbeiter und revolutionären Menschen dazu auf, für das Gelingen der Spendensammlung, für die Verbreitung des „Klassenkampf", des „Kommunist" und des Programms des KB Österreichs in diesem Jahr selbst vielfältige Initiativen zu entfalten und einen möglichst großen Beitrag zu leisten.

Zentralkomitee des Kommunistischen Bundes Österreichs

Die „kollektive Verantwortlichkeit" Österreichs für Kambodscha – schäbige Beteiligung an imperialistischer Intervention

Der seit Ende Dezember andauernde, von den sowjetischen Sozialimperialisten geschürte, Konflikt zwischen Vietnam und Kambodscha, läßt auch die westlichen Monopolherren wieder Morgenluft wittern. Der Konflikt bedeutet die Schwächung des kambodschanischen und vietnamesischen Volkes im Kampf gegen jegliche imperialistische Einmischung, gegen die Erpressungs- und Infiltrationsbemühungen der SU wie gegen den Wunschtraum der US-Imperialisten, durch direkte Intervention das für sie verlorengegangene Kambodscha wieder zu unterwerfen.

Und die österreichische Bundesregierung gibt ihr Bestes, an der Einmischung in Kambodscha teilzunehmen und Hilfe zu leisten bei der Terrainbereitung für die offene imperialistische Einmischung.

In unverschämter Manier stellte Anfang Februar bei der Eröffnung der Jahreskonferenz der UN-Menschenrechtskommission der Vertreter der US-Imperialisten klar: Nicht die vorläufige Tagesordnung mit Israel, Südafrika und Chile als Angeklagten sollte behandelt werden, sondern das Schwergewicht auf Maßnahmen gegen Kambodscha und zwei afrikanische Länder gelegt werden. Einen Monat später lag ein Antrag des Vertreters Großbritanniens auf dem Tisch, „sich eingehend mit der Verletzung der Menschenrechte in Kambodscha zu befassen", denn „die Regierung in Phnom Penh sei für die schwerwiegendsten Verstöße gegen die Menschenrechte verantwortlich, die heute in irgendeinem Land der Welt aufträten." (Neue Zürcher Zeitung, 5./6.3.)

Militärisch geschlagen, politisch und wirtschaftlich ohne Einflußmöglichkeit, die gierigen Klauen gefesselt durch die Solidarität der Völker der Welt verstärken die westlichen Imperialisten die Hetze gegen ein Volk, das in Unabhängigkeit und Freiheit sein Land aufbaut. Manchmal kommt auch ans Tageslicht, wozu ihnen die Hetze dient: „Es ist mein völliger Ernst: Warum bewilligt der Kongress kein Geld, um über Kambodscha herzufallen? . . . . Gibt es in dieser Welt keinen 'praktischen' Idealismus mehr?" schrieb in der „International Herald Tribune" am 14.9. ein berüchtigter CIA-Schreiberling.

Doch, es gibt. „Obwohl Österreich keineswegs die Rolle eines ‚Generalstaatsanwaltes für Menschenrechte' in der Welt einnehmen wolle, fühle es sich diesbezüglich ‚kollektiv verantwortlich'. Deshalb unterstütze der Abgesandte der österreichischen Regierung bei der UN-Menschenrechtskommission Ermacora, den Antrag Großbritanniens, Untersuchungen gegen Kambodscha einzuleiten. (Wiener Zeitung, 8.3.)

Das Volk von Kampuchea aber ist wachsam gegen jede Art von Einmischung und Aggression; es hat sich gut auf die Verteidigung des Vaterlandes vorbereitet. Im Jänner 1977 bekräftigte Genosse Pol Pot, Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kampucheas, angesichts des Konflikts mit Vietnam nochmals die Grundsätze der Verfassung: *„Das Demokratische Kampuchea steht fest zur Politik der Unabhängigkeit, des Friedens, der Neutralität und Bündnisfreiheit. Kein fremdes Land darf auf seinem Gebiet Militärbasen errichten. Es kämpft entschlossen gegen jede ausländische Einmischung in seine inneren Angelegenheiten, gegen alle Arten von äußerer Subversion und Aggression, militärischer, politischer, kultureller, wirtschaftlicher, sozialer, diplomatischer oder sogenannter humanitärer Art."*

Erfolgreiche Gewerkschafterkonferenz zur Vorbereitung des Großaktionstages gegen das AKW-Programm am 9. April in Wien

Aufruf an die Arbeiter, Angestellten, Beamten und alle Mitglieder des ÖGB

Am 12. März 1978 haben sich in Wien mehr als 30 Betriebsräte, Personalvertreter, Jugendvertrauensräte versammelt und nachfolgenden Aufruf zum verstärkten Kampf gegen das Atomkraftwerksprogramm und zur Teilnahme an der Demonstration am 9. April beschlossen:

Nach dem Plan der Regierung soll das erste Atomkraftwerk in Österreich im Sommer 1978 den radioaktiven Betrieb aufnehmen. Das wäre ein massiver Schritt vorwärts im Rahmen der Durchsetzung des gesamten Atomkraftwerksprogramms, das noch zwei weitere Atomkraftwerke in Österreich bis Mitte der achtziger Jahre sowie die Einrichtung von einem oder mehreren Atommüllagerplätzen beinhaltet.

Das widerspricht den Interessen des Volkes,

weil das AKW-Programm und die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf den Ruin der kleinen Bauern im Umkreis des AKW und der möglichen Atommüllagerplätze und die Verödung dieser Gebiete bedeutet;

weil das AKW-Programm und die Inbetriebnahme Zwentendorfs die schwerste Gefährdung von Leben und Gesundheit der Bevölkerung im umliegenden Raum bedeutet; weil es eine schwerwiegende Beeinträchtigung der ganzen ökologischen Umwelt vor allem im Donautal bedeutet;

weil es eine gewaltige Steigerung der Ausplünderung des Volkes über Steuern und Strompreise bedeutet, wobei heute noch gar nicht absehbar ist, wieviel vom Staat noch zugeschossen werden muß;

weil sich Österreich durch seine Mitgliedschaft in der Internationalen Energieagentur gegen die Dritte Welt und die gerechten Bestrebungen der erdölproduzierenden Länder der Dritten Welt stellt und auch aus diesem Grund das AKW-Programm beschleunigt.

Aus allen diesen Gründen ist das Atomkraftwerksprogramm von Anfang an auf Widerstand gestoßen. Im Laufe des letzten Jahres ist daraus eine breite Massenbewegung geworden. Am 26. Oktober 1977, als über 6.000 Menschen zum Bundeskanzleramt und anschließend zum Parlament marschierten, ergriffen auch Betriebsräte das Wort. Tausende Gewerkschaftsmitglieder nahmen aktiv an diesen Demonstrationen und an anderen Aktionen teil und haben in vielfältiger Form ihre Ablehnung der AKW-Politik der Regierung zum Ausdruck gebracht. Der Beschluß des ÖGB-Bundesvorstandes für die rasche Inbetriebnahme Zwentendorfs widerspricht den Interessen der österreichischen Arbeiter, Angestellten, Beamten, d.h. der Masse der Gewerkschaftsmitglieder.

Um seine Position zu stützen, erklärt der ÖGB-Bundesvorstand die AKW-Technologie und das AKW Zwentendorf als sicher. Das ist nicht wahr.

Das AKW Zwentendorf liegt auf einer Erdbebenlinie und in unmittelbarer Nähe der Millionenstadt Wien. Die Atommüllagerung ist weder technisch noch politisch gelöst, die Wiederaufbereitunsanlage in La Hague, mit der die Gemeinschaftskernkraftwerk Tullnerfeld Ges.m.b.H. und die österreichische Regierung einen Vertrag schließen, soll nach den Forderungen französischer Gewerkschafter wegen katastrophaler Mängel und Schäden sofort den Betrieb stoppen.

Um seine Haltung zu rechtfertigen, behauptet der ÖGB-Bundesvorstand, das AKW Zwentendorf sichere Arbeitsplätze. Das ist eine Lüge. Vom AKW Zwentendorf und seiner Inbetriebnahme oder nicht wird es nicht abhängen, ob es zu den angekündigten 100.000 und mehr Arbeitslosen sowie vielen jugendlichen Arbeitslosen in Österreich in nächster Zeit kommen wird, sondern vor allem vom Verlauf der Krise, und diese würde auch nicht durch Strommangel hervorgerufen.

Trotz genügend und für die Großunternehmer spottbilligen Strom ist es zu der Krise gekommen und kein AKW wird an ihr etwas ändern.

Das Atomkraftwerksprogramm sichert auch keineswegs, wie der ÖGB-Bundesvorstand behauptet, die Unabhängigkeit, sondern liefert Österreich dem Druck und den Erpressungen gerade der beiden Supermächte aus, die das gesamte Uranbrennstoffgeschäft kontrollieren und monopolisieren.

Der Widerstand gegen das AKW-Programm ist notwendig und gerecht. Der Kampf der Bauern und der werktätigen Bevölkerung im Tullnerfeld, im Wald- und Weinviertel, um St. Pantaleon und in Vorarlberg verdient unsere volle Unterstützung. Arbeiter, Bauern, das gesamte Volk, sie können die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf verhindern und das AKW-Programm durchkreuzen.

Die Regierung will vielleicht noch im April das Parlament für das AKW-Programm abstimmen lassen. Damit will sie sich freie Hand für die Inbetriebnahme schaffen. Das gibt sie zugleich als „Demokratie" aus. Demokratisch ist, was den Interessen des Volkes dient. Deshalb fordern wir: Nicht Regierung, nicht Parlament – das Volk soll entscheiden – Volksabstimmung!

Gegen den Betrug mit der Parlamentsdebatte und für eine Zusammenfassung und weitere Stärkung aller Kräfte der Bewegung im Kampf gegen die Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf ruft die Initiative Österreichischer Atomkraftwerksgegner (IÖAG) zu einer zentralen Demonstration am Vormittag des 9. April in Wien zum Parlament auf. Die Gewerkschafterkonferenz ruft auf, von den Betrieben und Gewerkschaften her für eine zahlreiche und organisierte Teilnahme an der Demonstration zu sorgen, diesen Aufruf in möglichst vielen Betrieben bekanntzumachen, den Widerstand gegen die AKW-Politik der Regierung in der Gewerkschaft zu stärken und zu verbreitern.

Keine Inbetriebnahme des AKW Zwentendorf – Volksabstimmung!

Keine Atommüllagerung im Waldviertel, in Zwentendorf oder anderswo in Österreich!

Kein AKW in St. Pantaleon, Bogenhofen oder anderswo in Österreich!

Kein AKW an Österreichs Grenzen, nicht in Rüthi, nicht in der CSSR, nicht in Marienberg/Rosenheim!

Offener Brief an den ÖGB-Bundesvorstand

Der Beschluß des ÖGB-Bundesvorstandes vom Jahr 1977, das AKW Zwentendorf so bald wie möglich in Betrieb zu nehmen, ist ein Beschluß gegen die Interessen der werktätigen Bevölkerung, die das Energie- und AKW-Programm der Regierung voll zu tragen hat.

Eben weil sich der Widerstand gegen das abenteuerliche Energie- und AKW-Programm - mit all seinen Folgen für die Werktätigen - an der Basis der Gewerkschaften in den Betrieben vor allem im letzten Jahr entwickelt hat, versucht der ÖGB-Vorstand mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln, die Gewerkschaftsmitglieder auf diesen Beschluß und die damit verbundene Politik einzuschwören.

Wir fordern:

- Zurücknahme des Beschlusses des ÖGB-Bundesvorstandes!
- Einstellung der irreführenden, mit Verdrehungen und Unwahrheiten durchsetzten Propaganda für das AKW-Zwentendorf und der offenen Diffamierung und Hetze gegen die AKW-Gegner-Bewegung in der Gewerkschaftspresse.
- Veröffentlichung des offenen Briefes und des Aufrufs in der Gewerkschaftspresse.
- Die Gewerkschaft muß den Interessen der Arbeiter und Angestellten sowie des ganzen Volkes entsprechend gegen das AKW-Programm auftreten.

Regionalkonferenz der oberösterreichischen und Salzburger Gruppen der IÖAG

Es nahmen Vertreter der Komitees aus Ried, Schärding, Scharnstein, Gmunden, Wels, Linz und Salzburg teil und verabschiedeten folgende Presseerklärung:

Die Salzburger und oberösterreichischen Gruppen der IÖAG führten am 11. März eine Regionalkonferenz durch. Der wichtigste Beschluß lautete:

„Der Großaktionstag am 9. April 1978 in Wien ist der nächste Schwerpunkt. Das Parlament hat nicht die Befugnis, über die Köpfe der Bevölkerung hinweg über das AKW-Programm zu entscheiden. Wir fordern Volksabstimmung."

Weiters wurde für Pfingsten 1978 eine Sternfahrt zum Bauplatz des bereits fix und fertig geplanten AKW St. Pantaleon festgesetzt, um den drohenden Baubeginn zu verhindern.

Linz, am 11. März 1978

Gasausbruch in Wien-Favoriten
Profitgier gefährdet tausende Menschen

„Mehr als ein Stein" fiel (laut „Kurier" vom 5.3.) der Bourgeoisie vom Herzen, nachdem sich Samstag nachmittag, 40 Stunden nach dem katastrophalen Gasausbruch aus dem Bohrturm der ÖMV, „Favoriten Tief 1", das Bohrloch selbst geschlossen hatte. Ja, die ÖMV ließ nichts unversucht, um die Katastrophe zu stoppen – sogar die weltweit bekannte Spezialistentruppe für außer Kontrolle geratene Öl- und Gasbohranlagen, Red Adair's Company, wurde aus Texas eingeflogen.

„Gut is' gangen, nix is' g'schehn", – diesen Gedanken will die Bourgeoisie dem Volk einhämmern. Außerdem sei ein derartiger Ausbruch „nahezu unwahrscheinlich" erklärte der Chef der ÖMV-Bohranlagen. Wie wahrscheinlich solche „Katastrophen" im Kapitalismus sind, ist den Wienern nur in allzuguter Erinnerung: Der Einsturz der Reichsbrücke zeigte, daß die Kapitalisten und ihr Staat auf der Jagd nach höchstem Profit selbst die primitivsten Sicherheitsvorkehrungen ignorieren. Der Drang nach Profit bedeutet für die Arbeiterklasse nicht nur Ausbeutung und Ruin der Gesundheit durch die tägliche Plackerei im Betrieb, sondern zerstört insgesamt die Umwelt und die Lebensbedingungen des Volkes.

Die Aufstellung eines Bohrturmes im Wiener Stadtgebiet, wenige Meter von einer Siedlung entfernt, zeigt das anschaulich. Die Möglichkeit, durch kürzere Bohrzeit schneller fündig zu werden, damit Kosten zu sparen und rentabler zu produzieren, wiegt für die ÖMV natürlich tausendmal mehr als die Sicherheit und die Rücksichtnahme auf die Umwelt der Betroffenen.

Also bedeuten die Bohrungen im Stadtgebiet für die Anrainer dauernden Lärm rund um die Uhr (auch das Aufstellen einer Bretterwand, die noch dazu beim Gasausbruch wegen der Erhöhung der Explosionsgefahr sofort umgerissen werden mußte, nützte da wenig, wie uns ein Bewohner der betroffenen Sieldung erzählte) und dauernde Bedrohung durch einen eventuellen Ausbruch. Die Proteste, die die Anrainer noch vor der Inbetriebnahme des Bohrturmes „Favoriten Tief 1" an die Adresse der Gemeinde abgaben, zeitigten keinerlei Wirkung. Offensichtlich redet sich die Gemeinde jetzt auf das „Bergrecht" aus, das angeblich kein Mitspracherecht der örtlichen Behörden vorsieht.

Den Bewohnern des Viertels Unter-Laaerberg hat der Gasausbruch eine milimeterdicke weißgraue Schmutzschicht auf Häusern und Gärten gebracht, wodurch großer Schaden entstanden ist und oft jahrelange, mühsame Kultivierung von Gärten vernichtet wurde. In großen Teilen Wiens roch es eine Zeitlang nach faulen Eiern, die Luftverschmutzung brachte aber, laut bürgerlichen Zeitungen, keine Gefahr für den menschlichen Organismus. Tatsache ist, daß durch die anarchische Entwicklung von Großstädten im Kapitalismus, die eine ungeheure Ballung des Verkehrs mit sich bringt und die Luft im „Normalzustand" ohnedies schon schlecht genug ist, so daß ein höherer Schwefelwasserstoffgehalt der Luft nicht so auffällt. Nicht auszudenken, wenn das Gas-Wasser-Gemisch, das turmhoch aus dem Bohrloch herausgeschleudert wurde, eine giftige Zusammensetzung gehabt hätte.

Der „Kurier" weiß zu vermelden, daß jetzt „kritische Stimmen aus dem Rathaus" zu vernehmen seien und man dort „die Probleme der Ölsuche in unmittelbarer Nähe der Wohngebiete genau untersuchen" werde. Das ist offener Hohn für die betroffenen Anrainer, die schon seit Jahren protestieren. Bürgermeister Gratz erklärte zynisch, es sei zwar vorgeschrieben, daß Bohrungen erst im Umkreis von 100 Metern um Wohnhäuser erlaubt sind, doch müsse man einen Unterschied machen zwischen einem Wohnhaus und einem ganzen Wohngebiet.

Um den Unmut der Bevölkerung zu dämpfen, wurde von der ÖMV rasch verbreitet, daß sowieso jeder Schaden bezahlt werden und man nicht kleinlich sein würde. Das schaut dann so aus, daß sich die Anrainer einen Rechtsanwalt nehmen und „gegen die ÖMV gerichtlich vorgehen müssen.

Der Vorfall am Laaerberg ist für die Arbeiterklasse und das Volk eine weitere Lehre, was von den Sicherheitsvorkehrungen der Kapitalisten zu halten ist, und dabei wie die Bourgeoisie ihr Energieprogramm durchsetzen will.

Außer in Favoriten betreibt die ÖMV noch in Hirschstetten eine Bohrung. Geplant sind Bohrungen in Simmering, und noch im kommenden Dezember soll in Breitenlee eine weitere Bohrung in Angriff genommen werden.

Für die betroffenen Anrainer geht es darum, gemeinsam eine Weiterführung der Bohrungen in *jeder* für die Bewohner gefährlichen Lage zu verhindern sowie den Schaden ersetzt zu bekommen.

Verband Kommunistischer Intellektueller Sektion Favoriten/Wien

Das Atomkraftwerksprogramm bedeutet steigende staatliche Ausplünderung

„Zwentendorf, einst von allen begeistert begrüßt und als Fortschritt gepriesen, hat bisher 7 Milliarden Schilling gekostet, und die Kosten laufen weiter. Österreich kann sich keine Milliardenruine leisten, die der Steuerzahler finanzieren muß, ohne als Gegenwert die notwendige Energie zu erhalten." (Argument Nr. 7 der SPÖ, in „Solidarität" 3/78)

Nach einem jüngst veröffentlichten Memorandum der Gemeinschaftskraftwerke Tullnerfeld Ges.m.b.H. war der bis Ende 1977 angefallene Gesamtaufwand 6,5 Milliarden S, bei einer Übernahme des Betriebes Mitte 1978 werden Gesamtkosten von 7,6 Milliarden S veranschlagt, die nur die unmittelbaren Investitionen (Bauten, Aggregate), die Bauzinsen und die Brennstoffbeschaffung umfassen. Daher auch will Erbacher derzeit nur ein sogenanntes Dauerlager (Zwischenlager) zum Preis von 1 Milliarde S und kein Endlager errichten lassen (mindestens 4 bis 5 Milliarden S), denn „diese Kosten hält der Preis für die Kilowattstunde nicht aus." (Profil 6/78) Wenn die Inbetriebnahme weiter verzögert wird, drohen Regierung und GKT, wird das AKW-Abenteuer das Volk noch teurer zu stehen kommen. Ebenso hat der Hauptbeteiligte an der technischen Ausstattung des Werks, Siemens Österreich, gedroht, im Fall einer weiteren Verzögerung „die Baustelle schließen zu müssen." Seit Monaten schon droht eine weitere Strompreiserhöhung für Haushalte, gewerbliche und landwirtschaftliche Kleinbetriebe: Der 1. April wird als Stichtag genannt.

Das Volk muß das Atomkraftwerksprogramm der Regierung finanzieren, das ist der Kern all dieser „Argumente" und Drohungen. Es soll zahlen, damit die Werkbetreiber möglichst schnell zur Realisierung ihrer Profite und die Kapitalisten möglichst schnell zu billigem Strom kommen. Ein gigantischer Raubzug gegen das Volk ist dazu das Finanzierungsprogramm. Das geschieht hauptsächlich auf zwei Wegen:

Finanzierung über Subventionen aus Steuergeldern...

Vier Milliarden Schilling an Steuergeldern der Massen wurden in den Jahren 1960-1975 offiziell dem Verbundkonzern geschenkt. Mit diesen Geldern ist zum Teil auch das AKW Zwentendorf gebaut worden.

In die Kostenerstellung für den Gestehungspreis der Kilowattstunde in Zwentendorf gehen nach den Angaben des Bundespressedienstes nur folgende Posten ein:

Fixkosten (Investitionen)	*41 g*
Brennstoffe	*9 g*
Wiederaufbereitung und Brennstäbelagerung	*9 g*
Gesamtkosten pro kWh (Dampfkraftwerke 62 g)	*59 g*

Auch daraus sieht man deutlich, was alles *nicht* einberechnet wird, sondern unter verschiedenen Titeln aus dem Budget bezahlt wurde:

- Subventionen für die Forschung
- Straßenbau und Grundaufschließung
- Kosten für Bundesheereinheiten (Objektschutz), Polizei, Gendarmerie
- steigende öffentliche Gesundheitsausgaben (Untersuchungen, erhöhtes Risiko).

Weitere Milliarden werden anfallen und aus Steuern gedeckt werden, wenn das AKW nach zwanzigjähriger Betriebszeit stillgelegt ist und als Ruine weiter gewartet werden muß.

Bei der ersten Kostenrechnung der Regierung von 1971, die Kilowattgestehungskosten von nur 20 g vorsah, waren weder eine Zwischen- und Endlagerung noch die Ruinenwartung einbezogen. Letztere ist auch jetzt nicht inbegriffen. Das zeigt nicht nur die Abenteuerlichkeit und Skrupellosigkeit der AKW-Betreiber, sondern läßt auch erkennen, daß zur Milliardenausplünderung bisher eine weitere Milliardenausplünderung kommen soll, wenn das Werk in Betrieb geht.

Aber soll nicht, wie die Regierung verspricht, das Volk für seine Finanzierung „als Gegenwert die notwendige Energie erhalten"? Eine Neuigkeit, daß man Strom als Gegenwert für Steuern erhält! Tatsächlich ist es so, daß durch die Steuerausplünderung des Volkes der „billige Atomstrom" subventioniert wird.

...und über den gespaltenen Stromtarif

1976 verbrauchten Industrie und größere Gewerbebetriebe mehr als 60 Prozent des gesamten produzierten Stroms, zahlten aber nicht einmal 40 Prozent. Die Haushalte und landwirtschaftlichen Kleinbetriebe waren nur zu 25 Prozent am Stromverbrauch beteiligt, zahlten aber 60 Prozent! Das geschieht mittels des Systems des gespaltenen Stromtarifs. Die Großverbraucher, die kapitalistischen Betriebe, haben Sondertarifverträge und zahlen zwischen einem Drittel und der Hälfte für eine Kilowattstunde, als ein Arbeiter dafür bezahlen muß (durchschnittlicher Industrietarif 0,30 - 0,50 S/kWh, Haushaltstarif in Wien 1,10 S/kWh).

„Haushaltsluxusgeräte" sind es, hetzt die Kapitalistenpresse und ermahnt zum Sparen, die so viel Strom verbrauchen und ein Atomkraftwerk erfordern. Die Behauptung, Radio, Fernsehapparat, Kühlschrank, Herd oder Rasierapparat seien Luxus, verrät die Absicht der Bourgeoisie, den Lebensstandard der Arbeiterklasse und des Volkes zu drücken. Tatsächlich verbrauchen alle diese Haushaltshilfsgeräte (alles notwendige Dinge) nur etwa 10 Prozent der gesamten im Haushalt verbrauchten Energie, 13% gehen für Warmwasserbereitung und 77% für die notwendige Heizung auf. („Der Einkauf" 1/78)

Staribachers geplante Tarifreform soll eine noch stärkere Belastung für die Haushalte und die Kleinbetriebe in Gewerbe und Landwirtschaft bringen. Durch Reihung der größten Verbraucher (Heizung, Kochen) in höhere Tarifgruppen soll das Spalttarifsystem noch mehr perfektioniert werden.

Am 1. April neuerliche Strompreiserhöhung geplant

Die sich vertiefende kapitalistische Krise hat zu einer Dämpfung der Industrieproduktion und damit auch zu einer Reduzierung des Stromkonsums durch die Industrie geführt. Den letzten veröffentlichten Zahlen zufolge ist der Industrieverbrauch von November 1976 auf November 1977 um 4,4% zurückgegangen. Der Gesamtverbrauch ist nur um 1,8% gestiegen, entgegen der errechneten und von der Elektrizitätswirtschaft geplanten 6-7% Steigerung. Der Stromimport ist sogar um 16,4% zurückgegangen. (Die um 0,4 Grad C höheren Durchschnittstemperaturen fallen nicht so sehr ins Gewicht.)

Dennoch wird investiert (besonders zur Entwicklung des AKW-Programms), um rechtzeitig genügend billigen Strom für die Kapitalisten zu haben. Daher soll durch noch höhere Haushaltstarife noch mehr aus dem Volk herausgepreßt werden.

Keine Verschleppung der großen Lohnrunden! Für die Forderung nach einem Mindestbetrag!

Fortsetzung von Seite 1

Verschleppungspläne der Kapitalisten.
Nach dieser Sitzung des Lohnunterausschusses haben sie allerdings einiges herausgelassen. Zum Beispiel, daß Laufzeiten von 14 bis 17 Monaten üblich und normal wären. Anscheinend ist den Kapitalisten eine Verschleppung bis 1. Juni noch zu wenig. Anscheinend steuern sie den August an.

Die Verschleppungstaktik ist in einer Zeit, in der Monat für Monat die Inflation am Lohn frißt, eine der schärfsten Waffen der Kapitalisten. Jetzt kommen sie damit daher, daß 14 - 17 Monate „normal" sind. Vom Standpunkt der Arbeiter aus ist es aber in viel höherem Maß normal, gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalisten und gegen die Politik der Gewerkschaftsführung, im besonderen gegen die Verschleppungstaktik aufzutreten. Wo es Widerstand gibt, ist schon so manches „Normale" über den Haufen geschmissen worden. Voriges Jahr ist bei den Metallarbeitern unter dem Druck aus den Betrieben sogar das völlig „Abnormale" passiert, daß ein KV am 14. eines Monats in Kraft getreten ist. Auch für diesen KV ist noch nicht aller Tage Abend. Am Donnerstag, den 16.3., kommt der Antrag der Metallarbeiter wieder in den Lohnunterausschuß. Daß sie den neuen KV bis in den Sommer hinein verschleppen wollen, ist klar. Wie weit sie das können, muß sich erst noch zeigen.

Neben dem Verschleppen der KV-Abschlüsse kommt es den Kapitalisten vor allem darauf an, 5% oder noch weniger zu erreichen. Bei den niedrigeren Löhne bedeutet das fast schon ein Nichts an Lohnsteigerung, bei den höheren ist es nicht viel besser. 5% wären in den angeführten Beispielen (siehe Tabelle) 218.- bis 342.- S. Die Inflation hätte demgegenüber bis August 1978 zwischen 325.- und 470.- S vom alten Nettolohn weggefressen.

Bei den Chemiearbeitern ist die Ausgangsforderung 7,8%. Was aus solchen 7,8% werden kann, zeigt ein Blick auf die Handelsangestellten, wo aus 8,5% letztlich 5,8%, und auf die Textilarbeiter, wo aus 9% letztlich 4,5% geworden sind. Das Wichtigste, um einen derartigen Lohnraub entgegenzutreten, wäre ein ausreichender Mindestbetrag in der Lohnforderung. Bei den Handelsangestellten hat es eine Mindestforderung von S 450.- gegeben. Sie war ohnehin schon zu niedrig, hätte aber immerhin eine gewisse Untergrenze des Lohnraubs bedeutet. Die Kapitalisten haben erreicht, daß die Gewerkschaftsführung sie fallengelassen hat. Im Vorjahr hat es eine Reihe scharfer Auseinandersetzungen um die Frage von Mindest- und Sockelbeträgen gegeben. Bei den Industrieangestellten wurden im Vorjahr 730.- gefordert. Eine ausreichende Mindestbetragsforderung ist eine gute Voraussetzung, um der Lohnraubpolitik der Kapitalisten entgegenzutreten. Ihnen und ihren sozialdemokratischen Knechten in der Gewerkschaftsführung ist sie ein Greuel. Sie werden daher alles tun, um die Aufstellung einer Mindestbetragsforderung bei den KV-Verhandlungen zu vermeiden. Umso wichtiger ist es, daß von den Betrieben her ein Mindestbetrag gefordert wird.

Solche Beschlüsse sind wichtige Schritte, um die Lohnraubpläne der Kapitalisten und die Kapitulationspolitik, die von den Benya, Sekanina, Dallinger und Konsorten der Gewerkschaft aufgezwungen wird, in die Schranken zu weisen. Sie sind wichtig, damit die Lohnabschlüsse nicht ins Bodenlose hinuntergedrückt werden können. Sie haben auch dann ihre praktische Bedeutung, wenn formell von der Gewerkschaftsführung keine Mindestbetragsforderung aufgestellt wird. Wenn in einigen Betrieben oder auch nur in eingen Abteilungen eines wirklich bedeutenden Betriebes ein ausreichender Mindestbetrag gefordert würde, hätte dies zweifellos die größten Auswirkungen auf den Kapitulationsspielraum der Gewerkschaftsführer.

Was eine 5%-Erhöhung bringen würde

Lohn und Abzüge	Arbeiter Stahlindustrie 3 Kinder, ohne Alleinverd. 168 Stunden, 50,6 S/Stunde		Arbeiter Stahlindustrie Auto, unverheiratet 191 Stunden, 53,6 S/Stunde		Arbeiterin Elektroindustrie verheiratet S 43/Stunde, 177 Stunden	
Bruttolohn	8.501,-	8.926,-	10.248,-	10.760,-	7.611,-	7.992,-
Zulagen	1.054,-	1.107,-	1.480,-	1.554,-	-	-
Überstd. Zuschlag	288,-	302,-	2.013,-	2.114,-	193,-	203,-
Wohnungsbeihilfe	30,-	30,-	30,-	30,-	30,-	30,-
Lohn brutto	*9.873,-*	*10.365,-*	*13.771,-*	*14.458,-*	*7.834,-*	*8.225,-*
(davon lohnsteuerfrei)	*1.180,-*	*1.238,-*	*3.771,-*	*3.860,-*	*223,-*	*233,-*
Lohnsteuer	75,-	164,-	1.388,-	1.456,-	903,-	987,-
Sozialversicherung	1.312,-	1.430,-	1.682,-	1.959,-	1.042,-	1.127,-
Gewerkschaft	98,-	100,-	100,-	100,-	78,-	82,-
Summe d. Abzüge	*1.485,-*	*1.694,-*	*3.170,-*	*3.515,-*	*2.023,-*	*2.196,-*
Nettolohn	*8.388,-*	*8.671,-*	*10.601,-*	*10.943,-*	*5.811,-*	*6.029,-*
Nettoerhöhung	*283,-*		*342,-*		*218,-*	

Daß nicht alles nach dem Wunsch der Kapitalisten und Gewerkschaftsführer gehen muß – dafür gibt es Beispiele aus den letzten Tagen. Die Belegschaft von Sacher Technik Wien hat eine Mindestforderung von S 1.000,- beschlossen. Dieser Betrieb hat zwar nur 30 Beschäftigte, aber er hat ein Beispiel gegeben, wie die Arbeiter und Angestellten ihre Interessen geltendmachen können. In zwei Betrieben hat es Streiks und Kampfaktionen gegeben. Das eine ist der zweitägige Streik bei König&Bauer in Mödling bei Wien. Das andere ist der Kampf der Beschäftigten der Austria Tabakwerke in Linz, Hainburg und Wien. Im ersten Fall ging es um eine innerbetriebliche Lohnerhöhung. Im zweiten Fall um die Abwehr einer Kürzung der Produktivitätsprämie. Für die Kapitalisten und die Gewerkschaftsbonzen, die sich bei der Veröffentlichung der Streikstatistik 1977 gerade noch mit der niedrigsten Streiktätigkeit in ganz Europa und auch in Österreich seit mehr als 20 Jahren gebrüstet hatten, ist das ein schwerer Schlag zum jetzigen Zeitpunkt, unmittelbar vor bzw. schon während der großen Lohnrunden. In beiden Fällen konnte ein Teilerfolg erzielt werden. Beide Fälle zeigen, daß der Steigerung der Ausbeutung erfolgreich entgegengetreten werden kann. Darin besteht ihre weit über die betroffenen Betriebe hinausgehende Bedeutung. Das zeigt sich auch daran, welche Resonanz und Unterstützung die Aktionen gefunden haben, wo sie unter den Arbeitern anderer Betriebe bekannt geworden sind, und in welche Aufregung sie die Kapitalisten und ihre Handlanger in der Gewerkschaft versetzt haben. Allein schon diese beiden Kämpfe haben das Klima der heurigen Lohnrunden, die Bedingungen, unter denen sie stattfinden, in einer für die Arbeiterklasse günstigen Weise verändert.

Red.

Koenig & Bauer/Mödling: Streik um innerbetriebliche Lohnerhöhung

Die mehr als 200 Arbeiter der Maschinenfabrik Koenig und Bauer traten am Montag, den 6. März, in einen Streik für eine innerbetriebliche Lohnerhöhung von 6%. Das unmittelbare Streikziel konnte nicht erreicht werden. Als die Firmenleitung ihr Angebot einer einmaligen Prämie auf ca. S 1.500 erhöhte, und gleichzeitig die Gewerkschaftsführung drohte, sie werde den Streik nicht weiter unterstützen, wurde Mittwoch vormittag die Arbeit wieder aufgenommen. Von der bürgerlichen Öffentlichkeit wurde der Streik aus gutem Grund fast vollständig totgeschwiegen; stehen doch die Kollektivvertragsverhandlungen der Branchen Metall-Bergbau-Energie bevor.

Antwort auf Lohnabbau und Streichungen von Sozialleistungen: Innerbetriebliche Lohnforderung

Bei Koenig und Bauer, einem Zweigwerk einer großen Würzburger Maschinenfabrik, werden vor allem Präzisionsmaschinen (für Banknotendruck, spitzenlose Rundschleifmaschinen) und Ersatzteile produziert. Sie gehen hauptsächlich in den Export, besonders in Comecon-Länder und auch in die Dritte Welt. Die Belegschaft besteht zum größten Teil aus hochqualifizierten Facharbeitern. Das Lohnniveau ist relativ hoch.

Noch vor einigen Jahren konnten die Arbeiter mit der Waffe einer angedrohten Überstundenverweigerung innerbetriebliche Lohnerhöhungen erzwingen. In den letzten zwei Jahren nahm die Zahl der Überstunden ab. Die Betriebsleitung versuchte, das Lohnniveau zu drücken und andere Errungenschaften der Arbeiter zu beseitigen (z.B. Fahrtkostenzuschüsse). Dabei kam ihm der revisionistische Betriebsrat unter Leopold Pipek (Gewerkschaftlicher Linksblock) mit seiner Politik der Klassenzusammenarbeit entgegen: „Das alljährliche Argument der Direktion, angesichts der Krise müßten größere Investitionen getroffen werden, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten, wurde ohnehin vom Betriebsrat berücksichtigt, und er forderte nur eine einmalige Leistungsprämie." (Volksstimme, 9.3.78) Ermutigt durch diese Politik der Revisionisten im Betriebsrat, die Arbeiterinteressen den Osthandelsambitionen der Firma zu opfern, wurde die Firmenleitung immer frecher: Seit drei Jahren gab es keine innerbetrieblichen Lohnerhöhungen mehr, im Vorjahr wurden S 700.000 an Fahrtkostenzuschüssen gestrichen.

All das rief den Unmut der Belegschaft hervor und führte dazu, daß seit einigen Monaten beraten wurde, wie eine innerbetriebliche Lohnerhöhung durchgesetzt werden kann. Schon seit einiger Zeit stand die Forderung nach 6%. Sicher kein Beitrag zur Konkurrenzfähigkeit der Firma im Sinne der GLB-Politik. Die Firmenleitung versuchte, mit einem Angebot von S 700,- als einmalige Prämie die Lage zu entschärfen und gleichzeitig den Betriebsrat auf ihre Seite zu ziehen, der ja immer von der Rücksicht auf den Betrieb ausging. Doch die Kapitalisten hatten sich verrechnet.

Das provokante Angebot gab nun den Ausschlag: „Wir wollen nicht ein Almosen, was wir brauchen, ist eine Lohnerhöhung um 6 Prozent!" Der Streikbeschluß wurde gefaßt, Betriebsrat und Gewerkschaft wurden aufgefordert, den Streik zu unterstützen. Der Betriebsrat sagte die Unterstützung zu. Ab Montag früh stand der Betrieb. Mit Ausnahme einiger technischer Angestellter wurde der Streik lückenlos durchgeführt, auch von den Schichtarbeitern.

Sozialdemokratische ÖGB-Führung verlangt Einstellung des Streiks

Laut ORF drohte schon Dienstag der Zentralsekretär der Gewerkschaft Metall-Bergbau-Energie, Sagmeister, mit Nicht-Unterstützung des Streiks, wenn auf das Angebot der Firma nicht eingegangen würde. Diese hatte inzwischen ihr Angebot von einem Gesamtbetrag von S 150.000 auf S 250.000 erhöht, eine Innerbetriebliche jedoch kategorisch abgelehnt.

Soweit andere Belegschaften der Branche vom Streik erfahren (wie z.B. bei Wertheim in Wien), wird er von vielen Kollegen vor allem in seiner Bedeutung für die bevorstehenden Lohnverhandlungen gesehen: Daß es „den Kapitalisten einmal gezeigt wird", als Beitrag für eine Kampffront gegen die Lohnraubpläne der Metallkapitalisten. Der Betriebsrat von Wertheim sichert Unterstützung zu. Es ist klar, daß das der bürgerlichen ÖGB-Führung, die eine kampflose Kapitulation der Metallarbeiter organisieren will, nicht ins Konzept paßt. Sagmeister wiederholt seine wilden Drohungen, wie er sie schon gegen den großen Böhler-Streik ausgestoßen hat: Ein betrieblicher Streik vor KV-Verhandlungen richte sich gegen die Solidarität, man müsse sich ganz auf den Branchen-Abschluß konzentrieren. Deshalb droht er mit Entzug der Streikunterstützung.

Der Revisionist Pipek leistet seinen Beitrag zur Niederlage. Er verlegt sich auf die absurde Argumentation, daß die Innerbetriebliche für die Firma sowieso leicht tragbar wäre. Einem eigens aus Würzburg angereisten Manager fällt es nicht schwer zu beweisen, daß das natürlich keineswegs der Fall ist. Ein Betriebsrat, der nur ja nicht in den Geruch kommen will, den Kapitalisten weh zu tun, kann nur den Boden für einen erzwungenen Rückzieher der Belegschaft bereiten.

Unter diesen Umständen findet Mittwoch früh eine stürmische Betriebsversammlung statt. Viele wollen den Streik fortsetzen. Die Empörung über die Hal-

Fortsetzung Seite 6

Spedition Intercontinentale Linz: Bei den KV-Verhandlungen dem Lohnabbau entgegentreten!

Auf einer Betriebsversammlung der Linzer Spedition „Intercontinentale" am 27. Februar 1978 berichtete der Betriebsrat über den Stand der KV-Verhandlungen der GPA/Sektion Handel, Verkehr, Vereine. Im Folgenden Auszüge aus diesem Bericht:

Der Betriebsrat brachte auf der Sitzung der Bundesfachgruppen der GPA/Sektion Handel, Verkehr, Vereine einen Antrag auf eine Mindestlohnerhöhung von öS 700,- ein. Diese Mindestforderung wurde als zu hoch verworfen. Ein Betriebsrats-Kollege aus Wien fand jedoch eine Mindestforderung richtig und schlug statt S 700,- S 450,- vor. Dieser Vorschlag wurde nach heftiger Debatte mit der fadenscheinigen Begründung, er würde die S-Abstände zwischen den Berufsjahren durcheinanderbringen, 12:5 abgelehnt.

Inzwischen war in Wien eine Landesbetriebsrätekonferenz, die einen Umschwung brachte. Unsere Wiener Kollegen stärkten ihrem Betriebsrat den Rücken und unterstützten eine Lohnforderung, die wenigstens nur teilweisen Reallohnabbau bringt.

Die Landesbetriebsrätekonferenz beschloß, S 500,- als Sockel und darauf 3% KV-Erhöhung zu fordern.

Überlegen wir uns, was wir brauchen: Das ist eine Lohnerhöhung, die die Steuer-, Tarif- und Preiserhöhungen von März 77 bis März 78 wenigstens weitgehend deckt.

Erzählt wird uns immer wieder, wir bekämen die Inflationsrate und 2–3% Reallohnerhöhung; schauen wir uns das an Hand eines Beispiels einmal näher an:

Vom 31. 1. 75 bis 31. 1. 78, also in 3 Jahren, gab es

21% Brutto-Lohnerhöhung, (S 1.410,-)

Rechnet man nach, was netto rauskommt, sieht die Sache schon schlechter aus:

Vom 31. 1. 75 bis 31. 1. 78, also in 3 Jahren,

16% Netto-Lohnerhöhung (S 846,60)

rufen wir uns dazu den amtlichen Preisindex ins Gedächtnis:

Vom Jänner 75 bis Dezember 77, also für 3 Jahre,

21,5% Inflationsrate.

Der Reallohnabbau betrug in 3 Jahren 5,5%, und das unter Berücksichtigung des amtlichen Preisindexes der ohnehin die Inflationsrate niedriger, als sie ist, darstellt. Wenn wir es ganz genau nehmen würden, und die 3 Monate 1974 und 2 Monate 1978 die Inflationsrate dazuzählen würden, stünde das Beispiel noch schlechter da!

Um es klarzustellen: Ich habe nicht gesucht, sondern ich verfolgte meine Lohnstreifen 3 Jahre zurück. Das Ergebnis hat auch mich erschreckt!

Überdies trug sogar eine Berufsjahrvorrückung bei, den Lohnabbau so gering zu halten.

Wie sieht es weiter aus? Leute wie Benya, die noch vor kurzem überhaupt nur Vollbeschäftigung gesehen haben, reden jetzt ebenso natürlich vom Anwachsen der Arbeitslosenrate auf ca. 3% oder über 100.000. Für alles dient ihnen diese Entwicklung zur Rechtfertigung: für verstärkte staatliche Ausplünderung ebenso wie fürs Maßhalten beim Lohn.

Es ist nicht so, wie gewisse Leute sagen, daß „maßvolle" Lohnerhöhungen so etwas wie ein einmaliger, vorübergehender Beitrag der Arbeiter und Angestellten zum allgemeinen Maßhalten sind. Sie sind im Gegenteil der Ausgangspunkt für weiteres „Maßhalten" und Verschlechterungen für uns. Zuerst einmal sind „maßvolle Lohnerhöhungen" nichts anderes als Reallohnabbau – erinnern wir uns an das Beispiel!

In Anbetracht dessen, daß die Unternehmer ihre Kapazitäten immer weiter ausbauen, und durch die Krise auch weniger Geschäft da ist, hat sich der Konkurrenzkampf enorm verschärft. Jeder Unternehmer versucht, die Krise auf die Belegschaft abzuwälzen und damit auf unsere Kosten seine Konkurrenzsituation zu verbessern. Dieser Konkurrenzkampf vernichtet nicht nur Betriebe, sondern auch Arbeitsplätze, wobei die Kollegen mit einem Arbeitslosengeld von 45% des letzten Gehalts auskommen müssen. Unsere Aufgabe muß es auch sein, dafür zu sorgen, daß diese Kollegen nicht für jeden Lohn arbeiten, daher müssen wir für 80% Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit eintreten.

In weiterer Folge wurde von der Betriebsversammlung folgende Resolution an die GPA/Sektion Handel, Verkehr, Vereine beschlossen:

„Die Betriebsversammlung der Spedition Intercontinentale Linz ersucht die Verhandlungskommission, einem weiteren Reallohnabbau einen Riegel vorzuschieben.

1. Wir brauchen ca. S 1.000,- monatlich, um die Steuer-, Tarif- und Preiserhöhungen von März 77 bis März 78 aufzufangen.

2.) Wir unterstützen alles, was dem weiteren Reallohnabbau Einhalt gebietet; vor allem die auf der Wiener Landes-Betriebsräte-Konferenz aufgestellte Forderung nach S500,- und 3% drauf!

3.) Wir werden eine konsequente Lohnpolitik der Gewerkschaft mit allen Mitteln unterstützen. Angesichts der Belastungen, die Wirtschaft und Staat uns zukommen läßt, und unsere soziale Lage verschlechtert, bedauern wir die unvernünftige Gehaltspolitik der Gewerkschaftsführung."

Wertheim/Wien: Direktion will betriebliche Lohnfortzahlung im Krankheitsfall streichen

Seit Frühjahr 1976 gibt es bei Wertheim eine innerbetriebliche Regelung für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bei den Arbeitern. Nach langem und hartnäckigem Kampf ist es der Belegschaft damals gelungen folgende Vereinbarung mit der Betriebsleitung zu erzwingen: für die Dauer eines Jahres muß im Krankheitsfall die Differenz zwischen dem gesetzlichen Entgelt und dem normalen Lohn des Arbeiters von der Firma bezahlt werden.

Allerdings ist es schon damals der Betriebsleitung gelungen, einen Passus in die innerbetriebliche Vereinbarung aufzunehmen, der besagt, daß die hier erklärte Regelung außer Kraft treten kann, wenn die wirtschaftliche Lage es notwendig macht. Warum die Betriebsleitung damals so hartnäkkig auf dieser Festlegung beharrt hat, zeigt sich heute:

Letzte Woche traten die Herren von der Direktion an den Betriebsrat heran und erklärten, sie hätten die Absicht, die Vereinbarung über die Lohnfortzahlung aufzukündigen, da die Krankenstände stark zugenommen hätten und die finanzielle Belastung für die Firma nicht mehr tragbar sei.

Der Betriebsrat hat auf seiner Sitzung vom 10.3. der Betriebsleitung den Krempel wieder zurückgeschmissen. Das war auch gut so. Denn eines ist klar: die Belegschaft wird sich die erkämpften Regelungen nicht so leicht nehmen lassen.

Was die Betriebsleitung hier versucht (und bei dem einen Versuch wird es todsicher nicht bleiben), kann man getrost als ersten größeren Schritt in Richtung Verstärkung der Ausbeutung und Knechtung der Belegschaft bezeichnen. „Kleinere" Schritte hat es in letzter Zeit bereits genügend gegeben:

-so z.B. der durch die Belegschaft verhinderte Versuch, Kollegen schriftlich zu „verweisen", weil sie es gewagt hatten, eine halbe Stunde vor Betriebsschluß duschen zu gehen;

-so z.B. das Verbot des Kochens im Betrieb, was bisher über lange Jahre stillschweigend geduldet wurde;

-so z.B. das „harte Durchgreifen" auch bei kleinen Disziplinarverstößen der Arbeiter und die zum Teil verstärkte Schikane durch verschiedene Meister, die in einem Fall bereits zu dem zwar schlagenden, aber nicht besonders lang wirkenden Erfolg geführt hat, daß ein Arbeiter seinem Meister links und rechts eine gefeuert hat, bevor er gegangen ist;

mit einem Wort: Die „kleinlichst gehässige Despotie", der die Arbeiter in der Fabrik unterworfen sind, soll verstärkt ausgebaut und verschärft werden.

Die Sache mit der Lohnfortzahlung ist auf jeden Fall noch lange nicht erledigt. Von Seiten der Betriebsleitung sowieso nicht und von Seiten der Belegschaft darf sie es auch nicht sein.

Notwendig ist die entschiedene Abwehr dieses Versuches der Betriebsleitung, unsere erkämpften Regelungen in bezug auf die Lohnfortzahlung für null und nichtig zu erklären. Darüber ist sich die Belegschaft, soweit wir das abschätzen können, im großen und ganzen einig. Damit die Belegschaft den Versuch der Firmenleitung nicht nur jetzt abwehren kann, sondern auch gewappnet ist für weitere freche Manöver in dieser Richtung, ist es unserer Ansicht nach notwendig, die Klarheit und Einheit der Belegschaft vor allem in folgenden Fragen voranzubringen:

- Erstens, was ist die Ursache der vielen Krankenstände? Liegt es in der Hauptsache daran, daß viele Kollegen sich einen billigen „Zwischenurlaub" machen wollen oder liegt es nicht in 99,9% der Fälle an der gestiegenen Arbeitshetze, an der gestiegenen Arbeitsintensität, am mörderischen Betriebsklima, am täglichen Streß im Betrieb und beim Einkaufen usw.?

Wenn letzteres der Fall ist, und wir sind unbedingt dieser Meinung, so darf man Argumenten wie „man muß halt schauen, daß sich die Krankenstände in einem vernünftigen Rahmen halten" nicht auf den Leim gehen. Statt dessen muß man gerade die Wurzeln des schlechten Gesundheitszustandes vieler, vor allem älterer Kollegen zum Anlaß nehmen, um jeden Versuch der Steigerung der Arbeitshetze usw. entschieden zu bekämpfen unter solchen Forderungen, die einen besseren Schutz der Arbeiter vor den Auswirkungen der kapitalistischen Produktion mit sich bringen. Solche Forderungen wären z.B.: 7-Stunden-Tag, 35-Stunden-Woche; Verbot der Schichtarbeit; Verbot der Überstundenarbeit.

- Zweitens ist es so, daß die Firmenleitung es „wieder einmal probiert", oder ist es nicht so, daß dieser Vorstoß deshalb jetzt unternommen wird, weil die Firmenleitung glaubt, daß die Zeit gekommen ist, „reinen Tisch" zu machen? Reinen Tisch in bezug auf die erkämpften Errungenschaften und auch reinen Tisch in bezug auf das gerade bei Wertheim relativ starke Kampfbewußtsein der ganzen Belegschaft.

Wenn letzteres der Fall ist, und auch hier sind wir unbedingt dieser Meinung, so darf man nicht Argumenten wie „der ganzen Wirtschaft geht es halt insgesamt schlecht" und „alle müssen etwas zurückstecken" auf den Leim gehen und auch nur einen Fingerbreit nachgeben, wenn wir nicht vom Regen in die Traufe kommen wollen. Und weil uns unser Hemd näher ist als der Rock der Kapitalisten, so muß uns auch unsere Lage „näher" sein als die Lage der kapitalistischen Wirtschaft, die ohnehin mit uns nur das gemeinsam hat, daß sie uns ausbeutet und knechtet was das Zeug hält. Und die uns „freistellt", sobald die Profitproduktion nicht mehr oder gerade nicht rentabel ist.

- Drittens: Wie können wir dafür sorgen, daß der von uns erkämpfte Erfolg bei der Lohnfortzahlung dauerhafter abgesichert werden kann, als es heute der Fall ist? Offensichtlich ist es so, daß, solange es nur eine betriebliche Vereinbarung bleibt, die Möglichkeiten für die Wertheim-Betriebsleitung relativ vielfältig sind, Angriffe auf diese Errungenschaft zu starten. Und offensichtlich ist es auch so, daß die Belegschaften in den meisten anderen Betrieben heute schlechtere Bedingungen im Krankheitsfall vorfinden, als es bei uns aktuell der Fall ist.

Deshalb ist es notwendig, nicht nur den derzeitigen Vorstoß der Betriebsleitung entschieden abzuwehren, sondern sich ebenso entschieden dafür einzusetzen, daß auch für die anderen Betriebe der Branche, ja letztlich für alle Betriebe die vollständige Lohnfortzahlung im Krankheitsfall für die gesamte Dauer der Arbeitsunfähigkeit gewährleistet ist.

Derzeit wird von Gewerkschaftsseite die KV-Verhandlung vorbereitet. Schlecht wäre es nicht, wenn von unserer Belegschaft über den Betriebsrat ein entsprechender Antrag beim Zentralvorstand bzw. beim Verhandlungskomitee mit dem nötigen Nachdruck eingebracht werden würde. Das wäre sogar sehr gut und würde der Belegschaft für ihren notwendigen Kampf im Betrieb gewaltig den Rücken stärken.

Zelle Wertheim/Wien

Psychiatrisches Krankenhaus Wien: Desinfektionsmittelspender erreicht

Auf unserem Pavillon gab es bisher keine brauchbare Möglichkeit, die Hände zu desinfizieren, obwohl das Personal andauernd mit infektiösen Patienten zu arbeiten hat. Erst letzten Monat wieder wurde bei einem Patienten unseres Pavillons offene Tuberkulose festgestellt.

Solche Zustände stellen aber nicht nur eine immense Gefährdung für alle Patienten dar, sondern sind auch ein großes Risiko für alle Bediensteten am Pavillon sowie für deren Verwandte und Bekannte.

Mit der zynischen Bemerkung: „Wenn ihr glaubts, daß ihr das brauchts.... Ich bin 20 Jahre lang ohne 'so etwas' ausgekommen!", überließ unser Vorgesetzter den Kollegen einen Desinfektionsmittelspender.

Das war die erste konkrete Reaktion der PKH-Verwaltung auf unser Aktionsprogramm, in dem wir unter anderem auch die Forderung nach *„ausreichenden hygienischen Maßnahmen für die Sicherung der Gesundheit, z.B.: ausreichende Mittel zur Händedesinfektion, Einmalhandtücher, Einmalhandschuhe, usw."* aufgestellt hatten.

Außerdem gab es diesmal (zum erstenmal!) am Monatsende ein außertourliches Kontingent an Einmalhandschuhen. Früher waren diese spätestens am Zwanzigsten eines jeden Monats aufgebraucht.

Daß es gerade auf unserem Pavillon so schnell zur Erfüllung einzelner Forderungen des Aktionsprogramms der *„Liste Aktive Gewerkschaftsmitglieder"* gekommen ist, hängt sicherlich auch damit zusammen, daß es bei uns eine ganze Anzahl von Bediensteten gibt, die die Liste aktiv unterstützen.

Das alles ist eine gute Entwicklung. Ist es doch ein erster, wenn auch noch kleiner Erfolg der „Liste Aktive Gewerkschaftmitglieder", der zeigt, daß der eingeschlagene Weg der richtige ist.

Ein Bediensteter am Pavillon 18

Austria Tabakwerke: Kampfaktionen gegen Prämienkürzungen

Am Freitag, den 3.3., wurde in den ATW-Betrieben Linz, Wien und Hainburg die Ankündigung der Prämienkürzung mit sofortigen Protestversammlungen beantwortet. Die Firmenleitung will die Produktivitätsprämie für 1977 um S 1.200,- auf S 4.000 kürzen. Kein Zufall ist es, daß die Kampfaktionen von Linz ausgegangen sind, wo den 350 Kollegen in nächster Zeit die Abwehr der Folgen der Einstellung der Ovalzigaretten (Austria 3 und Austria C) bevorsteht. In Hainburg (300 Arbeiter und Angestellte) kam es zu einer spontanen Arbeitsniederlegung. In Wien (ca. 130) wurde am selben Tag vom Betriebsrat eine Versammlung einberufen.

Der Zentralbetriebsrat wurde beauftragt, mit der Geschäftsleitung Verhandlungen aufzunehmen.

ATW- Kapitalisten wollen Abbau der Errungenschaften der Arbeiter

Die Arbeiter der ehemaligen Österreichischen Tabakregie haben sich einiges erkämpft:

So sind derzeit 75% eines 15. Monatsgehaltes erreicht, jedes Jahr im Frühjahr gibt es innerbetriebliche Einstufungsverbesserungen und die Produktivitätsprämie wird ausbezahlt. Unter der Generaldirektion des Kapitalisten-Bosses Musil versuchen die Kapitalisten seit Jahren, die Errungenschaften der Arbeiter zu beseitigen: Die eigene bessere Pensionsversicherung ist schon vor Jahren in die Pensionsversicherung nach dem ASVG aufgelöst worden. Vor einigen Jahren ist ein System der Arbeitsplatzbewertung eingeführt worden, das erst im Rahmen der derzeitigen Rationalisierungen und Umstrukturierungen die ganzen Nachteile für die Arbeiter deutlich werden läßt: Die Arbeitsplatzbewertung erleichtert den Kapitalisten die Durchsetzung von Lohnverlusten bei Versetzungen. Die Arbeiter haben es schon damals nicht ohne Gegenwehr hingenommen, und heute verschärft es den Unmut über alle neuen Angriffe der Kapitalisten. Unter diesem Gesichtspunkt ist der jetzige Versuch der Prämienkürzung zu sehen. Es gibt nicht einmal den Schein einer „Rechtfertigung" dafür, außer dem Profitinteresse des Kapitals: 1977 war der Absatz mit 15,3 Tonnen sogar höher als der im bisherigen Rekordjahr 1973. Die Umsatzsteigerung gegenüber 1976 von 12,5% geht nur zu 10,8% auf die Preiserhöhung zurück. Auch für 1978 ist wieder mit einer Verkaufssteigerung um 1,5 bis 2% zu rechnen (Presse vom 4./5.3. und 7.3.).

Angesichts dieser Tatsachen war die Belegschaft jedenfalls nicht bereit, zur „Reservenbildung" auf einen Teil des inzwischen fixen Lohnbestandteils Produktivitätsprämie zu verzichten und es kam zu den Protestversammlungen.

Am Freitag, den 10.3., fanden dann die Verhandlungen zwischen Zentralbetriebsrat und Firmenleitung statt. Das Ergebnis ist: Es bleibt bei den S 4.000,-, „zum Ausgleich" wird aber das 15. Monatsgehalt im Jahr 1979 voll ausbezahlt und auch für 1978 wird zu den bisherigen 75% noch ein weiteres Achtel ausbezahlt. Das macht zwischen ca. S 900.- bis etwas weniger als die gestrichenen S 1.200.- aus, je nach Gehalt.

Für heuer ist das ein Teilerfolg. Der ZBR hatte keinen klaren Auftrag, die 5.200,– Prämie zu verteidigen. Das hat dieses „Ausgleichsgeschäft" mit dem 15. Gehalt möglich gemacht. Eine direkte materielle Verschlechterung konnte aber immerhin für heuer zu einem großen Teil abgewehrt werden. Daß das volle 15. Gehalt für 1979 zugesagt worden ist, heißt nicht, daß man sich darauf verlassen kann. Wie die jüngsten Ereignisse zeigen, versuchen die Kapitalisten ständig und überall den Abbau erkämpfter Errungenschaften zu betreiben. Das wird nächstes Jahr nicht anders sein. Daß das bisher nur „in Aussicht genommene" volle 15. Gehalt jetzt fix vereinbart ist, ist eine günstige Bedingung, um die Pläne der Firmenleitung abzuwehren. Daß dafür auf die Verteidigung der vollen Prämie von 5.200,– verzichtet wurde, ist demgegenüber ungünstig. Am meisten zählen aber das Selbstvertrauen und die Kampfkraft der Arbeiter, die durch die jüngsten Aktionen zweifellos gestiegen sind.

Ankerbrot/Wien: 70 Kündigungen, verschärfte Ausbeutung

Während für die Massen in den letzten Jahren der Brotpreis öfter erhöht wurde, wurden gleichzeitig die Arbeiter bei der Ankerbrot unter die „moderne" Form der Schweißauspressung gezwungen. Seit 1970 die Schoeller-Bank, die zu den größten Brotfabriken Mitteleuropas zählende ehemalige Ankerbrotfabrik (heute Vereinigte Nahrungsmittelindustrie, VNI) aufkaufte, rollt eine große Rationalisierungswelle, die vorläufig mit der Kündigung weiterer 70 Arbeiter, der Verlängerung der Arbeitszeit und größeren Arbeitsbelastungen für die Ausfahrer abgeschlosen werden soll. Wo das Finanzkapital selbst direkt eingreift, wird nicht lange gefackelt. Die Schweißauspressung, die für die alten Besitzer – wegen überalteter Produktionsweisen – lange Zeit keine Profite mehr brachte, wird rationeller organisiert, vor allem wird eine moderne Maschinerie eingeführt. Die Profite müssen wieder wachsen. Die überflüssig gewordenen Arbeiter werden auf die Straße geworfen und der Konkurrenzkampf bis in die BRD ausgedehnt, wo Ankerbrot seit Juni 1977 Mehlspeisen hinliefert.

Heute gibt es bei Anker so gut wie keine selbständigen Arbeiten mehr, die, wie in gewerblichen Betrieben, von gelernten Bäckern verrichtet werden. Schrittweise werden die Facharbeiter durch Hilfsarbeiter ersetzt, bzw. gelernte Bäcker nur als Hilfsarbeiter aufgenommen. Seit einigen Jahren werden auch keine Lehrlinge mehr eingestellt.

„Früher war die Arbeiter hart, und die persönliche Kontrolle durch die Meister schärfer als heute", sagt ein Kollege, aber man hatte das Nachtarbeitsverbot (frühester Beginn 4 Uhr) erkämpft, und wenn man mit der Arbeit fertig war, ist man nach Hause gegangen. Heute ist zwar die Arbeit körperlich nicht mehr so anstrengend, aber man ist an den Takt der Maschine gebunden, man macht keine Tätigkeit mehr, die dem gelernten Beruf entspricht, das Arbeitsklima ist schlechter und vor allem: Seit einigen Jahren gibt es die Schichtarbeit. Die Arbeiter erfuhren davon offiziell das erste Mal, als sie auf dem Anschlagbrett, auf dem sie jeden Tag ersehen, wo und zu welcher Zeit sie am folgenden Tag arbeiten, plötzlich neue Zeiten für die nächste Woche eingetragen fanden. Sie hatten immer gehofft, die neuen Maschinen, die viel schneller arbeiten, würden einen späteren Arbeitsbeginn als 4 Uhr mit sich bringen. Aber so rechnet das Kapital nicht.

Die Belegschaft der Ankerbrot hatte als Ausgleich für die besonders harten Arbeitsbedingungen teilweise die 37-Stunden-Woche durchgesetzt gehabt. Jetzt soll zusätzlich zur Schichtarbeit die Arbeitszeit wieder auf 40 Stunden ausgedehnt werden. Zynisch schreibt die Kronenzeitung vom 12.3.: *„Die bisher großzügigen Sozialleistungen sollen radikal beschnitten werden."* Ein Lohn für Frauen, etwa in der Höhe von S 1.150,- bis S 1.350,- in der Woche durchschnittlich, besonders ungünstige Arbeitszeiten (jede 2. Woche Samstagsarbeit) und teilweise Arbeitsbedingungen – in den großteils noch aus der Zeit vor dem 1. und 2. Weltkrieg stammenden Hallen – wie im Mittelalter (Hitze, Zug, schlechtes Licht, ständiges Gehen und Stehen auf hartem Betonboden), das sind wohl die großzügigen Sozialleistungen. Oder vielleicht meint der Schreiberling die Tatsache, daß ein (geringer) Teil des Lohns wöchentlich in Form von Brotmarken ausbezahlt wird? oder er versteht unter Sozialleistung, daß die Ausschußware an Schweine verfüttert wird, dafür aber die den ganzen Tag herumstehenden Meister jeden mit der Kündigung bedrohen, der einmal ein schlecht geratenes Stück Mehlspeise in den Mund schiebt oder gar mit nach Hause nimmt, und sich dabei erwischen läßt?

Am schärfsten betroffen von den letzten Rationalisierungsmaßnahmen werden die Fahrer sein. Der Grund liegt in der Einführung von Fließbändern, von denen sie nunmehr sich selbst die Ware nehmen werden müssen. Davon, daß es in Zukunft keine Beifahrer mehr geben wird, wie es die Kronenzeitung schreibt, kann nicht die Rede sein, Beifahrer gabs in der Regel ohnedies schon längst nicht mehr.

Die Ankündigung von 70 Kündigungen hat sicher wesentlich dazu beigetragen, daß die übrigen Maßnahmen der Schoeller-Kapitalisten von der Belegschaft ohne offenen Widerstand hingenommen wurden.

Die Maßnahmen der Schoeller-Kapitalisten haben große Empörung unter der Belegschaft hervorgerufen. Auch über Kampfschritte wird gesprochen.

Streik bei Koenig & Bauer

Fortsetzung von Seite 5

tung der Gewerkschaftsführung ist groß. Die Drohung der Gewerkschaftsführung und das neue Angebot der Kapitalisten, für jeden Arbeiter eine einmalige Prämie von S 1.500,- zu zahlen, geben schließlich den Ausschlag. Die Arbeit wird um 9 Uhr vormittags wieder aufgenommen. Neben der Prämie muß die Firmenleitung Verhandlungen über die Wiedereinführung der Fahrtkostenzuschüsse zugestehen.

Das direkte Kampfziel ist nicht erreicht worden, einen Teilerfolg hat es gegeben. Doch die ganze Aktion der Kollegen von Koenig & Bauer beweist, daß die Metallarbeiter keinswegs eine „g'mahte Wiesn" für die Kapitalisten sind. Unter den Bedingungen einer massiven Propaganda- und Einschüchterungskampagne gegenüber den Belegschaften vor allem der großen Metallbetriebe, so knapp vor den KV-Verhandlungen einen Streik zu wagen, ist für eine Belegschaft kein leichter Entschluß.

Rapide Verschlechterung der Zahlungsbilanz: Ein Grund mehr für die Bourgeoisie, die Ausbeutung zu steigern – ein Argument mehr für den Sturz des Kapitalismus

Mit zunehmender Beteiligung wird von der österreichischen Kapitalistenklasse die Verschlechterung der Zahlungsbilanz diskutiert. Neben der flauen Wirtschaftsentwicklung und dem nicht abnehmenden Defizit des Staatshaushaltes beschäftigt das rasant steigende Ungleichgewicht der Zahlungsbilanz die Gemüter der Bourgeoisie, ihrer Politiker und Ökonomen.

Aber auch die Arbeiterklasse und das Volk müssen sich mit dieser Frage auseinandersetzen. Aus der Entwicklung der Zahlungsbilanz zieht die Bourgeoisie Schlußfolgerungen, die im Klassenkampf in dernächsten Zeit keine unbedeutende Rolle spielen werden. Auch die Arbeiterklasse muß Schlußfolgerungen daraus ziehen, um ihrerseits die Bedingungen für den Klassenkampf richtig einschätzen zu können.

Was ist die Zahlungsbilanz überhaupt?

Am besten kann man verstehen lernen, was die Zahlungsbilanz überhaupt ist, wenn man sich an Hand eines Beispiels die einzelnen Posten dieser Bilanz ansieht. Wir haben in der Tabelle 1 die Zahlungsbilanz jeweils vom Jänner bis zum November der Jahre 75, 76 und 77 zusammengestellt. Von Jänner bis November deswegen, weil wir für 1977 keine neueren Daten zur Verfügung haben, die beiden anderen Jahre ja vergleichbar sein sollen.

Die gesamte Zahlungsbilanz besteht nun aus mehreren Einzelbilanzen:

Die Handelsbilanz: Sie vergleicht die Warenausfuhr mit der Wareneinfuhr. Im Jahre 77 wurden z.B. von Jänner bis November Waren im Wert von 165 Milliarden Schilling ausgeführt und Waren im Wert von S 230 Milliarden eingeführt. Für ausgeführte Waren erhalten die österreichischen Kapitalisten Geld, für die eingeführten Waren erhält das jeweilige Land Geld. Wenn ansonsten keine Geldeinnahmen für die österreichischen Kapitalisten vorhanden wären, müßten also 65 Milliarden mehr an Geldern (in Form von ausländischen Währungen, Gold, Wertpapieren usw.) aus Österreich abfließen als zurückfließen. Der Währungsschatz der österreichischen Bourgeoisie, gelagert in der Österreichischen Nationalbank, müßte sich um diesen Betrag verringern. (Deshalb das Minuszeichen in der 3. Spalte).

Nun sind die Währungsreserven der Österreichischen Nationalbank insgesamt nicht höher als ca. 60 Milliarden Schilling, und wenn man die kurzfristigen Schulden der anderen Banken ans Ausland abrechnet, bleiben 25 Milliarden (November 77). Man kann sich vorstellen, daß sich die Bourgeoisie Sorgen zu machen beginnt.

Die Dienstleistungsbilanz. Darunter werden kunterbunt die verschiedensten Sachen verstanden, die Einfluß auf den Zufluß oder Abfluß von Währungen haben. Die zwei wichtigsten haben wir extra angeführt. Da ist vor allem der Fremdenverkehr. Die Ausländer kaufen sich in Österreich Waren, mieten Zimmer usw., und das

Fortsetzung Seite 8

Rapide Verschlechterung der Zahlungsbilanz: Ein Grund mehr für die Bourgeoisie, die Ausbeutung zu steigern – ein Argument mehr für den Sturz des Kapitalismus

Fortsetzung von Seite 7

wirkt genauso, als ob diese Waren ins Ausland exportiert worden wären: Das Geld für diese Waren kommt nach Österreich. Der umgekehrte Vorgang spielt sich bei Auslandsreisen von Österreichern ab.

Da wesentlich mehr Ausländer nach Österreich fahren als Österreicher ins Ausland, wirkt der Reiseverkehr in umgekehrter Richtung wie die Handelsbilanz: 23 Milliarden Schilling strömten 1977 mehr nach Österreich als hinausgingen.

Zu den „Dienstleistungen" zählt allerdings auch der Abfluß und Zufluß von Zinsen auf Kapital. Vor allem durch die zunehmende Verschuldung des österreichischen Staates beim ausländischen Finanzkapital steigen die Zinsenzahlungen wesentlich schneller als die Zinseneinnahmen. Durch die Zinsenzahlungen strömen Währungen ab. 1977 z.B. 4,7 Milliarden.

Die *Handelsbilanz* und die *Dienstleistungsbilanz* bilden zusammen mit den *„Transferleistungen"* (das sind direkte Zahlungen, z.B. von ausländischen Arbeitern und anderes) *die Bilanz der laufenden Transaktionen.*

Bis 1975 war diese Bilanz relativ ausgeglichen, da sich das auch früher vorhandene Handelsdefizit durch den Überschuß beim Fremdenverkehr aufhob. Seit 1975 aber hat sich die negative Bilanz bei den laufenden Transaktionen fast verneunfacht!

Die *Kapitalbilanz* – vor allem der längerfristige Kapitalverkehr – das sind der Kapitalimport nach Österreich (entweder Direktinvestitionen ausländischer Kapitalisten in Österreich oder Kredite vom ausländischen Finanzkapital an die österreichische Bourgeoisie) und der Kapitalexport (Direktinvestitionen, Kauf ausländischer Aktien und Kreditvergabe des österreichischen Finanzkapitals ans Ausland). Der Kapitalexport hat dabei eine negative Wirkung auf die Zahlungsbilanz, der Kapitalimport eine positive – umgekehrt wie Warenausfuhr und Wareneinfuhr.

Der Kapitalexporteur erkauft sich sozusagen einen Anteil an der Ausbeutung der Arbeiter im Ausland, dabei fließt aber Währung ins Ausland – die Zinsen kommen erst später zurück (wenn sie nicht wieder im Ausland angelegt werden).

Umgekehrt profitieren die ausländischen Kapitalisten an der Ausbeutung der österreichischen Arbeiterklasse, wird Kapital nach Österreich importiert. Währung strömt nach Österreich (Profite erst später ins Ausland). Dadurch, daß die Banken und der Staat gleichzeitig hohe Kredite im Ausland aufgenommen haben, war deshalb die langfristige Kapitalbilanz 77 stark positiv und das Defizit der *Grundbilanz* – das ist die Summe aller beschriebenen Bilanzen – war um 10 Milliarden geringer als das Defizit der laufenden Transaktionen. Allerdings kann man ein starkes Defizit bei den Transaktionen sicher nur kurzfristig durch Kredite ausgleichen.

Die Ursache des Defizits

Wenn man sich die Entwicklung seit 1975 ansieht, so ist unzweifelhaft: Der Hauptbeitrag zum Defizit kommt von der sich explosiv verschlechternden Handelsbilanz.

Von 28 auf 65 Milliarden ist das Defizit in den jeweils ersten 11 Monaten gestiegen. Die Verringerung des Netto-Währungszustroms beim Fremdenverkehr und die steigenden Zinsenzahlungen ans Ausland machen jeweils 1 Milliarde seit 1976 aus.

Auch der stark steigende Kapitalexport der Banken und Unternehmen – von 7 auf 16 bzw. von 0,2 auf 2,4 Milliarden – trägt bedeutend zum Defizit bei.

Die Bourgeoisie – wenn sie auch über das Defizit insgesamt beunruhigt ist – hat zu den verschiedenen Beiträgen, je nachdem wovon sie Ausdruck sind, und welche Wirkungen sie haben, sehr unterschiedliche Haltungen:

Über eine Verbesserung der Zahlungsbilanz mittels Kreditaufnahme im Ausland ist sie natürlich eher wenig begeistert, vor allem, wenn der Staat die Kredite aufnimmt und sie nicht unmittelbar dazu dienen, die Ausbeutung der österreichischen Arbeiter in den Fabriken zu steigern.

Umgekehrt ist es beim Kapitalexport: Der kapitalistischen Produktionsweise ist der Markt im Inneren zu klein geworden; Kapital drängt ins Ausland, weil es im Inland nicht mehr profitabel genug angelegt werden kann. Die Großbanken geben immer mehr Kredite ins Ausland, einesteils, um Extraprofite zu machen, anderenteils, um den Warenexport mit Hilfe dieser Kredite anzukurbeln. Natürlich hat die Bourgeoisie nichts gegen diese Entwicklung, die ihre Profite wieder erhöhen helfen soll, wenn sie auch wachsamen Auges die Auswirkungen des Kapitalexportes auf die Zahlungsbilanz beobachtet.

Was sie aber wirklich stört, ist die Entwicklung der Handelsbilanz und der Dienstleistungsbilanz. Vor allem über sie wird deshalb in der Presse und in den diversen Fachzeitschriften debattiert.

Die Konkurrenzfähigkeit der österreichischen Kapitalistenklasse hat sich verschlechtert

In der Tabelle 2 (erste Reihe) ist die Entwicklung des Exports und des Imports seit 1973 dargestellt. Daran erkennt man, daß die Kapitalisten zwar einerseits den Export kräftig steigern konnten (um 32%) – um einen höheren Prozentsatz als die BRD – daß aber der Import noch viel schneller zunahm, nämlich um 70%.

An den Steigerungsraten in die verschiedenen Handelsgebiete (Zeile 2–5) läßt sich dabei erkennen: Der Export in die EWG ist zwar besonders schnell gestiegen, der Import aber noch wesentlich schneller. Bei der EFTA-Freihandelszone (Schweiz, Norwegen, Schweden, Portugal) haben die Kapitalisten nach einem Exportboom 74 in den letzten Jahren einen Rückschlag erlitten.

Auch der Exportboom in die Oststaaten geht seinem Ende entgegen, während gleichzeitig die Importe vor allem aus der Sowjetunion (Erdgas, Erdöl) stark ansteigen. Nur der Export in die OPEC-Staaten steigt weiterhin stark an, er macht aber „nur" 7% an den Exporten und 5% an den Importen aus.

Der Handel hat je nach Art der Ländergruppe aber eine völlig andere Bedeutung: Auf der einen Seite die imperialistische Konkurrenz vor allem mit den größeren imperialistischen Ländern – allen voran der BRD – in Westeuropa. Die österreichische Kapitalistenklasse wollte und mußte in diese Länder eindringen und Marktanteile erobern. Aber beim Schnappen nach neuen Märkten hat sie zu Hause die Hose verloren: Schneller als sie nach außen, drang das Finanzkapital nach Österreich ein und schnappte seinerseits den hiesigen Kapitalisten Marktanteile weg. Zwar versuchen verschiedene Bourgeoisökonomen den Kapitalisten Trost zu spenden, indem sie behaupten, daß doch der Export ohnehin so schnell gestiegen sei, oder, daß das nur Anfangsprobleme der EWG-Integration seien, denn „die großen EG-Firmen konnten das kleine Österreich vertriebsmäßig rasch erschließen, unsere relativ kleinen Firmen brauchen für den relativ großen EG-Raum sehr viel länger" (Girozentrale), aber die Tatsachen lassen sich einfach nicht leugnen, daß den aus- und inländischen Markt gesehen, die österreichischen Kapitalisten Marktanteile verloren haben – ein Ausdruck der Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit.

Die andere Seite sind die Länder der Dritten Welt: Hier versucht Österreich in Konkurrenz und auch Zusammenarbeit (z.B. jetzt mit Polen und der Sowjetunion) mit anderen imperialistischen Ländern neue Märkte zu erobern und Extraprofite aus der Position eines relativ hoch entwickelten imperialistischen Landes zu gewinnen. Österreich ist dabei durch den Druck der anderen Imperialisten, vor allem der Supermächte, gezwungen, beim Handel zunehmend „gerechtere" Preise zu verlangen. Auch hier hat die Bourgeoisie aus der Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit zu den anderen Imperialisten einiges zu fürchten.

Die Bourgeoisie fordert: Die Ausbeutung muß gesteigert werden

Zwei Dinge beunruhigen konkret die Kapitalisten an der Verschlechterung der Zahlungsbilanz:

Die starke Verringerung der Währungsreserven würde die Kreditfähigkeit Österreichs einschränken und das Überangebot an österreichischer Währung im Ausland den „Wert" des Schillings gegenüber den anderen Währungen verringern. Österreich würde in eine ähnliche Lage wie heute England oder Italien kommen: Abwertung, Inflationsdruck, Verschlechterung der Bedingungen für den Kapitalexport, Zerrüttung der Wirtschaft, neuerliche Abwertung usw.

Vor allem beunruhigt sie aber die Hauptursache des Zahlungsbilanzdefizits: Die Verschlechterung der Konkurrenzfähigkeit. Ursache dieser Positionsverschlechterung ist, daß sich die Krise in Österreich in den letzten Jahren nicht „genug" austoben konnte: Zu wenig Fabriken hatten zusperren müssen, der Lohnraub, die Arbeitshetze und damit die Steigerung der Ausbeutung nahm zwar unerhört zu, aber nicht so schnell wie z.B. in der BRD, in der eine Million Arbeitslose einen noch größeren Klotz am Bein der Arbeiterklasse bedeutete. Dort konnte vor allem der Lohnabbau noch besser in die Tat umgesetzt werden als in Österreich. Dazu kommt als drittes, daß wachsende Zahlungsbilanzdefizite unweigerlich zur Zerrüttung der internationalen kapitalistischen Wirtschaft und insbesondere zur Zerrüttung des internationalen Währungswesens führen.

Damit ist aber auch schon gesagt, worin die Bourgeoisie das Hauptmittel sieht, um die Zahlungsbilanz zu verbessern: In einer verschärften Steigerung der Ausbeutung, in Lohnabschlüssen, die weit unter der Teuerungsrate liegen, in einer Intensivierung und Verlängerung des Arbeitstages, in forcierter Rationalisierung, um mit den Konkurrenten gleichzuziehen.

Die „Luxussteuer" auf ausländische Konsumgüter spielt für die Verringerung des Zahlungsbilanzdefizits eine ganz untergeordnete Rolle. Werden doch vor allem Investitionsgüter für die Kapitalisten importiert und machen die „Luxuswaren" doch nur 10% des Importvolumens aus (Monatsberichte des Wirtschaftsforschungsinstituts 9/77). Diese Steuer dient vor allem dazu, daß Budgetdefizit zu mildern.

Für die Arbeiterklasse bedeutet das rasch anwachsende Zahlungsbilanzdefizit, daß der Druck, den die Kapitalisten hinter ihren Maßnahmen zur Steigerung der Ausbeutung legt, sich noch erhöht. Die Arbeiter müssen sich für diese Auseinandersetzungen rüsten und den Klassenkampf gegen ihre Ausbeuter führen, ebenso wie es die Arbeiterklasse in den anderen imperialistischen Ländern den „Konkurrenten" der österreichischen Bourgeoisie tut und tun wird. Sie darf sich nicht im Wirtschaftskrieg, auf der Seite „ihrer" Bourgeoisie in den Kampf begeben.

Sie muß sich einreihen in den internationalen Klassenkampf. Zahlungsbilanzdefizite in der heutigen Größenordnung, Staatsverschuldung, Währungskrisen, Inflation, Zerrüttung des Welthandels und Handelskriege, Arbeitslosigkeit, vor allem aber der Kern von allen, die Überproduktionskrise als Ausdruck der inneren Widersprüche des Kapitalismus – jede einzelne dieser Erscheinungen ist ein Argument für den Sturz des Kapitalismus.

Tabelle 1

Wichtige Posten aus der Zahlungsbilanz in Millionen Schilling

	Jänner bis November 77			Jänner bis November 1976			Jänner – November 1975		
Handelsbilanz I	Ausfuhr	Einfuhr	Bilanz	Ausfuhr	Einfuhr	Bilanz	Ausfuhr	Einfuhr	Bilanz
Insgesamt	*164.956*	*230.432*	*-65.476*	*152.545*	*201.696*	*-49.151*	*132.194*	*160.298*	*-28.104*
Dienstleistungsbilanz II	Einreise/ Einnahme	Ausreise/ Zahlungen	Bilanz	Einreise/ Einnahmen	Ausreise/ Zahlungen	Bilanz	Einreise/ Einnahmen	Ausreise/ Zahlungen	Bilanz
Insgesamt	*80.982*	*60.041*	*20.941*	*73.923*	*50.839*	*23.084*			
Reiseverkehr	51.108	28.064	23.044	46.992	22.966	24.025	44.514	20.875	23.639
Kapitalzinsen	10.747	15.500	-4.753	9.889	13.308	−3.419	9.243	11.295	−2.052
Transferleistungen III (z.B. Zahlungen ausländ. Arbeiter im Ausland und umgekehrt) nur Bilanz	–	–	105	–	–	819			685
Bilanz der laufenden Transaktionen (I + II + III)			−44.430			−25.249			−5.196
Langfristiger Kapitalverkehr IV	Import (Kredite an Österr. etc.)	Export (Kredite und Investitionen ins Ausland	Bilanz	Import	Export	Bilanz			
Insgesamt	*29.311*	*18.942*	*10.369*	*12.430*	*13.231*	*– 801*	21.566	7.382	14.184
davon							2.193	7.050	−4.857
Banken	11.752	16.209	-4.457	4.952	11.391	-6.439	12.285	139	12.146
Bund, Länder, Gemeinden,	*12.210*	*247*	*11.963*	3.435	179	3.256	7.087	193	6.894
Kapitalisten	5.349	2.485	2.864	4.043	1.661	2.382			
Grundbilanz (I+II+III+IV)			*-34.060*			*-26.050*			8.988

Tabelle 2 *Entwicklung der Exporte und Importe Österreichs*

		1973	1974	1975	1976	1977 (Schätzung)
Export (1973=100)		100	112	106	123	132
Zum Vergleich BRD-Export		*100*	*112*	*101*	*114*	*122*
Import (1973=100)		100	122	118,5	149,4	170
Export	EWG	100	117,9	115,2	141,5	159,9
Import	EWG	100	116	114	146,8	173
Export	EFTA	100	125,4	107,7	118,5	120
Import	EFTA	100	110	104,7	121,1	132
Export	COMECON	100	166	184,3	190,2	199
Import	COMECON	100	141,2	144	169,5	180
Export	OPEC-Staaten	100	Daten fehlen	Daten fehlen	441	Daten fehlen
Import	OPEC-Staaten	100			301	
Prozentanteil des Exports vom Import						
EWG		56,6	57,1	56,8	54,3	53,1
EFTA		111,8	127	115	109,3	101,6
COMECON		104,8	122,8	133,8	117,3	111,5
OPEC		69,7	–	–	100,3	–
insgesamt		*73,9*	*79,2*	*80,1*	*73,8*	*69,7*

Geschichtsfälscher mit verteilten Rollen

„Und wir müssen in unseren politischen Auseinandersetzungen wissen, daß wir jenen Boden nicht verlassen dürfen, keine Partei in diesem Land, der schließlich der gemeinsame Boden für unser Wirken ist. Bei aller Gegensätzlichkeit, die sich in der Demokratie deutlich profilieren muß, dürfen diese Gegensätze nicht ein Ausmaß erlangen, das die gemeinsame Grundlage unserer politischen Existenz in Frage stellt."

An dieser Generalausrichtung Kreiskys (Arbeiterzeitung, 9.3.) hat sich nicht nur die Sozialdemokratische Partei, sondern haben sich alle bürgerlichen Parteien und Kräfte gehalten, ob es sich um Sinowatzreden vor Schülern, oder Ansprachen vor ehemaligen Widerstandskämpfern handelte. Alle die Staatsakte und Aktivitäten zum 40.Jahrestag der Okkupation Österreichs durch den Hitlerfaschismus haben folgende Ziele:

Erstens soll geleugnet werden, daß die überwältigende Mehrheit des österreichischen Volkes gegen die Annexion war und beträchtliche Teile auch aktiven Widerstand leisteten. Zweitens soll damit vertuscht werden, daß die bürgerlichen Parteien selbst diese Annexion unterstützt oder ihr Vorschub geleistet haben und damit die Schuld an der Niederlage vom 11.-März 1938 tragen. Dem Volk soll mit dem Argument, „einen Schlußstrich unter die unselige Vergangenheit ziehen" zu wollen, verhindert werden, daß die Arbeiterklasse und das Volk 1978 die entsprechenden Lehren aus 1938 zieht, den Kampf gegen die Wurzeln des Faschismus, den imperialistischen Kapitalismus und besonders gegen die Kriegstreiber von heute, die beiden Supermächte, vor allem aber den gefährlichsten Kriegsbrandstifter, die sozialimperialistische Sowjetunion, zu führen und die Politik der Zugeständnisse gegenüber dem Aggressor, die Beschwichtigungspolitik anzugreifen.

Jedem, der diese Lehren ziehen will, droht Gratz in seiner Einleitung zur Floridsdorfer Festveranstaltung der SPÖ am 7. März, daß sich *„die Demokratie zu verteidigen weiß. Es darf sich nicht jeder Extremist, ob von rechts oder von links, die Schuhe an der Demokratie abputzen"* könne.

Bescheidener begann dann Kreisky seine Rede und gestehet ein, daß das Jahr 1938 „von vielen hier im Saal auch anders gesehen werden" könnte.

SPÖ in der Ersten Republik – ein unbedankter Diener der Bourgeosie

Dort, wo heute das „Haus der Begegnung" steht, in dem Kreisky spricht, stand 1938 jenes Arbeiterheim, in dem eine halblegale Betriebsräteversammlung am 7. März 1938 stattfand, um den Kampf für die Unabhängigkeit Österreichs zu beraten und die Zusammenarbeit aller patriotischen Kräfte Österreichs organisieren zu helfen. Damals wäre eine Verteidigung der österreichischen Unabhängigkeit möglich gewesen. 1,6 Millionen Werktätige unterschrieben binnen 48 Stunden eine Resolution gegen die Kapitulationspolitik Schuschniggs. Versammlungen und Demonstrationen wurden abgehalten. Auch einzelne Vorbereitungen zur bewaffneten Verteidigung Österreichs wurden, wie auch Augenzeugen und aktive Kämpfer am 10.3.78 im ORF berichteten, in mehreren Städten und an den Grenzen getroffen. Für Kreisky allerdings ist das alles zwar heroisch, aber ein sinnloses Aufbäumen gegen einen unvermeidlichen Anschluß. Der Rechtfertigung des Standpunkts der führenden Sozialdemokraten 1938, die wie Karl Renner und Otto Bauer den „Anschluß" als historisch fortschrittlich rechtfertigten, dient ein Großteil der Kreiskyrede in Floridsdorf wie auch das Historische Seminar des Karl-Renner-Instituts der SPÖ.

„Die moderne Technik und Organisation hat die engen Grenzen Europas überwunden und erheischt die Bildung eines europäischen Großraumes. Durch den Sieg des Faschismus ist nun bereits in gewissem Sinne eine 'Vereinigung' Europas angebahnt worden und sie kann in Zukunft noch weiter gehen", schrieb 1938 das Organ der „Revolutionären Sozialisten". Kreisky erklärte diese Haltung, wie man es auch in den reaktionären Geschichtsbüchern unserer Schulen lesen kann, mit der wirtschaftlichen Unselbständigkeit und fehlenden Überlebenschance des österreichischen Kapitalismus nach dem Zusammenbruch der Habsburgermonarchie. Dreist geleugnet wird die Existenz der österreichischen Nation. Aber lehrt er, es hätte dennoch nicht so weit kommen müssen, hätte es nicht 1934 gegeben. Den antifaschistischen Februaraufstand verleumdet er als „Widerstand einer kleinen Minderheit der Arbeiterbewegung" und macht der Bourgeoisie zum Vorwurf, daß sie die redlich angebotenen Lakaiendienste der SPÖ damals abschlug. Wenn vorher eine Koaliton Seipel-Bauer zustandegekommen wäre, wäre die Entwicklung vielleicht anders verlaufen, räsoniert Kreisky. Aus dem Verrat der Sozialdemokratie am Kampf gegen Reaktion und Faschismus zieht er die Lehre, die Zusammenarbeit mit dem Finanzkapital hätte besser organisiert werden müssen! Die Banken und die Stahlindustrie hätte man verstaatlichen müssen, weil dort die Nazi saßen. Die Sozialdemokratie hätte dann auch „die Verantwortung übernommen", trumpft Kreisky auf. So habe es der Arbeitslosigkeit von 600.000 und des Februar 1934 und des März 1938 bedurft, um im Konzentrationslager schließlich die Sozialpartnerschaftsidee hervorzubringen: daher bezeichnet Kreisky den 13. März als „Geburtstag des neuen Österreich".

ÖVP: Den alten Zwist begraben

Mit dem Stichwort des „gemeinsamen Lernens im KZ" und der Sozialpartnerschaft ist auch das Stichwort für die ÖVP gegeben, wie sich diese Partei rehabilitieren kann, deren führende Vertreter in den Dreißigerjahren zu einem beträchtlichen Teil Wegbereiter oder Führer des Austrofaschismus waren, der vor Hitler schließlich kapitulierte. „Dollfuß ist schon lange tot und kann keinen Arbeiter erschießen lassen. Und auch der Industriellenverband braucht keine Angst mehr zu haben, daß Otto Bauer eine Rätediktatur in unserem Land errichtet." (Maleta vor der Politischen Akademie der ÖVP, Kurier, 9.3.)

Nun hatten die SPÖ und Otto Bauer auch gar nicht vor, die Wurzel des Faschismus, den Kapitalismus durch die sozialistische Revolution zu stürzen, doch die Bourgeoisie hatte wenig Vertrauen, daß die SPÖ die Arbeiter im Zaum halten könnte.

Während Kreisky mit Genugtuung herausstreicht, daß die Christlichsozialen mit ihrer Innenpolitik Bankrott gemacht hatten, verschweigt er aus gutem Grund die Außenpolitik der Christlichsozialen und der Austrofaschisten, die Hitler gegenüber Zugeständnis um Zugeständnis machten und schrittweise kapitulierten. Denn heute versucht sich die österreichische Bourgeoisie in einer ähnlichen Weise in einer Beschwichtigungspolitik gegenüber dem Hitler von heute, der sozialimperialistischen Sowjetunion.

Die revolutionäre KPÖ von 1938 hat nichts gemein mit der revisionistischen Partei von heute

Die KPÖ spornt die SPÖ bei ihrer Beschwichtigungspolitik an. Für Kreiskys Handelsreise nach Moskau fand sie höchstes Lob. Eifrig vertritt sie die Notwendigkeit einer „Lösung Österreichs von dieser einseitigen drückenden Bindung an die EG" und einer stärkeren Anlehnung an die Sowjetunion. (Aufruf des ZK der KPÖ)

1938 hatte die KPÖ dem Hitlerfaschismus heroisch Widerstand geleistet und das Volk in seinem Kampf für die nationale Unabhängigkeit geleitet. Sie hatte entlarvt, daß der Faschismus zum Krieg führt: „Nur die Maske ist verschieden, hinter der der Hitlerfaschismus seine wahren Ziele zur Unterjochung ganz Europas unter eine blutige Herrschaft verbirgt. Mögen die Völker Europas aus dem traurigen Schicksal Österreichs die Lehren ziehen. Mögen sie erkennen, daß man den Frieden nicht erkaufen kann, wenn man dem Faschismus Konzesionen macht, sondern daß man den Frieden erkämpfen muß, und daß der Frieden erst dann gesichert sein wird, wenn der Faschismus vernichtet ist."

Die heutige KPÖ hingegen hat sich schon lange auf die von Kreisky zu Beginn erwähnte Plattform der bürgerlichen Demokratie begeben, betont ihre Treue zum kapitalistischen Staat („Immer für Österreich") und tut empört, daß der Kommunistische Bund Österreichs die parlamentarische Demokratie als Hülle entlarvt, die die Diktatur der Bourgeoisie tarnen soll, und das Parlament als Quatschbude bezeichnet. (Volksstimme, 3.3.78) Besonders aufgeheult hat die KPÖ, weil der KB die Lehren der revolutionären Vergangenheit der KPÖ des Jahres 1938 ernst nimmt und den Kampf gegen den Hitler von heute, die sozialimperialistische und sozialfaschistische Sowjetunion führt.

Wenn man dieser Tage die Reden und Aufmärsche dieser Lakaien der russischen neuen Zaren sieht, muß man da nicht unwillkürlich an die Worte Hitlers Anfang 1938 denken, er werde *„so oder so das Selbstbestimmungsrecht für die sechseinhalb Millionen Deutschen in Österreich erkämpfen"*?

Nach der Logik der Revisionisten hat die Sowjetunion ja auch 1968 den „Sozialismus der CSSR geschützt", 1975 „das Selbstbestimmungsrecht der Angolaner erkämpft" und „verteidigt" heuer „die Freiheit der Völker am Horn von Afrika". Mit der Ausmalung einer „Gefahr eines neuerlichen Anschlusses an Westdeutschland unter der Propaganda der 'Integration Europas'" kann sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie von der Bedrohung Europas durch die Sozialimperialisten ablenken wollen und sich überdies noch Statthalterposten für die Zukunft ausrechnen. Daher unterstützen sie die Weltherrschaftspläne und die Kriegstreiberei der Sowjetunion.

Damit wird es wohl nichts werden, wenn die Lehren beherzigt werden, die die damals revolutionäre KPÖ gezogen hat. In der auf den Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Österreichs zum 40.Jahrestag der Annexion Österreichs gehaltenen Rede heißt es:

„Auch heute sind es die Kommunisten, die wirklichen Schüler von Marx, Engels, Lenin, Stalin und Mao Tsetung, die die revolutionären Traditionen des antifaschistischen Kampfes hochhalten. Wir halten sie hoch, indem wir sie gegen die Angriffe und Besudelungen der Sozialdemokraten und Revisionisten verteidigen. Wir halten sie hoch, indem wir den Kampf gegen die Kriegstreiber der Gegenwart entschlossen führen. Wir halten sie hoch, indem wir den heutigen Bedingungen den Kampf um den Sozialismus führen. In der Zeit des blindwütigen Wütens des Hitlerfaschismus schrieb die KPÖ: 'Der deutsche Faschismus, der Österreich niederhält, ist eine grausame, aber keine dauerhafte Macht. So furchtbar sie uns drückt, ist die Fremdherrschaft dennoch nur eine geschichtliche Episode. Das Volk ist auf die Dauer stärker als die Unterdrücker.' Die Geschichte hat diesen Worten recht gegeben. Der Faschismus ist vernichtet worden. Den Kriegstreibern der Gegenwart sowie allen Reaktionären wird es nicht anders ergehen. Der Sozialismus folgt auf den Kapitalismus wie der Tag auf die Nacht. Unser Kampf für die sozialistische Revolution in Österreich wird siegreich sein."

40. Jahrestag der Besetzung Österreichs durch den Hitlerfaschismus – Kampftag gegen die beiden Supermächte, besonders den russischen Sozialimperialismus
Veranstaltungen des KB

Wien

An der Veranstaltung nahmen etwa 300 Menschen teil. Nach dem Referat des Sekretärs der Ortsgruppe wurde von der Gruppe „Dreschflegel" ein Kulturprogramm mit zum Teil neu einstudierten Liedern zum Kampf gegen die beiden Supermächte, besonders den sowjetischen Sozialimperialismus, und zum Aufbau einer internationalen Einheitsfront gegen sie gebracht. Die Veranstaltung wurde mit der Internationale beendet.

Linz

Etwa 80 Menschen, davon 30 Arbeiter, nahmen an der Veranstaltung teil und beteiligten sich nach der Rede und einem Liederteil zahlreich an einer fast zweistündigen Debatte über die Rolle des Hitler von damals und des Hitlers von heute.

Graz

Am Nachmittag des 10.März führte die Ortsgruppe eine Kundgebung auf dem Hauptplatz durch, die auf großes Interesse stieß. „Kampf den Kriegsvorbereitungen der beiden Supermächte" faßte das Transparent die Lehren des 11.März 1938 für heute zusammen. 30 „Klassenkampf" wurden verkauft.

Salzburg

40 Menschen nahmen an der Veranstaltung teil.

Innsbruck

An der Veranstaltung der Ortsgruppe nahmen 50 Menschen teil.

Klagenfurt/Celovec

Nach der Rede trugen zwei ehemalige KZ-Häftlinge den rund 20 Teilnehmern der Veranstaltung Gedichte des im KZ Dachau ermordeten Dichters Jura Soyfer vor.



Einstellung des Verfahrens gegen Wehrmann Krejci!

Am 9.3. wurde dem ehemaligen Wehrmann Krejci an seinem Wohnort in Linz eine Ladung zu einem Prozeß beim Wiener Landesgericht zugestellt. Der Prozeß war für den nächsten Tag angesetzt – Anklage: „Verdacht auf Aufwiegelei". Die Anzeige wegen Aufwiegelei hat bekanntlich der Einheitskommandant der Stabskompanie des Militärkommando Wien, Hauptmann Zehetmaier, gemacht, nachdem Krejci in der Maria-Theresien-Kaserne nach der Aufdeckung des offenen TBC-Falles aufgefordert hatte, kollektiv zum Arzt zu gehen und eine Untersuchung zu fordern. Während es durch die Tatsachen längst bewiesen ist, daß das Handeln Wehrmann Krejcis völlig gerecht war, zeigen nun auch die Gerichte, daß sie jederzeit bereit sind, auf Verlangen des Kommandanten Kämpfe der einfachen Soldaten um ihre Rechte strafrechtlich zu verfolgen, um so einen Beitrag zur Unterdrückung der Soldaten in den Kasernen zu leisten.

Die Verhandlung gegen Krejci dauerte keine 10 Minuten, bis sie vom Gericht vorerst auf unbestimmte Zeit vertagt wurde. Trotzdem muß die Forderung erhoben werden:

Sofortige Einstellung des Verfahrens gegen Wehrmann Krejci!

Aufruf der Querschläger-Gruppe gegen Vorverlegung des Zapfenstreichs

Mit dem Befehl des Armmekommandos vom 13. Februar 1978 hat der Plan der Regierung, den Zapfenstreich von derzeit 24 Uhr auf 22 Uhr vorzuverlegen, konkrete Formen angenommen. „Die Nachtruhe beginnt mit dem Zapfenstreich um 24 Uhr", heißt es in der bisher gültigen Formulierung der „Allgemeinen Dienstvorschrift" (ADV). Im AK-Befehl bleibt zwar der Zapfenstreich vorläufig auf 24 Uhr, der Beginn der Nachtruhe wird aber bereits auf 22 Uhr vorverlegt. Ab diesem Zeitpunkt ist es verboten, in den Zimmern Licht zu machen, Radio zu spielen und zu rauchen.

Der Befehl setzt am Bedürfnis der Soldaten nach ausreichendem Schlaf an. Seine Durchführung läuft aber auf eine Spaltung der Soldaten hinaus und ist deren Interessen direkt entgegengesetzt. Die einen, die vom Dienst im Felde hundemüde ins Bett fallen, sollen gegen diejenigen, die länger aufbleiben wollen, ausgespielt werden; diejenigen, die weit entfernt von der Kaserne wohnen, und selten nach Hause fahren, gegen diejenigen, die jeden Tag nach Hause fahren und ohnedies erst zum Zapfenstreich um 24 Uhr einrücken.

Während der Verteidigungsminister Rösch die Vorverlegung der Nachtruhe scheinheilig mit der Sorge um das Wohl der Soldaten begründet, stopft der Staat die Soldaten in 16–20-Bettzimmer. In den meisten Kasernen gibt es keine geeigneten Aufenthaltsräume, die bis 24 Uhr geöffnet sind.

Der AK-Befehl soll durch Spaltung und Einschüchterung der Soldaten die Bedingungen für die generelle Vorverlegung des Zapfenstreiches schaffen. Diese Vorverlegung des Zapfenstreiches auf 22 Uhr ist bereits im Entwurf einer neuen ADV vorgesehen. Gegen diesen Plan müssen wir nicht nur deshalb auftreten, weil seine Durchführung eine empfindliche Einschränkung unserer ohnedies kärglichen Freizeit bedeutet, sondern weil wir damit bessere Bedingungen schaffen können für die Abschaffung des Zapfenstreiches überhaupt. Die derzeitige Kasernierung der Soldaten isoliert sie vom Volk und soll sie zu blindem Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit zwingen. Soldaten aber, die an der Seite des Volkes stehen und nicht gegen das Volk kämpfen, brauchen keinen Zapfenstreich!

In den Kasernen wurde unter folgenden Forderungen bereits eine Initiative von 18 Soldatenvertretern aus der Wiener Maria-Theresien- und der Trostkaserne gegen den AK-Befehl gestartet:

Keine Vorverlegung des Zapfenstreichs von 24 auf 22 Uhr!

Rücknahme des Armeekommandobefehles vom 13.2.78!

Diese Forderungen wurden in einem Brief an alle Jugendorganisationen geschickt, mit der Aufforderung, sie zu unterstützen.

Die Gruppe „Querschläger" unterstützt die Forderungen und fordert darüber hinaus:

Nachturlaub für alle dienstfreien Soldaten!

Freie Wahl des Einberufungsortes!

Generelle Bewilligung aller Versetzungsanträge!

Mit diesem Aufruf wendet sich die Gruppe „Querschläger" an alle Soldaten, Soldatenvertreter und an antimilitaristische und Jugendorganisationen zur Unterstützung der Initiative der 18 Soldatenvertreter gegen Zapfenstreichvorverlegung und AK-Befehl. Zur Beratung der nächsten Schritte ruft die Gruppe zu einer Soldatenberatung auf, die am 18.3.78 um 19 Uhr im Wiener Albert-Schweitzer-Haus, 1090, Garnisongasse/Schwarzspanierstraße stattfinden wird.

Querschläger Nr.7

Aus dem Inhalt:
Gegen die Zapfenstreichvorverlegung
Bundesheer und Atomkraftweke
Zur neuen Kantinenregelung
Herbstmanöver im Attergau
Zur Spaltung der Wiener Querschlägergruppe

Zu beziehen über:
QUERSCHLÄGER
1010 WIEN, POSTFACH 848
Treffpunkt der Wiener Querschlägergruppe: Jeden Montag um 19 Uhr im Schottenkeller, 1010 Wien

Maria Theresien-Kaserne Wien

Weg mit dem Truppenarzt Kavina!

Diese Forderung vieler Soldaten der „Maresikaserne" hat nun in einem Kasernenflugblatt auch die Wiener Querschlägergruppe aufgestellt und weiter verbreitet.

Die Taten dieses sauberen Truppenarztes, die auch bereits im „Klassenkampf" publik gemacht wurden, sind mittlerweile weit über die Mauern der Maresikaserne hinaus bekannt. Allein in den letzten 1½ Monaten ist folgendes vorgefallen:

* Nachdem in der Stabskompanie des Militärkommando-Wien ein Fall offener TBC in fortgeschrittenem Stadium aufgedeckt wird, verlangen -zig Soldaten dieser Einheit eine sofortige Vorbeugeuntersuchung aller Soldaten, zumindest der der gesamten Kompanie, um eventuelle Ansteckungen durch die lebensgefährliche Krankheit feststellen zu können. Kavina untersucht zwar sofort alle Berufssoldaten (Offiziere, Unteroffiziere etc.), die meinen, mit dem kranken Soldaten je zu tun gehabt zu haben, weigert sich jedoch strikt, den Forderungen der Grundwehrdiener nachzukommen. Ebenfalls weigert sich Kavina offensichtlich, das Auftreten der gefährlichen und meldepflichtigen Krankheit dem Gesundheitsamt bekanntzugeben.

* Erst die Aufdeckung des TBC-Falles in der Öffentlichkeit durch die Maresi-Soldaten und das Anwachsen einer einheitlichen Front der Soldaten für eine sofortige Vorsorgeuntersuchung führt dazu, daß Kavina nachgeben muß – ein Röntgenbus kommt in die Kaserne und hunderte Soldaten müssen untersucht werden. Bei dieser Untersuchung werden zwei weitere TBC-kranke Grundwehrmänner entdeckt. Das zeigt, wie gerecht der Kampf der Soldaten ist, und wie schwer das Verbrechen, die Untersuchung verhindern zu wollen, wiegt.

* Wehrmann Krejci, stellvertretender Soldatenvertreter der Stabskompanie des Militärkommando Wien wird von Kavina ohne jegliche Untersuchung (!) wegen „chronischer Bronchitis" aus dem Wehrdienst entlassen. Diese Begründung ist durch und durch absurd: Wehrmann Krejci ist Leistungssportler. Der wahre Grund für sein „plötzliches" Abrüsten: Er hat sich konsequent für die Rechte der Soldaten eingesetzt und ist einer der Initiatoren und Vorkämpfer der Bewegung für die sofortige Vorsorgeuntersuchung. Die Entlassung Krejcis aus dem Wehrdienst ist übrigens nicht die einzige Tat Kavinas zur Isolierung Krejcis von den anderen Soldaten. Tage vorher hat er bereits vrsucht, Krejci im Krankenrevier in einem Einzelzimmer isolieren zu lassen – erfolglos allerdings.

* Wehrmann J., der trotz zweifacher Wirbelsäulenverkrümmung zum Bundesheer eingezogen wurde, läßt Kavina jedoch nicht abrüsten, obwohl Wehrmann J. auf Grund seiner Krankheits bereits von allen Tätigkeiten, selbst vom Innendienst (!) befreit werden hat müssen. Kavina weigert sich auch, Wehrmann J. zu behandeln, als dieser auf Grund unerträglicher Schmerzen zu ihn kommt. Er gibt ihm bloß für die nächsten 14 Tage schmerzstillende Tabletten und verbietet es sich, nochmals mit einer „unheilbaren Krankheit" belästigt zu werden. Wehrmann J. schluckt darauf alle Tabletten auf einmal, um mit seinem Elend Schluß zu machen. Sein Selbstmordversuch wird rechtzeitig entdeckt und nach seiner Genesung läßt man ihn schließlich doch abrüsten.

Das Wirken solcher Verbrecher wie Kavina zeigt, wie es beim Bundesheer um die Gesundheit der Soldaten bestellt ist. So wie es der Verwendungszweck der einfachen Soldaten – ihre Verheizung in einem imperialistischen Krieg – bestimmt, so ist es auch jetzt: Ihre Gesundheit ist keinen Pfifferling wert, es gibt ohnehin genug von ihnen.

Die Truppenärzte beim Bundesheer fungieren als verlängerter Arm der Einheitskommandanten bei der Schikanierung und Unterdrückung der einfachen Soldaten – mit Untersuchung und Heilung haben sie nichts zu tun. So ist es natürlich auch bei Kavina. Es ist in der Stabskompanie des Militärkommandos Wien bestens bekannt, daß Kavina seine Anweisungen in den oben genannten Fällen vom Einheitskommandanten Hauptmann Zehetmaier erhielt. Diesen verlängerten Arm Hauptmann Zehetmaiers gilt es abzuhacken! *Kavina muß weg!* Um im Bundesheer die Tätigkeit der Truppenärzte unschädlich zu machen und die gesundheitliche Versorgung der Soldaten zu ermöglichen, hat die Gruppe Querschläger in ihrer Plattform die Forderung aufgestellt:

Freie Wahl des Arztes!

Vergütung aller Behandlungskosten durch den Staat!

Kommunistische ... ersch

Wir wir bereits ankündigten, ist Anfang März die erste Nummer der Kommunistischen Studentenzeitung erschienen, die von den Hochschulorganisationen des KB Österreichs (Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation Wien, Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation Linz und Marxistischer Studentenbund Salzburg) gemeinsam herausgegeben wird.

Die Zeitung ist ein gutes Mittel, das selbständige Agitations- und Propagandatätigkeit der kommunistischen Studenten zu verstärken, sie hilft den Organisationen, einheitlicher als bisher die Politik auf der Hochschule durchzuführen. Sie wird dazu beitragen, die Politik der Studentenorganisationen schneller zu entfalten und sich über die Aufgaben auf der Hochschule mehr Klarheit zu verschaffen.

Die Zeitung soll kein auf Hochschulfragen beschränktes Organ sein. Um die Aufgabe, die Studenten für den Kommunismus zu gewinnen, zu erfüllen, nehmen die kommunistischen Studenten zu allen Fragen des Klassenkampfes Stellung und versuchen, die Studenten zur Teilnahme an den verschiedenen Bewegungen in der Gesellschaft auf der Seite der Arbeiterklasse zu gewinnen. Auch die Bewegungen der Studenten selber wollen die kommunistischen Studentenorganisationen mit ihrer Zeitung vom Standpunkt des Kampfes gegen die Klassenherrschaft der Bourgeoisie über alle gesellschaftliche Bereiche analysieren und in sie eingreifen. Eine sehr wichtige Aufgabe ist die kritische Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Wissenschaft, wobei die Kommunisten die Verfaulung der Bourgeoisie auf dem Gebiet der Wissenschaft und Ideologie aufzeigen und mit der Weltanschauung des historischen Materialismus die Entwicklungsgesetze in Natur und Gesellschaft analysieren, die Dinge in ihrem Werden und Vergehen und in ihren Zusammenhänge erfassen.

Die erste Nummer der Kommunistischen Studentenzeitung wird diesen Aufgaben relativ gut gerecht. Sie hat zum Hauptartikel eine eingehende Beschäftigung mit der Entwicklung in der Bewegung gegen das Atomkraftwerksprogramm der Regierung und ruft zur Teilnahme an der Demonstration am 9. April auf. Weiters legt die Kommunistische Studentenzeitung in einem Artikel die Ereignisse im März 1938 dar und zieht die Lehren für die heutige Situation. In einem weiteren Artikel legt sie den Studenten die Lage an der wirtschaftlichen Front dar und erklärt grundsätzlich die Bedeutung des wirtschaftlichen Kampfes für den Klassenkampf des Proletariats.

Zu den unmittelbaren Studentenfragen sind vor allem 2 Artikel der ersten Nummer hervorzuheben: Ein umfangreicher Beitrag beschäftigt sich mit der geplanten Novelle des Allgemeinen Hochschul-Studiengesetzes. Der Artikel legt die Gründe für die Novelle dar und erklärt den Charakter und Inhalt des ganzen Gesetzes. Damit macht er die Studenten auf einen Kernpunkt der gesamten reaktionären Studienformierung aufmerksam und zeigt, daß in vielen Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staat die Studenten auf dieses Gesetz stoßen und sie vor der Aufgabe stehen, eine Kampffront gegen dieses Gesetz aufzubauen, um geschlossen und gezielt gegen die reaktionäre Formierung des Studiums, gegen politische Unterdrückung und Entrechtung vorzugehen.

Zur Analyse dieses Gesetzes heißt es in dem Artikel:

Am 1.10.1966 trat das Gesetz auf dem Papier in Kraft. In Wirklichkeit aber ist es anders. Der Widerstand der Studenten (der

Studentenzeitung ienen

zum Teil die Widersprüche zwischen den Ordinarien und dem Staat ausnutzen konnte)" hat die rasche Durchführung des AHStG verhindert. Vor allem in der ersten Hälfte der siebziger Jahre, als die Auswirkungen der Studienreform spürbar zu werden begannen, war der Widerstand groß. An etlichen Instituten gab es Streiks gegen die Studienordnungen. Auch die breiten Kampfaktionen gegen das Pädagogikum und gegen die Einführung eines Numerus Klausus für Ausländer 1974 hat der Bourgeoisie gezeigt, daß die Studenten eine Verschlechterung ihrer Studienbedingungen nicht kampflos hinnehmen.

Der Bourgeoisie geht die Studienreform zu langsam voran. „Mit dem Ansteigen des Bedarfs der Bourgeoisie an Arbeitskräften mit Hochschulbildung, dem vermehrten Zustrom von Kindern einfacher Werktätiger auf die Universitäten und den schwindenden Aussichten des Studienabsolventen auf einen individuellen Ausweg im Rahmen der Lohnabhängigkeit durch den Verkauf der Arbeitskraft zu wesentlich günstigeren Bedingungen als die Masse der Lohnabhängigen, werden die Ansprüche der Bourgeoisie an die Reglementierung des Studiums härter. Zugleich verbindet sie damit die Hoffnung, die Ausgaben für das Hochschulwesen einschränken zu können." (Resolution der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des KB zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten) Will sie im sich rasch verschärfenden Klassenkampf und in dem immer heftigeren internationalen Konkurrenzkampf bestehen, braucht sie Intellektuelle, die ideologisch mit ihr verbunden und an Unterwerfung und Gehorsam gewöhnt sind. In der Krise ist der Zwang zur Senkung der Kosten besonders groß. Das Geld wird für die Subventionierung der Kapitalisten und den Ausbau des Staatsapparates gebraucht.

Die Bourgeoisie will keine Zeit mehr verlieren. Deshalb läßt sie jetzt von ihrem gesetzgebenden Ausschuß das AHStG novellieren.

Ein weiterer wichtiger Artikel zeigt die materielle Lage der Masse der besitzlosen Studenten sehr plastisch auf; er ist gleichzeitig ein Beginn zur genaueren Untersuchung der sozialen Lage der Studenten, die dazu dienen soll, die Notwendigkeit des Kampfs um ausreichende Stipendien klarer zu machen.

Kommunistische Studentenzeitung

Aus dem Inhalt:
Stellungnahme des Hauptausschusses der ÖH-Angewandte Wien zum Kunsthochschulstudiengesetz, PädAk Graz – Streik, Von der Studentenbewegung in der BRD lernen, Studentenheime.

Die Kommunistische Studentenzeitung ist über unsere Studentenorganisationen und über die Ortsgruppen zu beziehen sowie über die Redaktion der KSZ, 1080 Wien, Mölkergasse 3. Die Zeitung kostet S 4,- und ein Jahresabonnement S 40,-.

Resolution zur Arbeit der Kommunisten unter den Studenten

In: Dokumente der 1. ordentlichen Nationalen Delegiertenkonferenz des Kommunistischen Bundes Österreichs. 156 Seiten, S 50,--. Zu beziehen über Alois Wieser Ges.m.b.h.

Statt Lohnsteuersenkung verstärkter Zugriff des Staates auf den Lohn

„So wenig und so spät wie möglich", „Nichts zeichnet sich ab", das sind die Reaktionen Androschs und Kreiskys auf die jüngsten Versuche der ÖGB-Steuerkommission ihre Vorschläge für eine geringfügige Lohnsteuerreform vorzubringen. Zugleich ließ Androsch die Meldung einer Wiener Zeitung dementieren – ohne deren Behauptung allerdings wirklich entgegengetreten zu sein –, daß die Regierung plane, die Steuerbegünstigung für den 13. und 14. Monatsgehalt, für die Überstunden, die Erschwernis-, Schmutz- und Gefahrenzulagen zu streichen.

Gegenwärtig wird die laufende Steuerleistung nach den Bruttolöhnen ohne Sozialversicherungsbeitrag für 12 Monate berechnet. 13. und 14. Monatsgehalt werden bis zu einem Freibetrag von 8500.-- gar nicht und dann mit höchstens 6% besteuert. Die Zulagen werden ebenfalls bis zu einem monatlichen Freibetrag von 5070.-- gar nicht und dann mit 15% versteuert. Eine Abschaffung dieser „Begünstigungen" würde die Lohnsteuerlast für die lohnabhängigen Massen bis zu einem Drittel erhöhen – insbesondere Bauarbeiter, alle auf Montage arbeitenden Arbeiter und Metall- und Bergarbeiter müßten mit einer solchen Verstärkung der staatlichen Ausplünderung rechnen.

Um von der Tatsache abzulenken, daß die Pläne vor allem auf die am schwersten arbeitenden Teile des Proletariats zielen, führte Androsch ein Beispiel eines hohen Angestellten ins Treffen, der 20.000.-- verdient und sich zusätzlich 23.000.-- als Zulagen auszahlen läßt. Kurz, heute werde mit den Zulagen Unfug getrieben, sie würden zur „Steuerumgehung" verwendet. Daß er aber in Wahrheit gar nichts vorhat, um die Besteuerung der „Reichen" zu erhöhen, zeigt seine „Idee", die Zulagenbesteuerung zu verschärfen und dafür den Grenzsteuersatz für die höchsten Einkommen zu senken.

Die Debatte um die Zulagenbesteuerung muß vor allem gesehen werden im Lichte der immer unüberhörbarer werdenden Forderung nach einer Beseitigung der Lohnsteuerbelastung der Arbeiter und kleinen Angestellten. Der Spielraum der Regierung, will sie den Staatshaushalt wieder einigermaßen in den Griff kriegen, für Zugeständnisse an die Gewerkschaft bei der Lohnsteuer wird täglich und wöchentlich geringer. Dies hat ihr der neue Nationalbankpräsident Koren auch in der vergangenen Woche bestätigt. Er wies darauf hin, daß das „Maßnahmenpaket" zwar einiges bringe, aber angesichts der Verschärfung der Krise doch nicht genug, um das gesteckte Ziel hinsichtlich Defizit und Staatsverschuldung zu erreichen. Koren sprach hier als Vertreter der mächtigen Staatsbank, als Vertreter des österreichischen Finanzkapitals. In den Äußerungen Korens kommt daher auch der wirkliche Druck zum Ausdruck, den die Spitzen des Finanzkapitals auf die Regierung ausüben, den Kurs in der Finanzpolitik rascher und härter zu verschärfen, sich nicht zufrieden zu geben mit dem Erreichten, sondern neue Steuerausplünderungsmaßnahmen vorzubereiten.

Unmittelbar wird die Regierung nicht die volle Besteuerung der Zulagen anstreben können oder wollen, aber sie wird „Mißbrauch abstellen" ohne Gesetzesänderung und sie wird die Beibehaltung der „Begünstigung der Zulagen" in die Lohnsteuerverhandlungen mit dem ÖGB einbringen. Die AZ wies darauf bereits am 8.3. hin: *„Wenn aber über die Lohnsteuersenkung verhandelt wird, so ist sicher das ganze System und nicht nur der Tarif (= die Progression) zu bewerten."*

Der ÖGB-Sprecher Dallinger hätte dem nicht viel entgegenzusetzen. Er meinte, man könne, wenn die ÖGB-Vorschläge zur Anhebung der Absetzbeträge berücksichtigt würden, gerne über die Zulagenbesteuerung sprechen: *„Diskutieren könne man lediglich über die steuerliche Behandlung von Schmutz-, Gefahren- und Erschwerniszulagen sowie bei der Überstundenabgeltung."* (Dallinger laut „Presse"). Damit stimmt der zuständige ÖGB-Vertreter einer Ausdehnung der Lohnsteuer auch auf jene Lohnteile zu, die bisher dem imperialistischen Staat noch weitgehend entzogen waren.

den Lohngeldern der Massen.

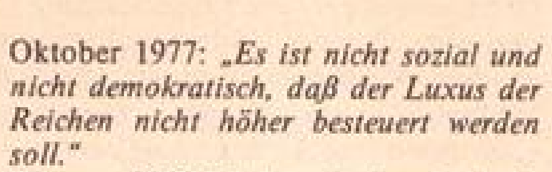
Die Lohnsteuerpläne von Androsch entsprechen mit Sicherheit diesen Interessen. Sie erhöhen den Zugriff des Finanzkapitals in die Taschen der Masse der Arbeiter und Angestellten, sie sollen die Steuerpflicht der höchsten Einkommensbezieher verringern.

Die jüngsten Pläne der Regierung zeigen anschaulich, daß alle Versprechungen der Regierung, den Steuerdruck zu mildern, eine Lohnsteuerreform durchzuführen, nichts als Betrug waren und sind.

Die objektive Lage der Staatsfinanzen, die Entwicklung der Krise und die Forderungen des Finanzkapitales lassen der Regierung auch kaum mehr einen Spielraum für irgendwelche Zugeständnisse auf diesem Gebiet. Diese Tatsache wird die Gewerkschaftsführung zu beschönigen versuchen, das Höchste, das sie aber heute versprechen kann, ist die eine Form der Lohnsteuerauspressung etwas zu mildern, während eine andere neueingeführt wird.







Oktober 1977: *„Es ist nicht sozial und nicht demokratisch, daß der Luxus der Reichen nicht höher besteuert werden soll."*
Februar 1978: Minister Androsch in einem Interview mit der BRD-Autozeitung Motor 2/78
Frage: *„Glauben Sie, daß die 30% Luxussteuer den PKW Absatz in ihrem Land bremsen wird?"*
Antwort: *„Das ist keine Luxussteuer, sondern eine Mehrwertsteuer. Oder sind Sie der Meinung, daß ein VW Golf oder ein kleiner Renault ein Luxusgegenstand sind?"*

Als Begründung sowohl von seiten der Regierung als auch von seiten der ÖGB-Führung für diese neuerliche Verschärfung der Lohnsteuerausplünderung – sei es jetzt durch die neuerliche Verzögerung der Progressionsmilderung oder durch die Versteuerung bisher nur gering versteuerter Lohnteile oder durch beides – ist die „Beschäftigungssicherung". Nur – hieß es früher, und das mit einem gewissen Schein der Berechtigung, die Steuererhöhungen seien nötig, um die Arbeitslosigkeit zu verhindern, so heißt es jetzt, die Steuerausplünderung ist nötig, weil es Arbeitslosigkeit gibt. Konnte die Regierung früher darauf verweisen, daß die Verstaatlichte nicht entläßt, so zeigt sich jetzt, daß dies nur ein kurzer Aufschub war: noch im Frühjahr heftig dementiert, liegt jetzt die Ankündigung der Schließung dreier Betriebe der VÖEST-Alpine in Judenburg, Kapfenberg und in Ternitz am Tisch.

Praktisch ist es so, daß die Regierung in der Tat auf die Verstärkung der Lohnsteuerausplünderung angewiesen ist und das mehr denn je, denn das Finanzkapital fordert gebieterisch den Ausbau des Unterdrückungsapparates, die Beibehaltung der staatlichen Zuwendungen, die pünktliche Rückzahlung der Staatsschuld samt Zins und Zinseszins. Es will sich direkt und seinen Staatsapparat neuerlich stärken mit

Für die werktätigen Menschen, die die wachsende Ausplünderung ihrer Lohngelder durch den Staat überhaben und die noch auf eine Reform durch die Regierung gehofft haben, rückt der Weg des selbständigen Kampfes gegen die wachsende Auspressung über die Steuern mehr in dem Blickpunkt. Diejenigen Interessen, die das Finanzkapital und die Bourgeoisklasse die Stärkung des Staates durch die Erhöhung der Ausplünderung fordern lassen, sind nicht ihre Interessen; sie sind ihren Interessen entgegengesetzt. Die Bourgeoisie schreit nach noch mehr Geldern aus dem Lohnsack und die Arbeiter haben genug davon. Sie haben nicht nur kein Interesse daran, daß jetzt noch weitere Teile ihrer Löhne der Lohnsteuer unterworfen werden sollen, sondern sie haben überhaupt kein Interesse an der Finanzierung des imperialistischen Staates aus ihren Löhnen: „LOHNSTEUERFREIHEIT BIS ZU 12.000.-!" ist die Forderung, hinter der eine Front gegen die wachsende Lohnsteuerausplünderung aufgebaut werden kann.

Ende der Belgrader Nachfolgekonferenz der KSZE

Die Krise der Entspannungspolitik ist offensichtlich

Nach mehr als fünfmonatiger Dauer ist letzte Woche die erste Nachfolgekonferenz der KSZE (Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) in Belgrad zu Ende gegangen. Verlauf und Ergebnis spiegeln deutlich die „Krise der Entspannungspolitik" wider. Geeinigt haben sich die 35 Teilnehmerstaaten, die beiden Supermächte Sowjetunion und USA sowie alle europäischen Staaten außer der sozialistischen Volksrepublik Albanien, auf ein gemeinsames Schlußdokument, dessen konkrete Festlegungen lediglich den Ort und Termin der nächsten Nachfolgekonferenz betreffen, nämlich ab 11. November 1980 in Madrid. Darüber hinaus heißt es in diesem Schlußdokument: *„Es wurde anerkannt, daß der Meinungsaustausch in sich selbst einen wertvollen Beitrag zur Erreichung der von der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit gesetzten Ziele darstellt, obwohl über den bisher erreichten Grad der Durchführung der Schlußakte unterschiedliche Auffassungen zum Ausdruck kamen. . . . . Über eine Anzahl dem Treffen unterbreiteter Vorschläge wurde kein Konsens erreicht."* (nach: Wiener Zeitung vom 10.3.) Ferner wurden noch drei „Expertentreffen" vereinbart. So wird *„am 31. Oktober 1978 ein Expertentreffen nach Montreux (Schweiz) einberufen, das damit betraut wird, die Prüfung und Ausarbeitung einer allgemein annehmbaren Methode der friedlichen Regelung von Streitfällen mit dem Ziel fortzuführen, bestehende Methoden zu ergänzen."* (ebenda) Ab 20. Juni 1978 wird in Bonn ein weiteres Expertentreffen „zur Vorbereitung eines 'wissenschaftlichen Forums'" stattfinden. Und schließlich soll am 13.Feber 1979 in La Valetta (Malta) ein Expertentreffen zum Mittelmeerraum stattfinden, das den Auftrag hat, *„Möglichkeiten und Mitteln zur Förderung konkreter Initiativen für eine gegenseitig nutzbringende Zusammenarbeit in verschiedenen wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Bereichen in Ergänzung anderer laufender Initiativen zu obigen Themen"* zu prüfen." *„Die nichtteilnehmenden Mittelmeerstaaten werden eingeladen, Beiträge zur Arbeit dieses Treffens zu leisten. Die Sicherheit* (des Mittelmeerraumes) *betreffende Fragen werden auf dem Madrider Treffen erörtert."* (ebenda)

Während die ersten beiden Expertentreffen bereits in Helsinki vereinbart worden waren, ist die Expertengruppe über Fragen des Mittelmeerraums auf die Initiative Maltas zurückzuführen.

Wie schon in Helsinki auch, sind die berechtigten Wünsche Maltas nach wirklichen Taten für den Frieden, sind seine gerechten und konkreten Vorschläge, wie der nach dem Abzug der Flotten der Supermächte aus dem Mittelmeer, auf den wütenden Widerstand der beiden Supermächte gestoßen. Dabei wurde die Hexenjagd, die die beiden Supermächte gegen Malta entfalteten, auch von den Vertretern der Beschwichtigungspolitik in den europäischen Ländern unterstützt. *„Nur noch Malta blockiert Belgrader Runde". „In Belgrad ist alles bereit, aber Malta blockiert Abschluß"*, so lauteten auch die Schlagzeilen in der österreichischen Imperialistenpresse. *„Kaum ein Teilnehmerstaat in Belgrad kann leugnen, daß die Sicherheit in Europa von der Sicherheit im Mittelmeerraum untrennbar ist. Trotzdem kann Einigkeit zwischen Ost, West und Neutralen darüber erzielt werden, daß dieses Thema um beinahe jeden Preis zu verhindern ist."* (Die Presse, 8.3.)

Die Gründe dafür, daß es nur zu einem solch kläglichen Dokument, zu einer solch kläglichen und kühlen Konferenz in Belgrad gekommen ist, die keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervorlocken kann, liegen in den Veränderungen der weltpolitischen Situation, die seit der KSZE in Helsinki stattgefunden haben. Das Ringen der beiden Supermächte um die Weltherrschaft hat immer deutlichere Formen angenommen. Insbesondere die aggressiven Absichten des russischen Sozialimperialismus haben sich in Angola, in Zaire und zuletzt am Horn von Afrika deutlich gezeigt. Der Entspannungsschwindel hat an Kraft und Wirkung verloren, die verschiedenen „Entspannungsbemühungen", wie die SAL-Gespräche und die Wiener Truppenabbaugespräche, stagnieren.

Die Kollaboration zwischen den beiden Supermächten, die ein maßgeblicher Faktor der „Entspannungspolitik" ist, ist seit Helsinki weiter hinter der erbitterten Rivalität der Supermächte zurückgetreten.

Im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees an die 1. ordentliche Nationale Delegiertenkonferenz des KB heißt es: „Beide Supermächte, vor allem aber der Sozialimperialismus, benutzen die Entspannungspolitik, um die Völker zu täuschen, einzuschläfern und vom Kampf gegen den Krieg abzuhalten. Deshalb halten sie auch nach wie vor daran fest und werden das auch weiterhin tun. Zugleich können sie mit der Entspannungspolitik den Zweck des Völkerbetrugs und den Zweck, sich gegenseitig zu übervorteilen, und sich gegenseitig ideologisch zu schwächen, immer schlechter erreichen. Das ist die 'Krise der Entspannungspolitik'. Diese Krise ist heute offenkundig geworden."

Verlauf und Ergebnis der Belgrader Konferenz bestätigen diese Einschätzung voll und ganz. Ziel des US-Imperialismus war es, diese Konferenz zu einem Mittel der Infiltration in das Lager des Rivalen zu machen durch eine „Überprüfung der Schlußakte Helsinkis in bezug auf die Verwirklichung der Menschenrechte in den Teilnehmerstaaten". Das wollten die Sozialimperialisten nicht zulassen. Russische Diplomaten erklärten, „der Westen habe ihnen die Hände gebunden durch seine Polemik über die Menschenrechte" und „manche Staaten hätten versucht, auf der Belgrader Konferenz psychologische Kriegsführung zu betreiben." (Die Presse, 10. und 11.3.)

Die Sozialimperialisten wiederum beabsichtigen, durch Festlegungen über „Fragen der wirtschaftlichen, technischen, kulturellen usw. Zusammenarbeit" ihre Versuche zur ökonomischen Infiltration des Westens sowie zur Subventionierung, Kreditierung und Effektivierung des Aufbaus ihrer Kriegswirtschaft voranzubringen und durch solche angeblichen Beweise für Fortschritte in der „Entspannung" die Entspannungsillusionen zu fördern. In der Hauptsache aber wollten sie über „Abrüstung" sprechen. „Abrüstung" bedeutet jedoch in den Vorstellungen und Vorschlägen des Ostens vor allen Dingen eine Absprache über den Verzicht auf die Erstanwendung von Atomwaffen, über Nichteintritt in einen Militärblock (was sich gegen Spaniens Aufnahme in die NATO richtet) und über ein Verbot der Neutronenbombe." (Die Presse, 11.3.)

Wegen der großen Überlegenheit des Warschauer Paktes bei konventionellen Waffen in Europa haben das vor allem die NATO-Staaten, die sich den Ersteinsatz von Atomwaffen nicht verbieten lassen wollen, abgelehnt. Statt dessen haben sie im Zug der Konferenz die scheinheilige Gegenfrage gestellt: „Warum nicht viel eher ein Verbot der Erstanwendung der konventionellen Waffen?" Darüber wollten wiederum die Sowjets nicht verhandeln.

Die Sowjetunion hat auch verhindert, daß Fortschritte bei den sogenannten „vertrauensbildenden Maßnahmen" im militärischen Bereich, wie sie in Helsinki in bezug auf die gegenseitige Ankündigung und Einladung zu Militärmanövern beschlossen worden waren, erzielt werden. Insbesondere hat sie das von Rumänien vorgebrachte und von Jugoslawien unterstützte „Verbot multinationaler Manöver an den Grenzen unabhängiger Staaten und das Verbot der Schaffung neuer Militärstützpunkte in Europa" bekämpft. Ebenso hat die Sowjetunion die von Rumänien geforderte Schaffung einer Expertenkommission zu militärischen Fragen verhindert.

Die „Presse" schreibt zu dem mageren Ergebnis des Schlußdokuments: „Im Westen gibt es nur eine Meinung: Die Russen 'sind an allem schuld'. Heute zweifelt wohl keiner der KSZE-Diplomaten oder der Politiker in den Regierungen daran, daß die Sowjetunion erstens kein anderes Resultat zulassen wollte als das magerste und zweitens überhaupt am liebsten den KSZE-Prozeß langsam, aber sicher absterben ließe, weil er ihr mehr als unangenehm geworden ist." (11.3.) Das ist nur halb richtig, weil die andere Supermacht ebenfalls kein Resultat zulassen wollte, das ihre eigenen Positionen geschwächt hätte.

Wir haben bereits während der Vorbereitungsphase der Belgrader Konferenz Mitte 1977 die Sache folgendermaßen eingeschätzt: „Beide Supermächte betreiben auf ihre Weise die Belgrader Konferenz und beide rechnen sich Chancen aus, ihre Nutznießer zu werden. Der Vergatterungsdruck auf die europäischen Länder wird sicherlich noch größer sein als 1975, allerdings die Widersprüche zwischen ihnen ebenso. Insbesondere finden die Völker heute bereits viel bessere Bedingungen vor, um ihre Interessen dem Entspannungsbetrug entgegenzustellen und dadurch auch ihre jeweiligen Regierungen unter Druck zu setzen. Die Beschwichtigungspolitik wird schließlich in offenen Gegensatz zur Realität der Belgrader Konferenz geraten, so daß sich ihre Krise vertiefen wird."

Diese Einschätzung hat sich bestätigt. Daß es zu einem gemeinsamen Nenner der Belgrader Konferenz gekommen ist, dokumentiert den Wunsch der beiden Supermächte, sich auch in Zukunft nicht ganz des Instruments von „Friedens- und Sicherheitskonferenzen" zur Tribüne der Auseinandersetzungen und des Völkerbetrugs zu begeben. Daß der gemeinsame Nenner so nichtssagend war, zeugt von der Heftigkeit ihrer Rivalität. Der ungeheure Vergatterungsdruck auf die europäischen Länder hat auch zum Zustandekommen der gemeinsamen Erklärung aller Teilnehmerstaaten geführt. Aber die Stellungnahmen verschiedener europäischer Regierungen zeigen, daß der Widerstand gegen den Entspannungsbetrug wächst. So erklärte der Chefdelegierte Maltas, Botschafter Gauci, *„es sei in Belgrad gehandelt worden wie auf einem Bazar. Wir aber sind nicht hier, um zu handeln, sondern wir sind um unsere Sicherheit besorgt."* (Presse, 6.3.) Der jugoslawische Chefdelegierte Pesic erklärte, „einige Länder hätten nicht genügend guten Willen, politisches Bewußtsein und Sorge um die Zukunft gezeigt." (Wiener Zeitung, 10.3.)

Die österreichische Regierung hingegen hat besonders hartnäckig an der Aufrechterhaltung der Entspannungsillusionen festzuhalten versucht, während selbst der westdeutsche Vertreter „die Schlußerklärung als bedeutungslos für Millionen von Menschen in den KSZE-Teilnehmerstaaten bezeichnete" (ebenda). Anstatt den offen zu Tage getretenen Widerspruch zwischen dem Entspannungsschwindel der beiden Supermächte und ihren wirklichen Kriegsvorbereitungen aufzuzeigen, anstatt die Manöver der Supermächte zu verurteilen, anstatt die gerechten Forderungen Rumäniens, Jugoslawiens und Maltas zu unterstützen, hat die österreichische Regierung immer wieder Initiativen gesetzt, um den offensichtlichen Mißerfolg der Konferenz nicht zu offensichtlich werden zu lassen. So hat erst am 1.3. der Außenminister Pahr ein schnelles Ende der Belgrader Konferenz gefordert. „Die Perpetuierung der ohnedies schon sehr fruchtlosen Debatten könnte das notwendige Minimum auch noch gefährden." Da „praktisch sehr schwer eine Möglichkeit zu einem substantiellen Schlußdokument besteht", sei es wichtiger, die zweifellos vorhandenen Impulse für eine Fortführung des Entspannungsprozesses zu erhalten, als durch starre Positionen den letzten Rest von Gemeinsamkeiten zu gefährden. (nach: Die Presse, 2.3.)

Diese Positionen beschränken sich auch keineswegs bloß auf die KSZE und ihre Nachfolgekonferenzen. So hat Kreisky während seines Moskaubesuchs in einem Interview für die Zeitschrift „Sowjetunion heute" erklärt: „Wir sind der Meinung, daß es gut wäre, wenn jetzt allmählich bei den Wiener Verhandlungen im Rahmen der MBFR (nach mehr als 300 Sitzungen, die Red.) es bald zu ersten Resultaten kommen könnte. Aus psychologischen Gründen vor allem, weil den Menschen der Glaube an die Effizienz, also an die Wirksamkeit von Verhandlungen über Abrüstungsfragen, fehlt. Und deshalb sollte man endlich ein paar unterschriebene Dokumente haben, die für sie ein neues Interesse wecken würden." (Sowjetunion heute, 3/78).

Dieses krampfhafte Festhalten am Versuch, den Entspannungsschwindel aufrechtzuerhalten, leistet besonders den Sozialimperialisten Schützenhilfe.

Red.

Program

(aus dem Programm des KB Österreichs)

„Österreich ist ein imperialistisches Land und steht in der Reihe der Unterdrückernationen. Die österreichische Bourgeoisie steht im Kampf um Absatzmärkte, Rohstoffquellen und Kapitalanlagesphären in imperialistischer Konkurrenz zu den Bourgeoisien der anderen Länder. Zugleich ist sie gezwungen, sich in diesem Kampf an die Seite größerer imperialistischer Bourgeoisien zu stellen. Durch enge ökonomische, politische und militärische Beziehungen ist sie an die USA und andere westliche imperialistische Länder, vor allem die BRD, gebunden. Gleichzeitig ist der Sozialimperialismus bestrebt, seinerseits Österreich allseitig in Abhängigkeit zu bringen. Die österreichische Bourgeoisie ist der Bedrohung, Kontrolle und Schikane durch die beiden Supermächte USA und Sowjetunion, aber auch den imperialistischen Bestrebungen anderer Länder, vor allem der BRD, ausgesetzt. Dazu kommt die österreichische Bourgeoisie auf Grundlage der Verfolgung ihrer eigenen imperialistischen Interessen in Widerspruch. Die

Carter erläßt Streikverbot – Die US-Bergarbeiter streiken weiter

Seit dem 6. Dezember des Vorjahres stehen an die 170.000 Bergarbeiter der Kohlengruben in Pennsylvania, Ohio, West-Virginia, Kentucky, Arkansas und anderen Bundesstaaten der USA im Streik um einen neuen Kollektivvertrag. Die Kohlenreviere des Westens, wo vor allem im Tagbau Kohle abgebaut wird, und einzelne Gruben des Mittelwestens werden nicht bestreikt.

Am 6.12. lief der 1974 abgeschlossene Kollektivvertrag aus. In diesem waren keine Maßnahmen zur Unfallverhütung enthalten (nach wie vor kommen jährlich mehr als 150 Bergarbeiter bei Grubenunglücken ums Leben; Newsweek, 6.3.1978). Er enthielt die „Produktivitätsklausel", wonach die Grubenbesitzer pro Tonne geförderter Kohle einen Fixbetrag in den Kranken- und Rentenfonds der Bergarbeiter einzahlten. Das bedeutete einerseits Antreiberei, um die Kranken- und Altersversorgung aufrechterhalten zu können, andererseits war es ein indirekter Angriff auf das Streikrecht der Bergarbeiter („Keine Kohle, kein Geld für Kranken- und Altersversorgung", sagten die Kohlenbosse). Dazu kam in diesem Kollektivvertrag die Klausel, wonach vor 1976 in die Rente gegangene Bergarbeiter monatlich höchstens 250 Dollar Rente beziehen, während für ab 1976 Pensionierte die Höchstrente 500 Dollar beträgt. Im derzeitigen Streik, dessen Ende noch nicht abzusehen ist, hat gerade die „Produktivitätsklausel" die Bergarbeiter finanziell in eine schwierige Situation gebracht. Aber sie waren sich dessen im vorhinein bewußt; ihr Kampfgeist ist ungebrochen.

Sie haben von allem Anfang gefordert:
- Verbesserung der Gesundheitsfürsorge und des Unfallschutzes!
- Schluß mit der Benachteiligung der vor 1976 in die Rente gegangenen Bergleute!
- Lohnerhöhung und Teuerungsabgeltung!

Und vor allem:
- Keine Beschränkung des Streikrechts!

Daß dieser Streik nicht einfach ein Gefecht zwischen einem Teil der Bourgeoisie und einem Teil des Proletariats ist, sondern ungeheure Bedeutung für die heraufziehenden Klassenschlachten zwischen Proletariat und Bourgeoisie und ihrem Staat hat, ist beiden Seiten klar: Den Grubenbesitzern geht es um ihre Profite und die möglichst billige Versorgung ihrer Stahlwerke und Kraftwerke mit Kohle, um ihre Position in der weltweiten Profitjagd möglichst zu verbessern. Im Energie-Programm der Carter-Regierung spielt die US-Kohle eine große Rolle, geht es doch um die Verminderung der Importe des US-Imperialismus von ausländischen Energieträgern (mehr als 40% des in den USA verbrauchten Erdöls werden importiert). Ein Streik in den Kohlenrevieren gefährdet also die kapitalistische Produktion (und vor allem in der Schwerindustrie) unmittelbar. Und speziell im Hinblick auf die Kriegsvorbereitungen des US-Imperialismus muß die Energieversorgung gewährleistet werden. Andererseits gehören die Grubenarbeiter seit jeher zum militantesten Teil der US-Arbeiterklasse. Wenn es der Regierung und den Kohlegesellschaften gelingt, die Bergarbeiter in die Knie zu zwingen, wird sie in anderen Industrien umso leichteres Spiel haben, um die heraufziehende Verschärfung der Weltwirtschaftskrise auf dem Rücken der Arbeiterklasse auszutragen. Es ist so, wie es der invalide Kohlenkumpel Willie Anderson am 18. Februar bei der Demonstration „Jobs or Income Now" in Washington ausdrückte: „Wenn sie den Kohlenbergleuten das Rückgrat brechen können, so werden sie im ganzen Land Werktätigen das Rückgrat brechen können."

Der „Verhandlungspartner" der Bergleute ist die Bituminous Coal Operators Association (BCOA); in deren Verhandlungskomitee sitzen Leute von der U.S. Steel Corp., National Stell Corp., Bethlehem Steel Corp. und von Ölgesellschaften. Über und neben diesen Konzernen thront gewissermaßen das Finanzkapital, das alle diese Unternehmungen kontrolliert und zum Teil Kohlengruben direkt besitzt.

Der Staat wirft seine Gewalt in die Klassenschlacht, in der die Kräfte der BCOA zur Niederhaltung der Bergleute nicht ausreichen. Er hat sich bereits vor Jahrzehnten die notwendigen Gesetze geschaffen (z.B. Taft-Hartley-Act., s.u.), er hat seinen Polizeiapparat und seine Bürgerkriegsarmee, die National Guard. Und er setzt diesen „legalen" und militärischen Unterdrückungsapparat mit zunehmender Schärfe ein.

Die Führungsspitze der United Mine Workers (UMW), allen voran Arnold Miller, waren und sind bereit, die Bergleute, von deren Gewerkschaftsgeldern sie leben, dem Kapital ans Messer zu liefern.

Diese dem Kapital heilige Dreieinigkeit ging zu verschiedenen Zeitpunkten an verschiedenen Frontabschnitten des Streikkampfes zum Angriff über. Dabei zeigte sich sehr bald die Untauglichkeit des bürgerlichen Gesindels um Arnold Miller, die ihm vom Kapital zugeteilte Aufgabe zufriedenstellend durchzuführen, nämlich, die Bergleute in die Niederlage zu führen. Miller, mit nur 40% der Stimmen zum Gewerkschaftspräsidenten gewählt, hatte von vornherein nur geringes Vertrauen unter den Bergleuten. Nach seinem neuerlichen Verrat ist die Bewegung zu seiner Absetzung in vollem Gang.

Zu Beginn des Streiks spielten die Kohlen-Barone die starken Herren. Ihre Massenmedien tönten: „Industrien und Kraftwerke haben sich mit Kohlevorräten eingedeckt, während die Bergleute keinen ausreichenden Streikfonds und wegen der Produktivitätsklausel keine längerfristige Kranken- und Altersversorgung haben. Sie werden den Entbehrungen eines langen Winters nicht standhalten können, und außerdem wird Kohle im Westen abgebaut." Die Kumpel ließen sich nicht beirren.

Dann kam der Angriff an der gewerkschaftlichen Front. Die BCOA boten eine 30%-ige Lohnerhöhung, aufgeteilt auf die nächsten drei Jahre. an. Abgesehen vom spalterischen Charakter der Prozent-Lohnerhöhung (niedrige Löhne wachsen absolut langsamer als höhere Löhne), bedeutete dies kaum eine Erhaltung des Reallohnes. Im Austausch für ihre „Großzügigkeit" wollten sie die „Stabilitätsklausel" in den Kollektivvertrag einbauen: Entlassung von Bergleuten, die „wilde" Streiks „anstiften". Suspendierung der den „Anstiftern" Folgenden; außerdem eine 20-Dollar-Strafe für jeden Teilnehmer an „wilden" Streiks pro Streiktag. Diese Gelder sollten dem Kranken-Fonds zufließen. Also Krankenversicherung auf Kosten der Streikenden! Weiters: Jeder Grubenarbeiter soll jährlich die ersten 325 Dollar für Arztrechnungen selbst blechen. Und keine Teuerungsabgeltung! - Miller stimmte diesem „Vorschlag" zu, doch lehnte ihn das UMW-Verhandlungskomitee mit 30 zu 6 Stimmen am 12.2. ab, nachem am 1o.2. 300 Streikende das Gewerkschaftshaus in Washington besetzten und die Ablehnung des „Vorschlags" forderten. Dann schloß das UMW-Verhandlungskomitee mit der Pittsburg & Midway-Gesellschaft einen Vertrag ab, der eine etwas abgeschwächte Variante des „Vorschlags" war. Dieser Kollektivvertrag galt als Grundlage für den Ende Februar den übrigen 166.000 Kumpel vorgelegten und unter Carters Drohungen gegen die Streikenden zusammengeschneiderten Kollektivvertrags-Entwurf. Nach wie vor „Stabilitätsklausel"! Keine Forderung der Streikenden erfüllt!

Am 5.3. war bestätigt, was jeder im vorhinein ahnte: 70-80% der Streikenden lehnten in einer Urabstimmung den Vertrag ab. Somit war auch dieser Angriff der Bourgeoisie abgewehrt. Während sich all das abspielte, sollten die nicht bestreikten Kohlengruben auf Hochtouren arbeiten, ihre Kohle mit Lastwagen und Zügen zu Stahlwerken und Kraftwerken gebracht werden. Zeitweilig gelang es den Streikenden, 60% dieser Gruben stillzulegen und Kohletransporte aufzuhalten. Dabei kam es zu blutigen Zusammenstößen mit Werkspolizei und der Staatsgewalt.

Seit dem 6.3. läuft der bisher gefährlichste Angriff der Bourgeoisie: Carter macht vom Taft-Hartley-Act Gebrauch. Dieses Gesetz verordnet eine 80-tägige „Abkühlungsperiode", in der nicht gestreikt werden darf, der direkte Einsatz der National Guard sanktioniert wird, um die Bergleute mit vorgehaltenem Gewehr in die Gruben zu zwingen. Streikenden droht neben Geld- und Gefängnisstrafen der Entzug von Lebensmittelkarten, die normalerweise Einkommenslosen zustehen. Einmal mehr bestätigt sich die bereits von Marx und Engels getroffene Feststellung: Das herrschende Recht ist das Recht der Herrschenden.

Sie hungern, sie frieren, sie müssen Schulden machen, um Rechnungen bezahlen zu können; aber sie kämpfen zäh und verbissen, leisten erbitterten Widerstand. Sie haben zwei eiserne Regeln, die taktische Grundlage ihres Streiks bilden: „No contract, no work!" (Kein Kollektivvertag, keine Arbeit!) und die Unantastbarkeit der Streiklinie.

Sie wußten bereits Monate vor dem 16.12., daß ihnen ein harter Kampf bevorstand. Ging es doch darum, zu verhindern, daß ihnen ein KVa la 1974 aufgezwungen wird. So gut es ging, haben sie sich mit Lebensmitteln eingedeckt.

„Wir haben bereits 90 Tage gestreikt; wir werden noch einmal 90 Tage streiken, bis wir einen akzeptablen KV bekommen", erklärte ein Grubenarbeiter im Fernsehen. Und sie stehen mit ungebrochener Kampfentschlossenheit an der Streiklinie. Carters Drohung mit dem Gebrauch des Taft-Hartley-Act hat sie nicht aus der Fassung gebracht. Sie haben bereits vor einem Monat erklärt: „Es herrscht die einmütige Stimmung..., daß im Fall der Anwendung des Taft-Hartley-Acts...keiner diesem Gesetz Folge leisten wird". Und „es ist die Arbeiterklasse, die die Kohle fördert. Die Grubenbesitzer können keine Kohle fördern, und die Regierung kann keine Kohle fördern!" (The Call. 20.2.78).

Sie haben also erkannt, daß hier Klasse gegen Klasse steht; und nichts kann sie einschüchtern.

Die Geschichte der Grubenarbeiter der USA ist mit Blut geschrieben. Sie krepieren in den Gruben, sie krepieren an der „schwarzen Lunge", und sie vergießen ihr Blut im Klassenkampf. So ist es auch diesmal: am 7.1. wurde der Streikposten stehende Rentner Mack Lewis von einem Werkschutzmann in Floyd County, Kentucky, erschossen. Am 3.2. stand G. Hull in Petersburg, Indiana, vor einer in Betrieb stehenden Grube auf Streikposten; er fiel unter den Schüssen eines Streikbrechers (The Call, 13.12.). Wie zäh und kampfentschlossen sie sind, kann wohl am besten am Streik der Stearns-Grubenarbeiter erkannt werden, der bereits 1½ Jahre andauert, und wo es bereits mehrmals zu Feuergefechten kam.

Sie stehen in ihrem Kampf nicht allein, sondern haben bei vielen Klassenbrüdern offene Sympathie gefunden. Die Stahlarbeiter, von Entlassungen bedroht, weil keine Kohle da ist, erkennen den berechtigten Kampf der Kumpel an. Als am 1.2. Kohle zum John-Amos-Kraftwerk in Nitro, Westvirginia, gebracht werden sollte, verhinderten Kraftwerks- und Grubenarbeiter zusammen das Abladen der Kohle.

In diesem mutigen Kampf wird aber auch die Schwäche der Streikbewegung deutlich: Durch das Desinteresse bürgerlicher Gewerkschaftsbonzen an einheitlicher Organisation und einheitlichem Vorgehen aller Bergarbeiter (was gleichzeitig die größte Gefahr für diese Bonzen wäre) sind die Bergarbeiter gespalten, müssen einen unverhältnismäßig großen Teil ihrer Energie zur Abwehr von Streikbrechern aufwenden. Klar zutage tritt, was die Grubenarbeiter und alle Arbeiter innerhalb und außerhalb der USA brauchen: eine klassenkämpferische Gewerkschaft unter revolutionärer Führung, die den Kampf einheitlich auf klarer Linie organisiert.

Der Streik der Kohlengrubenarbeiter ist noch lange nicht zu Ende. Die Bourgeoisie ist ratlos wegen der klaren Weigerung der Kumpel, sich dem Taft-Hartley-Act zu unterwerfen. Eine Verschärfung dieser Klassenschlacht ist gewiß. Wie blutig sie sein wird, hängt ausschließlich davon ab, inwieweit die US-Arbeiterklasse insgesamt den gegen den Bergarbeiterstreik gerichteten „legalen" und militärischen Terror der Bourgeoisie zu zu abwehren in der Lage ist.

Korrespondentenbericht aus den USA

Die „innere Lösung" Smiths und die „Vorschläge" seiner Herren – zwei Karten im selben Spiel

„Historischer Moment: 3 Schwarze und 1 Weißer teilen die Macht." („Presse", 6.3.) Voller Befriedigung begrüßen die bürgerlichen Zeitungen in Österreich die „innere Lösung" in Zimbabwe. Voller Eifer sind sie dabei, die 3 Unterschriften der Verräter Muzorewa, Sithole, Chirau und die des Rassistenchefs Smith unter einen „Verfassungsvertrag" für ein „unabhängiges" Zimbabwe beim österreichischen Volk anzupreisen. Den Imperialisten soll es gelungen sein, die Interessen von Unterdrückern und Unterdrückten unter einen Hut zu bringen. Jeder Punkt des Vertrages spricht eine andere Sprache, zeigt, daß die jetzigen politischen und ökonomischen Verhältnisse unangetastet bleiben – Verhältnisse, die zwangsläufig Elend und Ausbeutung des afrikanischen Volkes bedeuten:

– Die Übergangsregierung (in ihr bilden Smith, Sithole, Muzorewa und Chirau die Exekutive), mit dem jetzt bestehenden Parlament, bereitet bis Ende 78 alles für die „Unabhängigkeit" vor.

– Den Kolonialisten wird der Schutz ihres Eigentums und Pensionsansprüche im zukünftigen Staat garantiert.

– Armee, Polizei, Gerichtsbarkeit, sämtliche Teile des Staatsapparates sollen um ein paar Schwarze aufgestockt werden, im übrigen bleiben sie wie sie sind – „unabhängig".

– Allgemeine Wahlen sollen diesem Staat die „Legitimität" geben. Im Parlament werden von 100 Sitzen 28 den Weißen garantiert, die 4% der Einwohner des Landes ausmachen. Daß die Stimme eines Afrikaners nicht nur weniger zählt als die eines Kolonialisten, sondern gar nichts, dafür sorgt eine auf 10 Jahre garantierte Sperrminorität der Kolonialisten.

Die Patriotische Front, die den bewaffneten Befreiungskampf in Zimbabwe führt, die Frontstaaten sowie die Organisation für Afrikanische Einheit, haben sofort dieses Manöver verurteilt. Die Patriotische Front erklärte, daß sie den Kampf gegen die weiße Herrschaft bis zum endgültigen Sieg fortsetzen wird, daß das Abkommen ein Verrat an den Interessen des Volkes von Zimbabwe und Teil einer Verschwörung des internationalen Imperialismus ist. (Neue Zürcher Zeitung, 18.2.). Mugabe: *„Wir wollen nicht nur die politische Macht. Wir wollen auch militärische Macht. Unsere Streitkräfte haben an die Stelle der gegenwärtigen militärischen Kräfte zu treten."* Und Nkomo: *„Wir konzentrieren uns jetzt auf den Krieg. Wir müssen."*

Auf Grund der Haltung der afrikanischen Staaten hat sich auch die Mehrheit der UNO-Sicherheitsratsmitglieder geweigert, Muzorewa zu der Rhodesiendebatte sprechen zu lassen. Die Führer der Patriotischen Front, Mugabe und Nkomo, werden jedoch die UNO-Debatten nutzen können, um für die Interessen des Volkes von Zimbabwe zu sprechen.

Die westlichen Imperialisten, allen voran die USA, wollen ihre Verfügung über Zimbabwe, seine Rohstoffe, das Land, ihre Fabriken und Banken sichern. Unter der Führung der Patriotischen Front kämpft das Volk von Zimbabwe dafür, daß es selbst die Macht über sein Land gewinnt, daß die Fruchtbarkeit des Bodens, die Fabriken, die Bodenschätze, die dem Volk gehören, auch dem Volke nützen. Deshalb wird der Befreiungskampf, und im besonderen die Patriotische Front, heftig von den westlichen Imperialisten bekämpft, und dieser Kampf hat mehrere Gesichter. Was es mit der Forcierung und Anerkennung der „inneren Lösung" auf sich hat, sagt schon der Name und die heute betriebene Hetzkampagne gegen den Befreiungskampf: Die Kolonialisten, mit Smith an der Spitze, werden als Teil der Bevölkerung Zimbabwes hingestellt. Gleichzeitig wird gegen die „Eindringlinge von außen" gehetzt, gegen die Befreiungskämpfer, die gezwungenermaßen ihren Sitz in den benachbarten Frontstaaten haben. Das ist typische Kolonialistenlogik: Sie dringen in ein Land ein, setzen sich fest, vertreiben einen Teil des Volkes und zwingen die Massen durch blutige Unterdrückung, den Befreiungskampf von außerhalb des Landes zu organisieren, leugnen überdies, daß die tausenden Befreiungskämpfer nur deshalb so erfolgreich sein können, weil das Volk von Zimbabwe sie unterstützt und mit ihnen im Land kämpft. Dann stellen sie sich hin und behaupten, im Inneren sei alles in Ordnung, der Frieden werde von außen gestört. Logische Konsequenz: Interventionstruppen der Imperialisten müssen her, um den „Frieden" zu erhalten, die „afrikanische Regierung" zu schützen. Die Imperialisten setzen alles daran, den Befreiungskampf in eine Aggression von außen umzulügen – dazu dient auch die „innere Lösung".

Nach der anfänglichen Verwirrungstaktik – die USA begrüßten die „innere Lösung" und ließen gleichzeitig ihren UNO-Botschafter Young sagen, daß es ohne die Patriotische Front keine Lösung für Zimbabwe geben könne – zeigen die westlichen Imperialisten nun immer offener ihre Sympathie für ihr eigenes Machwerk. Gleichzeitig müssen sie zugeben: *„Es ist unwahrscheinlich, daß das Abkommen den Kampf aufhalten wird . . . es steht außer Zweifel, daß die Patriotische Front unter den 5 Millionen Schwarzen auf dem Land, die die Hauptlastträgenden des bisherigen Krieges sind, Fuß gefaßt hat und Unterstützung genießt . . ."* (International Herald Tribune, 16.2.)

Zeichen für den verstärkten Kampf um die Befreiung des Landes ist es, daß das Regime gerade jetzt in den weißen Vororten von Salisbury eine nächtliche Ausgangssperre verhängen mußte. Der Befreiungskampf rückt immer näher an die Zentren der weißen Siedlerherrschaft. Er ist deshalb so stark, weil er der Kampf des ganzen Volkes von Zimbabwe ist und mit großer Einigkeit geführt wird. Wollen sie nicht geschlagen werden, müssen die Imperialisten daher Betrug und Spaltung der Patriotischen Front und der Volksmassen betreiben, damit ihre Rechnung aufgeht. Auch dazu dient die „innere Lösung".

Sithole wurde schon zur Organisation für Afrikanische Einheit losgeschickt, um dort für Anerkennung der inneren Lösung zu werben. Er hat nichts erreicht. Bei den Spaltungsmanövern innerhalb der Patriotischen Front schlagen die westlichen Imperialisten in eine Kerbe mit dem russischen Sozialimperialismus, der es nicht erwarten kann, sich auch in Zimbabwe an die Stelle seines imperialistischen Rivalen zu setzen und deshalb versucht, sich unter dem Deckmantel des Freundes in die Befreiungsbewegung einzuschleichen.

Nkomo und die ZAPU, die von der Sowjetunion mit „Hilfeleistungen" gegen die ZANU ausgespielt werden soll, hat der englische Außenminister Owen als möglichen Partner für die „innere Lösung" vorgeschlagen. Die Sowjetunion wiederum hat die „innere Lösung" vorsichtig als „gefährlichen Handel" bezeichnet; die „Volksstimme" der KPÖ stellte fest, daß „die Machtbefugnisse dieser Regierung sich in Grenzen halten." Die Sozialimperialisten und ihre Agenten haben alles Interesse, diesen Ausverkauf des Volkes zu verharmlosen. Denn bei ihren Versuchen, zu spalten und in der Befreiungsbewegung Fuß zu fassen, brauchen sie die Aufrechterhaltung eines Unruheherdes und die Schwächung der Befreiungsbewegung.

Das Festhalten der Patriotischen Front am selbständigen bewaffneten Befreiungskampf ist der Garant für die Durchkreuzung all dieser imperialistischen Manöver. Das kämpfende Volk von Zimbabwe zu unterstützen, heißt heute auch überall die Anerkennung der Patriotischen Front zu fordern.

Arbeiter-Bauern-Partei der Türkei gegründet

Am 30. Jänner 1978 wurde in Ankara die Gründung der Arbeiter-Bauern-Partei der Türkei (TIKP) und ihre legale Anmeldung bekanntgegeben. In ihrem Programm heißt es:

„Die TIKP ist die politisch-revolutionäre Partei der Arbeiterklasse. Die Partei läßt sich vom wissenschaftlichen Sozialismus leiten.

Das Endziel der TIKP ist die klassenlose Gesellschaft, in der jeder nach seinen Fähigkeiten arbeitet und nach seinen Bedürfnissen bekommt." „Um dieses Ziel zu erreichen, kämpft die TIKP gegen Imperialismus und Sozialimperialismus. Auf der Basis der Einheit der Arbeiter und Bauern wird sie den mittelalterlichen Feudalismus beseitigen." (Halkin Sesi, Nr. 146)

Weil das nächste strategische Ziel der Arbeiter und Bauern der Türkei die nationaldemokratische Revolution ist, legt die TIKP auch ein Programm für die nationaldemokratische Revolution vor. Die Gründung der TIKP ist Ausdruck und Erfolg des Kampfes gegen die Reaktion in der Türkei. Die türkischen Gesetze verbieten die legale Existenz kommunistischer Parteien, die für Sozialismus und Kommunismus kämpfen. So wurde die illegale Revolutionäre Arbeiter-Bauern-Partei der Türkei (TIIKP) seit ihrer Gründung 1969 brutal verfolgt.

Der Vorsitzende der neuen Partei, Genosse Gogu Perincek, war von 1972–1974 unter der Beschuldigung, Vorsitzender der illegalen TIIKP zu sein, eingekerkert. Die anwachsende demokratische und revolutionäre Bewegung hatte zur Beseitigung des faschistischen Militärregimes geführt. Sie nützt jetzt den Spielraum, den die sozialdemokratische Regierung Ecevit gewähren muß. In der Grußadresse des Kommunistischen Bundes Österreichs an die TIKP heißt es: *„Mit der Gründung der TIKP haben die Arbeiter und Bauern der Türkei auf legaler Ebene wieder eine Partei, die ihren Kampf gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, Feudalismus und Reaktion unterstützt und vorantreibt und ihren Zusammenschluß für den Sieg in der national-demokratischen Revolution befördert. Gestützt auf den wissenschaftlichen Sozialismus und seine Verbindung mit der konkreten Praxis der Revolution in der Türkei wird die TIKP die Aufgaben, die sich ihr als politischer revolutionärer Partei der Arbeiterklasse stellen, ganz sicher erfüllen und zur Festigung, Verbreiterung und Vertiefung der revolutionären Bewegung in der Türkei beitragen."*

Erklärung zur Ermordung von M. Sobukwe, Präsident des Pan Africanist Congress of Azania (PAC)

Das Londoner Büro des Pan Africanist Congress of Azania (PAC) schickte folgende Presseerklärung zum Tod des afrikanischen Revolutionärs M.R. Sobukwe aus:

„London, 28. Februar 1978

Das Londoner Büro des Pan Africanist Congress of Azania gibt als die legitime Stimme des Volkes von Azania im Vereinigten Königreich und Westeuropa seinen Anhängern und Freunden den viel zu frühen Tod des heldenhaften Führers und Gründers des PAC bekannt.

Die offizielle Erklärung der Todesursache wird 'Tod durch Krebs' sein. Wir im PAC stellen fest: Es war nackter Mord! Das verräterische Vorster-Regime mit seinen schmarotzenden kapitalistischen Unterstützern kann sicher sein, daß wir Rache nehmen werden. Wir trauern nicht um Mangaliso Sobukwe. Vielmehr sind wir mehr denn je entschlossen, die heldenhafte Arbeit fortzusetzen, die er so beispielhaft schon in seinen frühen Studienjahren in Port Hare begonnen hat.

Die zeitweilige Unterdrückung und Ausplünderung, die das Vorster-Regime und der westliche Kapitalismus über die Politik und die Wirtschaft unseres Landes ausüben, wird letzten Endes durch das beendet werden, wofür unser geliebter Präsident sein ganzes Leben gearbeitet hat: die Errichtung und den Aufbau eines demokratischen sozialistischen Staates Azania.

Das geloben unsere jungen Revolutionäre."

M.R. Sobukwe war Gründer und Präsident des Pan Africanist Nationalist Congress. Er führte die Kampagne der azanischen Massen gegen die Paßgesetze, die das südafrikanische Kolonialregime 1960 mit dem Massaker von Sharpeville beantwortete.

Im Verlauf dieses Kampfes haben die Kolonialisten M.R. Sobukwe festgenommen und vor Gericht gestellt. Zuerst haben sie ihn neun Jahre im Gefängnis gehalten, darunter sechs Jahre auf Robben Island, wo die Kolonialisten seit Jahrhunderten aufständische Afrikaner zu Tode quälen. Dann haben sie ihn in Kimberley in Verbannung gehalten.

Während dieser ganzen Zeit ist der Genosse Sobukwe der revolutionären Sache des afrikanischen Volkes treu geblieben. Er war es, der die afrikanischen Revolutionäre lehrte, daß sie Unterstützung nicht bei den „weißen Liberalen" zu suchen haben, sondern daß die Sache der Befreiung nur durch die breiten Massen der afrikanischen Arbeiter und Bauern verwirklicht werden kann. Niemals hat er sich irgendwelche Illusionen über Reformen des Apartheidsystems gemacht, sondern auf die Notwendigkeit der vollständigen Zerschlagung des Kolonialregimes hingewiesen. Der PAC, den M.R. Sobukwe gegründet hat und dessen Präsident er war, hat die Konsequenz aus dem Massaker von Sharpeville gezogen, um die afrikanischen Massen zu lehren, daß das Kolonialregime nicht, wie damals versucht, durch einen gewaltlosen Widerstand, sondern nur durch den bewaffneten Befreiungskampf zerschlagen werden kann. Diese Lehre stimmt mit den Erfahrungen der Volksmassen überein, die in den letzten Jahren verstärkt den Kampf aufgenommen haben, um Azania zu befreien. Welle auf Welle führt das Volk von Azania seinen Befreiungskampf bis zum Sieg. In M.R. Sobukwe ehren wir einen der Führer dieses Kampfes.

Aus dem Bericht über die Tätigkeit der Regierung der Volksrepublik China an den V. Nationalen Volkskongreß

„Den sozialistischen Aufbau beschleunigen"

Auf der 1. Tagung des V. Nationalen Volkskongresses am 26. Februar erstattete Ministerpräsident Hua Guo-feng den Bericht über die Tätigkeit der Regierung. Der Bericht umfaßt sechs Abschnitte: 1. Der Kampf in den vergangenen drei Jahren und die allgemeine Aufgabe in der neuen Periode; 2. Den Kampf zur Entlarvung und Kritik der „Viererbande" zu Ende führen; 3. Den sozialistischen Wirtschaftsaufbau beschleunigen; 4. Die sozialistische Wissenschaft, das sozialistische Bildungswesen und die sozialistische Kultur zu neuer Blüte treiben; 5. Unsere politische Macht festigen und die große Einheit der Volksmassen aller Nationalitäten stärken; 6. Die internationale Lage und die Außenpolitik unseres Landes.

Wir bringen im folgenden eine Zusammenfassung des 3. Abschnittes (eigene Übersetzung).

Auf der letzten Sitzung am 5.3. verabschiedete die erste Tagung des V. Nationalen Volkskongresses eine Resolution, in der der Tätigkeitsbericht der Regierung angenommen und Festlegungen für seine Verwirklichung getroffen werden. Ebenso wurde der Entwurf zur Änderung der Verfassung gebilligt und ein neuer Text der Nationalhymne beschlossen. Hua Guo-feng wurde zum Ministerpräsidenten des Staatsrates gewählt.

Hua Guo-feng ruft zu schnellerem Aufbau der sozialistischen Wirtschaft auf

Peking, 6. März (Hsinhua) - Ministerpräsident Hua Guo-feng betonte im Regierungsbericht die außerordentliche Wichtigkeit einer schnellen Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft für die Verwirklichung der vier Modernisierungen.

Er wiederholte das von Ministerpräsident Tschu En-lai gemäß den Weisungen des Vorsitzenden Mao Tse-tung auf dem 3. und 4. Nationalen Volkskongreß vorgetragene großartige Konzept zur Entwicklung der nationalen Wirtschaft, in dem die allseitige Modernisierung von Landwirtschaft, Industrie, Nationalverteidigung, Wissenschaft und Technologie noch für dieses Jahrhundert gefordert wird, so daß Chinas Wirtschaft ihren Platz unter den ersten der Welt einnehmen kann.

Er sagte: Mit Ende dieses Jahrhunderts soll die Produktion pro Einheit an wichtigen landwirtschaftlichen Produkten den Weltstandard erreicht oder überschritten haben, und die Produktion wichtiger industrieller Güter soll jener der entwickeltsten kapitalistischen Länder nahe gekommen sein oder sie ein- oder überholt haben. In der landwirtschaftlichen Produktion wird der größtmögliche Grad der Mechanisierung, Elektrifizierung und künstlichen Bewässerung erreicht sein. Bei den wichtigsten Produktionsprozessen wird es Automatisierung geben, der Schnelltransport und das Verkehrswesen substantiell erweitert werden, und die Arbeitsproduktivität erheblich gesteigert werden. Wir müssen die Ergebnisse moderner Wissenschaft und Technologie breit anwenden, ausgiebigen Gebrauch von neuen Materialien und Energiequellen machen, und unsere Hauptprodukte und Produktionsprozesse modernisieren. Mit der hohen Entwicklung unserer gesellschaftlichen Produktivkräfte werden unsere sozialistischen Produktionsverhältnisse weiter verbessert und vervollkommnet werden, die Diktatur des Proletariats in unserem Land wird sich festigen, die nationale Verteidigung stärken, und der Wohlstand und das kulturelle Leben unseres Volkes wesentlich bereichert werden.

Ministerpräsident Hua sagte, daß die zehn Jahre von 1976 bis 1985 entscheidend für die Verwirklichung dieser gigantischen Aufgaben sein werden. Sodann sprach er von den Umrissen eines Zehnjahresplanes für die Entwicklung unserer Wirtschaft, das vom Staatsrat ausgearbeitet wurde, nachdem Änderungen und Ergänzungen vorgenommen worden waren.

Er sagte: In einem Zeitraum von zehn Jahren müssen wir ein solides Fundament für die Landwirtschaft schaffen, die Mechanisierung aller wichtigen Prozesse der Landarbeit zu 85% erreichen, und sichern, daß für jedes Mitglied der ländlichen Bevölkerung ein Mu Ackerland mit gleichbleibend hohen Erträgen, unabhängig von Dürre oder Hochwasser, da ist. Wir müssen die Leichtindustrie aufbauen, die eine Fülle erstklassiger, attraktiver Güter zu vernünftigen Preisen herstellen soll. Wir müssen eine fortgeschrittene Schwerindustrie errichten; ein Transport- und Verkehrswesen, sowie ein Netz von Post- und Telefonverbindungen aufbauen, das den wachsenden Anforderungen von Industrie und Landwirtschaft gerecht wird; „Mit der Fertigstellung eines unabhängigen und umfassenden industriellen Komplexes und wirtschaftlichen Systems für das ganze Land, werden wir ein regionales Wirtschaftssystem in jeder der sechs Hauptregionen (Südwesten, Nordwesten Süden, Osten, Norden und Nordosten) in der Hauptsache aufgebaut haben.

Ministerpräsident Hua kündigte an, daß China bis zum Jahre 1985 jährlich 400 Mrd. kg Getreide und 60 Mil. t Stahl produzieren werde. Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion wird sich in jedem der Jahre von 1978 bis 1985 um 4 bis 5% erhöhen und jener der industriellen Produktion um mehr als 10%.

Er sagte, daß die im Zehnjahresplan festgelegten und durch die angestrebte Entwicklung in den nächsten 23 Jahren erforderlichen Aufgaben gigantisch sind, daß sie jedoch erfüllt werden können. Um den Plan in die Tat umzusetzen, ist das allerwichtigste, an der Grundlinie der Partei festzuhalten, an der allgemeinen Linie festzuhalten: *Alles geben, sich hohe Ziele setzen und größere, schnellere, bessere und mehr wirtschaftliche Ergebnisse beim Aufbau des Sozialismus erreichen*, und das Prinzip hochzuhalten *„Unser Land unabhängig und mit der Initiative in unseren Händen aufbauen, vertrauend auf unsere eigenen Kräfte und mit harter Arbeit, Fleiß und Sparsamkeit" und dem von Vorsitzenden Mao gewiesenen Weg zum Aufbau des Sozialismus folgen.*

Er sagte, daß die roten Banner von Datjing und Dadschai, die Vorsitzender Mao als Vorbilder aufgepflanzt hat, ausgezeichnete Beispiele dafür sind, wie man in der sozialistischen Industrie und Landwirtschaft durch die stetige Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats gute Arbeit leisten kann.

Ministerpräsident Hua sprach auch über wirksame Maßnahmen zur Lösung von sechs Problemen, die unsere ganze Wirtschaft betreffen:

1. Die ganze Nation mobilisieren und der Landwirtschaft größte Aufmerksamkeit schenken. Gewissenhaft von Dadschai lernen, die Landwirtschaft wissenschaftlich betreiben und die Mechanisierung beschleunigen; die 12 großen Gebrauchsgetreidebasen und alle unsere Staatsfarmen wirtschaftlich führen, den Gebieten, die geringe Erträge und Getreidemangel aufweisen, helfen, selbstversorgend zu werden und in zwei oder drei Jahren Überschüsse zu produzieren; eine Anzahl Basen für den Gemüsebau, Viehzuchtgebiete und Seefischgründe aufbauen. In der staatlichen Planung müssen für Investitionen im landwirtschaftlichen Großbau und Betriebskosten entsprechende Erhöhungen in der Proportion der finanziellen Ausgaben gewährt werden, ebensolche Maßnahmen sind für Materialien und Ausrüstungen zu treffen. Gewissenhaft die Landwirtschaftspolitik der Partei für die gegenwärtige Phase verankern, daß Volkskommunen demokratisch, fleißig und sparsam geführt werden, um die sozialistische Initiative der Bauern zu mobilisieren.

2. Die Entwicklung der Grundindustrien beschleunigen und die führende Rolle der Industrie voll zur Entfaltung bringen. Besondere Anstrengungen bei der Entwicklung der Energie-, Brennstoff-, Rohstoff- und Halbfertigwarenindustrien, sowie bei Transport und Verkehr setzen; bestehende Ausrüstungen bestens nutzen, technische Änderungen und Neuerungen einführen, und innerhalb von 8 Jahren 120 Großprojekte aufbauen und vollenden, welche China mit 14 ziemlich starken und vernünftig plazierten Industriezentren versorgen werden; die großen und modernen Betriebe gut führen, aber gleichzeitig der Entwicklung von mittleren und kleinen Betrieben Beachtung schenken; und die Leichtindustrie aktiv entwickeln.

3. Im Handel gute Arbeit leisten und den Außenhandel ausbauen. Die Handelsabteilungen müssen der industriellen und landwirtschaftlichen Produktion starke Unterstützung leisten und aus ganzem Herzen dem Volk dienen; im Außenhandel muß es eine große Steigerung geben.

4. Den sozialistischen Arbeitswettbewerb fördern und bei technischen Neuerungen und bei der technischen Revolution aktiv sein. Im ganzen Land einen Aufschwung des Wetteiferns mit, Lernens von, Einholens und Überholens der fortgeschrittensten Einheiten herbeiführen, und den weniger fortgeschrittenen helfen; wir müssen uns von Konventionen freimachen und fortgeschrittene Techniken so viel wie möglich verwenden; Belobigungen und richtige Preise sollten denjenigen Einheiten verliehen werden, die hervorragende Erfolge bei der Anwendung neuer Techniken, Entwicklung neuer Technologien und Herstellung neuer Erzeugnisse errungen haben, und auch jenen Kollektiven und Personen, die Erfindungen gemacht haben.

5. Die einheitliche Planung verstärken und der Initiative der zentralen und lokalen Behörden freies Spiel lassen. Wir müssen der aus der Einmischung und Sabotage der „Viererbande" stammenden Anarchie entschlossen ein Ende bereiten und alle wirtschaftlichen Unternehmungen auf den Kurs geplanter, proportionierter Entwicklung bringen. Ausgehend von der Stärkung der einheitlichen zentralen Führung, ist es notwendig, die Initiative sowohl der zentralen als auch lokalen Behörden zu entwickeln.

6. Das Prinzip „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung" aufrechtzuerhalten und den Lebensstandard des Volkes ständig anheben. Wir müssen das Prinzip „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen", das Prinzip „Mehr Lohn für mehr Arbeit, weniger Lohn für weniger Arbeit" anwenden, und das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit, ungeachtet des Geschlechtes" durchsetzen, sodaß in normalen Erntejahren 90% der Kommunemitglieder jedes Jahr mehr Einkommen haben, und Mitglieder der Verwaltung und Arbeiter schrittweise mehr Gehalt haben, vorausgesetzt der Staatsplan wird erfüllt; große Anstrengungen müssen auf die Vergrößerung des Angebots von Nebennahrungsmitteln für städtische Verbraucher gesetzt werden; und wir müssen die Lebensbedingungen der ländlichen und städtischen Bevölkerung verbessern; und die Probleme der Verschmutzung und des Schutzes der Umwelt praktisch lösen.

'Kampflied von Datjing'

Ein Dokumentarfilm aus der VR China (in deutscher Sprache)

Eintritt frei!

KB

Ein Dokumentarfilm aus der VR China (in deutscher Sprache)

Der Film zeigt die große Schlacht um die Erschließung des Erdölfeldes Datjing Anfang der 60er-Jahre bis zum Beginn der Kulturrevolution 1967.

Mit der revolutionären Linie Mao Tsetungs wurde die Blockade und Sabotage durch die Sowjetrevisionisten, schwierige Naturbedingungen und der Revisionismus besiegt.

Datjing ist ein großes Vorbild für die Arbeiter Chinas sich auf die eigene Kraft zu stützten, um so die Selbstversorgung und Unabhängigkeit Chinas zu sichern.

Die Ortsgruppen des KB Österreichs zeigen den Film an folgenden Tagen:

17.3. Klagenfurt/Celovec
Arbeiterkammer, Saal 1, 19.30 Uhr

29.3. Wien
Porrhaus, Treitlstraße 3, 19 Uhr

30.3. Linz
Gasthaus Lindbauer, 19 Uhr

31.3. Innsbruck

4.4. Graz
Haus der Jugend, 19.30 Uhr

7.4. Salzburg
Braugasthof Alter Stern, Steinbruchgasse 1, 19.30 Uhr

1.000 Abonnenten für China im Aufbau!

Der KB Österreichs führt gegenwärtig eine Kampagne durch, um bis 1. Mai 1.000 Abonnenten für China im Aufbau, einer neuen Zweimonatszeitschrift aus der Volksrepublik China zu gewinnen. China im Aufbau berichtet über das neue, sozialistische China, das Leben und die Arbeit des chinesischen Volkes.



Einzelheft: S 7,–
Jahresabonnement: S 35,–.

Zu beziehen über: *Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13.*

Zusammenschluß und Kampf der Länder Lateinamerikas gegen den Imperialismus Kaffeeverkäufe ausgesetzt

Ein Mittel der lateinamerikanischen Länder für den Kampf gegen Ausplünderung und Diktat der Imperialisten ist der Zusammenschluß in verschiedenen Organisationen von Rohstoffproduzenten, zur Sicherung der Preise gegen den Druck der imperialistischen Konzerne. So beschlossen im August 1977 acht Produzentenvereinigungen – für Petroleum, Zucker, Bananen, Bauxit, Kakao, Kokosnüsse, Gummi und Eisen – entweder rein lateinamerikanische oder mit Beteiligung von lateinamerikanischen Ländern, die Politik zu koordinieren und zu diesem Zweck ein gemeinsames Gremium mit ständigem Sekretariat einzurichten.

Um den Kaffeepreis führen die lateinamerikanischen Produzenten schon seit längerem einen heftigen Kampf gegen die imperialistische Erpressung.

Die von den USA geführten Kaffee-Verbraucher haben lange den Kaffeeweltmarkt kontrolliert und die Preise gedrückt, um sie bei 50 bis 70 Cents pro Pfund zu halten. So entstanden den Produzenten große Verluste. Auf Grund der gesunkenen Kaffeeproduktion infolge des Frosts im Jahre 1975 in Brasilien, dem größten Kaffee-Produzenten, und infolge Kaffeemangels auf dem Weltmarkt, erreichte der Kaffee-Preis im März 1977 die Rekordhöhe von drei US-Dollar pro Pfund. Daher haben die von den USA geführten Kaffee-Verbraucher ihren Import reduziert, Kaffee-Ersatzstoffe eingesetzt und Vorräte angelegt, um erneut die Kontrolle über den Markt zu erlangen und den Kaffeepreis zu drücken. Dies hat bis Ende 77 zu einer Kaffeepreissenkung von 58% geführt.

In dieser Situation vereinbarten zehn lateinamerikanische kaffeeproduzierende Länder im Oktober, ab sofort den Verkauf von Rohkaffee auf dem Weltmarkt einzustellen, bis dessen Preis wieder ein vernünftiges Niveau erreicht hat.

Vom 28. Februar bis zum 4. März haben Mexiko, El Salvador, Nicaragua, Costa Rica und Honduras neuerlich alle Kaffeeverkäufe ausgesetzt.

Am 4. März haben sie das weitere gemeinsame Vorgehen beraten, gegen die Versuche der Imperialisten, durch Drükken der Preise die kaffeeproduzierenden Länder zu berauben. Der Sprecher der mexikanischen Kaffeebehörde zur Aussetzung der Kaffeeverkäufe: „Unsere Länder denken, daß die Schätzungen des US-Landwirtschaftsministeriums (über die Erzeugung exportierbaren Kaffees) übertrieben sind“ und als „Druckmaßnahmen für niedrigere Kaffeebohnenpreise auf den internationalen Märkten“ dienen sollen. Durch die Aussetzung der Verkäufe wurden die Imperialisten unter Druck gesetzt; die US-amerikanischen Röstereien z.B. verfügen nur über knappe Vorräte für 2 bis 3 Wochen, nachdem sie absichtlich zur Durchsetzung niedriger Preise ihre Lagerbestände aufgebraucht und die Nachfrage gedrosselt haben.

PRENSA LIBRE

Zeitung des Komitees zur Unterstützung von PRENSA LIBRE (Uruguay)
Kontaktadresse des Komitees:
R. Schindel, 1020, Schüttelstraße 93

Der Charakter der urugayischen Gesellschaft

Eine Broschüre der PCRU (Revolutionären Kommunistischen Partei Uruguay)
Zu beziehen über: Alois Wieser Ges.m.b.H., Vertrieb revolutionärer Literatur und Schallplatten, 1042 Wien, Postfach 13

Die Völker Lateinamerikas im Kampf gegen Unterdrückung und Ausbeutung

Im letzten Jahr haben die Volkskämpfe in vielen Ländern Lateinamerikas deutlich zugenommen und an Kraft gewonnen. Der imperialistische Würgegriff um die Länder Lateinamerikas brachte für die Arbeiter und Bauern zunehmende Verelendung, Hunger und Arbeitslosigkeit im großem Ausmaß; völlige politische Rechtlosigkeit und Knebelung war notwendig, um die imperialistische Auspressung gegen die revolutionären Bewegungen aufrechtzuerhalten. Die vom US-Imperialismus eingesetzten Militärdiktaturen konnten den Volkswiderstand aber nicht auf die Dauer brechen.

Argentinien

Die faschistische Militärjunta - 1976 errichtet, um die wirtschaftlichen, politischen und militärischen Kämpfe der Volksmassen gegen Imperialismus und einheimische Kompradorenbourgeoisie zu brechen - war im Herbst des Vorjahres mit heftigen Streikkämpfen im ganzen Land konfrontiert.

100.000 Arbeiter der Schlüsselindustrien und des öffentlichen Dienstes scherten sich nicht um das Streikverbot und kämpften für kräftige Lohnerhöhungen, politische und gewerkschaftliche Rechte. Der Streik der 10.000 Renaultarbeiter in Cordoba war vor dem vorangegangen. Die Streiks endeten alle mit einem, wenn auch oft begrenzten Erfolg. Der andauernde Kampf für die Freilassung der politischen Gefangenen (nach UNO-Angaben 12.000 bis 17.000) zwang die Junta bisher, die Namen der Gefangenen teilweise bekanntzugeben und damit die bisher geleugnete politische Repression zuzugeben.

Bolivien

Am 28. Dezember des Vorjahres traten 4 Frauen von Bergarbeitern gemeinsam mit 7 anderen in einen Hungerstreik. Sie forderten den Rückzug der Truppen aus den Minenbezirken, die Wiedereinstellung aller Bergarbeiter, die wegen gewerkschaftlicher Betätigung entlassen worden waren und Generalamnestie für alle politischen Gefangenen. In kurzer Zeit hatten sich 1.400 Menschen im ganzen Land dem Hungerstreik angeschlossen. Die bolivianische Bauernorganisation, der vereinte Verband der bolivianischen Bergarbeiter und die katholische Kirche unterstützen den Hungerstreik. Bis zum 13. Jänner waren 58.000 Bergarbeiter einem Streikaufruf gefolgt. Am 17. Jänner führten mehr als 50.000 Zinnarbeiter einen 48stündigen Streik durch. Hatte der Junta-Chef Banzer zu Beginn des Kampfes noch gedroht, er würde keinesfalls nachgeben und Hungerstreikende sogar aus Kirchen heraus verhaften lassen, mußte er am 18. Jänner dem Druck der Volksmassen weichen. Er kündigte die Erfüllung sämtlicher Forderungen der Streikenden an und mußte ihnen Freiheit und Sicherheit garantieren. Am 24. Jänner hob er das Verbot der gewerkschaftlichen Organisierung auf. Damit haben die bolivianischen Volksmassen einen großartigen Sieg errungen und sich bessere Bedingungen für die weiteren Kämpfe geschaffen.





El Salvador

In diesem kleinen mittelamerikanischen Staat streikten Ende vorigen Jahres die Arbeiter von 3 Textilfabriken, um Lohnerhöhungen durchzusetzen. 200 von ihnen demonstrierten gemeinsam mit über 1.000 Landarbeitern zum Arbeitsministerium, sperrten den Minister ein und besetzten das Gebäude 3 Tage lang - bis die Erfüllung ihrer Forderungen versprochen wurde.

Nicaragua: Aufstand gegen Somoza-Diktatur

Seit zwei Monaten steht das ganze Volk von Nicaragua in offener Rebellion gegen die Herrschaft des Somoza-Clans, der seit mehr als 40 Jahren als Statthalter des US-Imperialismus Land und Volk unterjocht. Die Ermordung eines Politikers der bürgerlichen Opposition am 10. Jänner war der Funke, der den Haß des Volkes gegen die Tyrannei offen ausbrechen ließ. Am folgenden Tag demonstrierten 30.000 in der Hauptstadt Managua und griffen Geschäftslokale und andere Einrichtungen der Somoza-Familie an. Ein für 24.1. geplanter Generalstreik legte das ganze Land über Tage völlig lahm. Selbst nach Berichten der bürgerlichen Presse beteiligten sich an ihm weit mehr als die Hälfte der rund 600.000 Arbeiter Nicaraguas, und das unter Bedingungen des schlimmsten Terrors der Nationalgarde. Diese „erzwang mit Waffengewalt“, heißt es, die Wiederaufnahme der Arbeit in der einzigen Raffinerie des Landes, der ESSO Standard Oil (US-Konzern) und einigen anderen Fabriken. Nach zwei Wochen war die Streikbewegung zu einem direkten Angriff auf die Herrschaft des Somoza-Regimes geworden.

In dieser Situation drängten auch die US-imperialistischen Hintermänner der Diktatur auf „eine rasche politische Lösung“. Peinlich genug, daß der US-Unterstaatssekretär für Lateinamerika seinen für den 24.1. geplanten Besuch kurzfristig absagen mußte, „Weil die Menschenrechte in Nicaragua verletzt werden“, strichen die USA vorläufig die Militärunterstützung für Somoza aus dem nächsten Budget. Die US-Imperialisten selbst hatten den Somoza-Clan als Statthalter eingesetzt, und überließen ihm das Geschäft, das sie vorher mit direkter militärischer Intervention und Besatzung betrieben. Seit Mitte des 19. Jahrhunderts hatten die USA immer wieder in Nicaragua interveniert, zum Schutz ihrer Kolonialinteressen. Schon damals schmiedeten sowohl Großbritannien als auch die USA Pläne für einen Kanal durch Nicaragua, um den Pazifik und das Karibische Meer zu verbinden. Im scharfen Kampf mit dem Konkurrenten erhielten die USA die Oberherrschaft über Mittelamerika. Von 1910 bis 1925 war Nicaragua von US-Truppen besetzt. Gegen die Besatzung führte das Volk unter dem Indianergeneral Sandino einen heftigen Kampf, der erst mit Betrug und der Einsetzung eines Statthalters niedergeschlagen wurde. Die USA richteten die Nationalgarde ein, die während der letzten 15 Jahre 20 Millionen US-Militärhilfe zugeschanzt bekam, zusätzlich zu den 3 Millionen Dollars jährlich für Waffenfinanzierung.



Die Nationalgarde nützte Somoza gegen den heftigen und geschlossenen Kampf des Volkes wenig. Er kann aber auch nicht auf die Herrschaft verzichten, denn der auf zwei Milliarden Dollar geschätzte Reichtum des Clans steckt in ca. einem Drittel des kultivierbaren Bodens des Landes, in Textil-, Nahrungs-, petrochemischen Fabriken; in fast allen Wirtschaftszweigen ist er vertreten. Der Somoza-Clan hat die Kontrolle über Fernseh- und Radiostationen, Bauunternehmen und das gesamte Transportwesen des Landes.

Er versuchte es mit dem Mittel des Betrugs: Er kündigte seinen Rücktritt für 1981 und verschiedene politische und soziale Reformen an. Dies wurde richtig verstanden: daß er nicht bereit war, zurückzuweichen. Die Kämpfe wurden fortgesetzt, das Volk bewaffnete sich gegen die Nationalgarde. Die Einwohner des Mombiviertels in der Stadt Masaya verteidigen das Viertel mit Revolvern und Flinten. In der zweigrößten Stadt, León, kämpfen Indianer, die die Mehrheit der Bevölkerung stellen, gemeinsam mit Weißen und der Sandinistischen Befreiungsfront, die schon länger bewaffnete Aktionen gegen die Somoza-Diktatur unternimmt. Diese antwortet mit äußerster Brutalität. Binnen 3 Tagen fallen 30 Menschen dem Einsatz der Nationalgarde zum Opfer, sie versucht auch, mit Tränengas, das von Flugzeugen aus über Managua abgeworfen wird, den Aufstand zu brechen. Die Folge ist ein neuerlicher Generalstreik und bewaffneter Aufstand am 28. Februar in der Hauptstadt, in anderen Städten und am Land.

Auch der Kleinhandel und die Studenten beteiligen sich geschlossen. Der Streik geht am nächsten Tag weiter und in vielen Städten wird demonstriert, in Masaya und Leon werden Barrikaden gebaut und die Nationalgarde mit Gewehren und selbstgebastelten Bomben angegriffen. Die Indianerstämme und -organisationen haben der Regierung förmlich den Krieg erklärt. In den Armenvierteln von León schlugen sie die Kriegstrommeln und kämpften von Barrikaden aus mit Gewehren und traditionellen Waffen gegen die Nationalgarde. Sie fügten ihr schwere Verluste zu. Am 10. März wird gemeldet, daß die Sandinistische Befreiungsfront den Generalstabschef der Nationalgarde, einen der engsten Vertrauten Somozas, in ihre Gewalt gebracht und hingerichtet hat. Der Sturz der Somoza-Diktatur ist überfällig.